

Gläubigerschutz und Handelsbilanz, untersucht am Modell der Handelsbilanz des Einzelkaufmanns

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades
der
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät
der
Johann Wolfgang Goethe-Universität
zu Frankfurt (Main)

vorgelegt von
Assessor Dipl.-Kfm. Jens Peter Jensen
aus Frankfurt (Main)

1965

Digitized by the Internet Archive
in 2026

Gläubigerschutz und Handelsbilanz, untersucht am Modell der Handelsbilanz des Einzelkaufmanns

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades
der
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät
der
Johann Wolfgang Goethe-Universität
zu Frankfurt (Main)



vorgelegt von
Assessor Dipl.-Kfm. Jens Peter Jensen
aus Frankfurt (Main)

1965

Erstgutachter: Professor Dr.E.Loitlsberger
Zweitgutachter: Professor Dr.A.Moxter

Tag der mündlichen Prüfung: 22./23.Juli 1965
Tag der Promotion: 24.Juli 1965

Inhaltsverzeichnis

	Seite
A. <u>Einleitung</u>	8
I. <u>Allgemeine Problemstellung</u>	8
II. <u>Begründung des Modells</u>	10
B. <u>Die Behandlung des Problems in der Literatur</u>	16
I. <u>Darstellung der verschiedenen Auffassungen vom Gläubigerschutz</u>	16
1.) <u>Darstellung der älteren Auffassung</u>	16
2.) <u>Darstellung der neueren Auffassung</u>	21
II. <u>Stellungnahme der verschiedenen Auffassungen vom Gläubigerschutz zum Problem</u>	24
1.) <u>Die unterschiedliche Bedeutung des Problems für die Bilanzierungspraxis in verschiedenen Ländern</u>	25
2.) <u>Stellungnahme der älteren Auffassung vom Gläubigerschutz zum Problem</u>	29
3.) <u>Stellungnahme der neueren Auffassung vom Gläubigerschutz zum Problem</u>	32
C. <u>Untersuchung</u>	35
I. <u>Wesen des Gläubigerschutzes</u>	35
II. <u>Faktoren des Gläubigerschutzes</u>	38
1.) <u>Das Vermögen als Gläubigerschutzfaktor</u>	38
2.) <u>Der Gewinn als Gläubigerschutzfaktor</u>	41
3.) <u>Die Entnahme als Gläubigerschutzfaktor</u>	43
4.) <u>Die Entwicklung des Geldwertes als Gläubigerschutzfaktor</u>	47
III. <u>Spezielle Problemstellung</u>	54
IV. <u>Das Problem des Bilanzumfangs</u>	64
1.) <u>Die Behandlung des Problems in der Literatur</u>	64
2.) <u>Zum Begriff des Bilanzumfangs</u>	68

	<u>Seite</u>
3.) <u>Die Bestimmung des Bilanzumfangs</u>	69
a) Das imparitätische Realisationsprinzip	69
aa) Seine Darstellung	69
bb) Die historische Entwicklung	72
b) Die heute geltenden Aktivierungsgrundsätze	75
c) Die heute geltenden Passivierungsgrundsätze	81
4.) <u>Der Einfluss des Bilanzumfangs auf den Gläubigerschutz</u>	82
a) Nach älterer Auffassung	83
b) Nach neuerer Auffassung	87
5.) <u>Sonderfragen bei der Bestimmung des Bilanzumfangs</u>	90
a) Die Bilanzierung fremden Eigentums	90
aa) Darstellung	90
bb) Der Einfluss der Bilanzierung fremden Eigentums auf den Gläubigerschutz	94
aaa) Nach älterer Auffassung	95
bbb) Nach neuerer Auffassung	98
b) Die Passivierung der persönlichen Schuldverhältnisse	99
aa) Darstellung	99
bb) Die Bedeutung der Passivierung der persönlichen Schuldverhältnisse für den Gläubigerschutz	102
aaa) Nach älterer Auffassung	102
bbb) Nach neuerer Auffassung	104
V. <u>Das Problem der Bewertung</u>	105
1.) <u>Die Behandlung des Problems in der Literatur</u>	105
2.) <u>Zum Begriff der Bewertung</u>	106
3.) <u>Die Wertbegriffe in der Handelsbilanz</u>	107
a) Die Anschaffungskosten	108
b) Die Herstellungskosten	109
c) Der gemeine Wert	111
d) Der Börsen- und Marktpreis	112

4.) <u>Die Bewertungsprinzipien in der Handelsbilanz</u>	112
a) Das Vorsichtsprinzip	113
b) Das imparitätische Realisationsprinzip	113
c) Das Niederst-Höchstwertprinzip	114
d) Das Prinzip der Einzelbewertung	118
5.) <u>Die Bewertung</u>	121
a) Die Bewertung der Aktivposten	121
aa) Das Anlagevermögen	121
aaa) Das materielle Anlagevermögen	122
bbb) Das immaterielle Anlagevermögen	123
ccc) Die Abschreibungen auf das Anlagevermögen	123
bb) Das Umlaufvermögen	127
b) Die Bewertung der Passivposten	130
6.) <u>Die historische Entwicklung der Bewertungsprinzipien</u>	131
7.) <u>Der Einfluss der Bewertung auf den Gläubigerschutz</u>	135
a) Der Einfluss der Bewertung auf den Gläubigerschutz nach älterer Auffassung	135
aa) Bei gleichbleibenden Preisen	136
aaa) Das Anlagevermögen	136
bbb) Das Umlaufvermögen	146
ccc) Die Passivposten	148
ddd) Der Gewinnausweis	150
bb) Bei veränderlichen Preisen	151
aaa) Sinkende Preise	151
bbb) Steigende Preise	155
b) Der Einfluss der Bewertung auf den Gläubigerschutz nach neuerer Auffassung	156
aa) Bei gleichbleibenden Preisen	157
aaa) Das Anlagevermögen	157
bbb) Das Umlaufvermögen	159
ccc) Die Passivposten	159
ddd) Der Gewinnausweis	160

	<u>Seite</u>
bb) Bei veränderlichen Preisen	160
aaa) Sinkende Preise	160
bbb) Steigende Preise	162
VI. <u>Das Problem der Bilanzgliederung</u>	164
1.) <u>Die Behandlung des Problems in der Literatur</u>	164
2.) <u>Zum Begriff der Bilanzgliederung</u>	164
3.) <u>Das Prinzip der Bilanzklarheit</u>	166
4.) <u>Die heute geltenden Gliederungsprinzipien</u>	168
a) Die Gliederung der Bilanz	168
b) Die Berücksichtigung von Eventualverbindlichkeiten und fremdem Eigentum	170
5.) <u>Der Einfluss der Bilanzgliederung auf den Gläubigerschutz</u>	172
a) Nach älterer Auffassung	172
b) Nach neuerer Auffassung	178
D. <u>Schluss</u>	181
<u>Literaturverzeichnis</u>	185
<u>Lebenslauf</u>	193

Abkürzungsverzeichnis

Anm.	Anmerkung
aaO.	am angeführten Ort
AdHG	Allgemeines deutsches Handelsgesetzbuch
AG	Aktiengesellschaft
AktG	Aktiengesetz v. 30.1.1937
Art.	Artikel
BFH	Bundesfinanzhof
BGH	Bundesgerichtshof
BStBl	Bundessteuerblatt
EStG	Einkommensteuergesetz
EStDV	Einkommensteuer-Durchführungsverordnung
GmbHGes	Gesetz, betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
HGB	Handelsgesetzbuch
KG	Kommanditgesellschaft
KO	Konkursordnung
oHG	offene Handelsgesellschaft
preuss.ALR	Preussisches allgemeines Landrecht von 1794
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RGSt	Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen
ROHG	Reichsoberhandelsgericht
RStBl	Reichssteuerblatt (Amtliche Sammlung)
Schweiz O(bI)R	Schweizerisches Obligationenrecht
ZfB	Zeitschrift für Betriebswirtschaft
ZPO	Zivilprozessordnung

A. Einleitung

=====

I. Allgemeine Problemstellung

Das Problem, ob und inwiefern die durch den Einzelkaufmann aufgestellte Bilanz dem Schutz der Gläubiger dient, ist so alt wie die Handelsbilanz des Einzelkaufmanns selbst. Zu der Zeit, als der kaufmännische Brauch noch nicht verlangte, dass alljährlich ein das Verhältnis des Vermögens und der Schulden darstellender Abschluss gemacht wird, konnte das Problem des Gläubigerschutzes noch gar nicht auftreten, weil nur durch die mit dem Jahresabschluss vorgenommene Zäsur in die Gesamtlebensdauer des Unternehmens für den Gläubiger nachteilige Folgen entstehen, vor denen er weitgehend bewahrt werden soll.

Solange in früheren Zeiten der Kaufmann keinen Jahresabschluss machte, sondern seine einzelnen Geschäfte getrennt voneinander durchführte und abrechnete, wurde über Erfolg oder Misserfolg eines solchen Geschäftes erst entschieden, wenn die in das Geschäft investierten Gelder wieder frei wurden¹⁾. Das bedeutete für den Kaufmann, dass er vor der Abwicklung des Geschäftes über den voraussichtlichen Gewinn nicht verfügen konnte; für den Gläubiger folgte daraus entsprechend, dass sich erst bei der vollständigen Abwicklung herausstellte, ob der Schuldner das in ihn bei der Kredithingabe gesetzte Vertrauen rechtfertigte und seine Schulden beglich.

1) Stahl, G., "Der Ausweis von Bildung und Verwendung von Reserven in der Entwicklung des Bilanzrechtes englischer Aktiengesellschaften", Nürnberg, 1962, S.29, zitiert hierzu: Levy, A.B., "Private Corporation and their Control", London 1950, I, S.312.

Damit ging der Gläubiger in früheren Zeiten nur das den Kreditbeziehungen eigene Risiko ein, dass nämlich der Schuldner bei Fälligkeit der Schuld nicht in der Lage war, seine Verbindlichkeiten einzulösen, weil der erwartete Erfolg ausgeblieben war.

Als der Umfang der einzelnen Geschäfte zunahm, liess sich deren getrennte Abrechnung nicht mehr durchführen. Es kam zur Aufstellung von Bilanzen, die jedoch dem endgültigen Ergebnis einer Totalbilanz bei Beendigung des Geschäftes nicht vorgriffen. Erst bei Auflösung des Handelsunternehmens wurde der Erfolg festgestellt und unter die an ihm beteiligten Personen verteilt¹⁾. Die auf Grund der Jahresbilanzen ermittelten Gewinne hatten nur vorläufigen Charakter. Ihre Entnahme zum Zwecke des Verbrauchs verpflichtete zur Zurückzahlung im Ernstfall²⁾.

Auch bei dieser Art von Jahresbilanzen ging der Gläubiger bei der Kredithingabe kein weiteres Risiko als das des geschäftlichen Misserfolges ein.

Das wurde erst anders, als die Jahresbilanzen ihren provisorischen Charakter verloren und die Ermittlung des Geschäftserfolges nicht mehr der Schlussbilanz bei Beendigung des Unternehmens vorbehalten war. Der in den Jahresbilanzen ermittelte Erfolg gilt heutzutage - erstmalig wohl seit 1794 mit Einführung des preussischen allgemeinen Landrechts³⁾ - vor dem Gesetz als realisiert. Der Unternehmer darf ihn entnehmen, ohne dass ihm in späteren Verlustjahren vor dem Gesetz der Vorwurf gemacht werden könnte, er habe sich auf Kosten seiner Gläubiger dadurch bereichert. Für die Teilhaber einer Gesellschaft

1) Barth, K., "Die Jahresbilanz, ihre wirtschaftliche Bedeutung und rechtliche Regelung ...", S. 38

2) Barth, K., aaO., S. 39

3) Barth, K., "Die Jahresbilanz der Unternehmung", Stuttgart 1950, S. 23

bedeutet diese Regelung, dass sie den auf Grund einer ordnungsmässigen Jahresbilanz empfangenen Gewinn in späteren Verlustjahren nicht wieder zurückzahlen müssen.

Seitdem läuft der Gläubiger über das allgemeine Geschäftsrisiko hinaus Gefahr, sein Geld dadurch zu verlieren, dass die in einem Jahr errechneten Gewinne entnommen werden, obwohl die Unternehmung insgesamt gesehen keinen Gewinn erzielt.

Der Jahresabschluss führt damit spätestens seit Beginn des vorigen Jahrhunderts zu einer Bevorzugung des schulden- den Kaufmanns gegenüber seinen Gläubigern. Aus dem Bemühen, hierfür einen Ausgleich zu schaffen, erklärt sich der Gedanke, den Gläubiger dadurch zu schützen, dass die Bilanz nach Grundsätzen aufgemacht wird, die erkennen lassen, ob der Anspruch des Gläubigers sichergestellt ist oder nicht.

Aufgabe der folgenden Untersuchung soll es nun sein festzustellen, wie nach den heute geltenden Grundsätzen ordnungsmässiger Buchführung und Bilanzierung die Abgrenzung der einzelnen Wirtschaftsperioden voneinander im Jahresabschluss vorgenommen wird und inwiefern auf Grund einer solchen Bilanz der Schutz der Gläubiger sichergestellt ist.

II. Begründung des Modells

Die bei der nachfolgenden Untersuchung über das Verhältnis von Gläubigerschutz und Handelsbilanz gewonnenen Erkenntnisse sollen für die Bilanzen aller üblichen Unternehmungsformen gelten, soweit nicht Besonderheiten, auf die von Fall zu Fall einzugehen sein wird, eine Differenzierung verlangen. Mit der Wahl eines Modells soll daher mit Rücksicht auf dieses Ziel nicht bezweckt werden, den Umfang der Untersuchung zu begrenzen. Durch die Modellbildung soll viel-

mehr erreicht werden, dass sich die Untersuchung des Problems in ihrer Durchführung vereinfacht, nicht aber in ihren Erkenntnissen verringert.

Die Wahl der Handelsbilanz gerade des Einzelkaufmanns als Modellfall erfolgt in diesem Zusammenhang keineswegs willkürlich. Sie ist geschehen, weil die Handelsbilanz des Einzelkaufmanns im Hinblick auf den Gläubigerschutz neben den Problemen, die den Bilanzen aller Unternehmungsformen gemeinsam sind, weitere Fragen aufwirft, die durch eine Untersuchung mit Hilfe der Bilanz jeder anderen Unternehmungsform nicht beantwortet werden. Es ergeben sich diese Fragen aus der unterschiedlichen Rechtsnatur des Einzelkaufmanns gegenüber den Kapitalgesellschaften, aber auch gegenüber der offenen Handelsgesellschaft (oHG) und der Kommanditgesellschaft (KG).

Der Einzelkaufmann ist eine natürliche Person, die Kapitalgesellschaften sind juristische Personen, d.h. sie haben ohne die hinter ihnen stehenden Gesellschafter eigene Rechtspersönlichkeit. Eine solche eigene Rechtspersönlichkeit haben oHG und KG zwar nicht, jedoch ist ihre Stellung im Rechtsverkehr der einer juristischen Person stark angenähert. Sie können unter ihrer Firma Rechte erwerben, Verbindlichkeiten eingehen, Eigentum und andere dingliche Rechte an Grundstücken erwerben, vor Gericht klagen und verklagt werden¹⁾.

Aus dieser unterschiedlichen Rechtsnatur des Einzelkaufmanns und der möglichen Gesellschaftszusammenschlüsse des Handelsrechts ergibt sich, dass die Handelsbilanz des Einzelkaufmanns als Modell zu den am weitesten gehenden Untersuchungen zwingt; und das insbesondere aus folgenden Gründen:

1) § 124 HGB.

- a) Wie in den späteren Ausführungen darzustellen sein wird, ist es durchaus möglich, dass die Anforderungen, die mit Rücksicht auf den Gläubigerschutz an eine Bilanz zu stellen sind, sich mit der voraussichtlichen Lebensdauer des Unternehmens ändern.

Da die Rückzahlung der Verbindlichkeiten entweder aus den in der Unternehmung erzielten Gewinnen oder aber aus den Vermögenswerten der Unternehmung erfolgen muss, ist es für den Gläubiger von Bedeutung zu wissen, ob die Unternehmung bestehen bleibt und Gewinne abwirft oder ob die Unternehmung in der nächsten Zeit liquidiert wird, wobei dann nur noch die Vermögenswerte der Unternehmung eine Befriedigung des Gläubigers bringen können.

In dieser Hinsicht ist für den Fortbestand des Unternehmens die Unternehmungsform von grosser Bedeutung. Aktiengesellschaft und GmbH werden durch den Wechsel und den Tod ihrer Gesellschafter in ihrer Existenz nicht bedroht. Das ergibt sich aus ihrer Natur als juristische Person, die ihnen unabhängig von den Gesellschaftern eigene Rechtspersönlichkeit verleiht. Die durch den Tod eines Gesellschafters ausgelösten Erbstreitigkeiten und Zerteilungen des Vermögens werden ausserhalb der Gesellschaft ausgetragen.

Nicht ganz so ist es bei der offenen Handelsgesellschaft und der Kommanditgesellschaft. Der Tod bzw. das sonstige Ausscheiden eines Gesellschafters führt grundsätzlich zur Auflösung der Gesellschaft. Jedoch kann - und das geschieht meistens - im Gesellschaftsvertrag der Fortbestand der Gesellschaft unter den übrigen Gesellschaftern bzw. mit den Erben eines gestorbenen Gesellschafters vereinbart werden. Auf diese Weise bedroht das Ausscheiden eines Gesellschafters ebenfalls nicht die Existenz der

Gesellschaft. Dem Gesellschaftsvertrag entgegenstehende letztwillige Verfügungen sind im Verhältnis der Gesellschafter zueinander unbeachtlich, können also die Existenz der Gesellschaft nicht gefährden.

Wenn damit auch rechtlich Vorsorge dafür getroffen ist, dass die Gesellschaft durch das Ausscheiden eines Gesellschafters nicht beendet wird, so kann wirtschaftlich das Ende doch dadurch eintreten, dass die Auszahlung des Anteils - unter Umständen unter Auflösung stiller Reserven - zum Rückgang des Geschäftes und eventuell zum Zusammenbruch führt. Damit sind oHG und KG - unter dem Gesichtspunkt des Gesellschafterwechsels gesehen - weniger krisenfest als eine Kapitalgesellschaft.

In viel stärkerem Umfang trifft das aber für die Unternehmung eines Einzelkaufmanns zu. Hier hängt die Existenz des Unternehmens nach dem Tode des Inhabers von der richtigen Erbeinsetzung und den Fähigkeiten des oder der Erben ab. Eine ausschlaggebende Rolle wird der mögliche Tod des Unternehmers allerdings für die Überlegungen eines Gläubigers bei der Kreditgewährung nicht spielen. Der Gläubiger wird diese Möglichkeit mit der Gefahr einer vorzeitlichen Liquidation des Unternehmens bei einem Einzelunternehmen jedoch immer mehr in Betracht ziehen als bei einer Gesellschaft des Handelsrechts.

- b) Die Unternehmungsform hat aber nicht nur auf die voraussichtliche Lebensdauer der Unternehmung und damit auf die Anforderungen des Gläubigerschutzes einen Einfluss. Natürliche und juristische Personen unterscheiden sich auch darin, dass sich natürliche Personen sowohl in der Geschäfts- wie auch in ihrer Privatsphäre betätigen können; das ist der juristischen Person nicht möglich. Ein Eigenleben ausserhalb des Geschäftsbereiches ist für sie nicht denkbar.

Nur die natürliche Person kann also ausserhalb des Geschäftsbereiches in ihrer Privatsphäre Vermögenswerte erwerben und Verbindlichkeiten eingehen. Da Gläubigerschutz mit Hilfe der Handelsbilanz nur gewährt werden kann, soweit die Handelsbilanz eine Aussage macht, taucht bei der Bilanz des Einzelkaufmanns - aber auch nur dort - die Frage auf, inwieweit die Lebensäusserungen des Kaufmanns, die in seiner Privatsphäre rechtliche Auswirkungen gehabt haben, in der Handelsbilanz ihren Niederschlag finden müssen.

Bei einer Untersuchung der Bilanz der Aktiengesellschaft oder der GmbH kann dieses Problem nicht auftauchen.

Der Modellwahl lässt sich insoweit auch nicht entgegenhalten, dass die Gesellschafter einer oHG wie auch der Komplementär der KG ebenfalls eine Privatsphäre haben, in der sie Vermögenswerte erwerben und Verbindlichkeiten eingehen können, ohne ihre Haftung für Verbindlichkeiten aus dem einen Lebensbereich auf dessen Vermögenswerte beschränken zu können. Wenngleich die Gesellschafter einer oHG auch mit ihrem Privatvermögen für die Geschäftsverbindlichkeiten unbeschränkt haften und andererseits Gläubiger wegen ihrer Forderungen aus der "Privatsphäre" des Gesellschafters in den Gesellschaftsanteil vollstrecken können, so ist die Art der Haftung zumindest in einem Punkt doch eine andere.

Der Einzelkaufmann haftet für seine Verbindlichkeiten, gleich woher sie stammen, mit seinem gesamten Vermögen, unabhängig davon, in welchem Lebensbereich er es erworben hat. Im Konkurs gibt es nur eine Gläubigergemeinschaft. Bei der oHG dagegen haben die "Privat"gläubiger keinen Anspruch darauf, sich wegen ihrer Forderungen aus dem Gesellschaftsvermögen zu befriedigen; sie nehmen nur am Konkurs des Gesellschafters teil. Umgekehrt nimmt ein Gläubiger der Gesellschaft am Konkurs des Gesellschafters

nur insoweit teil, wie er von der Gesellschaft keine Befriedigung erlangt hat. Im Gegensatz zum Konkurs des Einzelkaufmanns gibt es hier mehrere Gläubigergemeinschaften¹⁾.

Damit aber hat für die Bilanz der oHG die Frage des Ausweises von privatem Vermögen und privaten Schulden nicht die Bedeutung wie für die Bilanz des Einzelkaufmanns.

Es ergibt sich somit, dass auch aus diesem Grunde die Bilanz des Einzelkaufmanns für die nachfolgende Untersuchung das geeignete Modell ist.

- c) Hinzukommt, dass die Bilanzierungsweise heutzutage unabhängig von der Rechtsform der Unternehmung weitgehend einheitlich ist. Das gilt zumindest für Deutschland, wo sich in der Praxis im Laufe der Zeit die Überzeugung herausgebildet hat, dass die Bilanzierungsbestimmungen des Aktienrechts Ausdruck der Grundsätze ordnungsmässiger Buchführung sind. Es ist - wie in den späteren Ausführungen zur historischen Entwicklung der Bilanzierungsprinzipien darzustellen sein wird - einhellige Meinung in Literatur und Praxis, dass in Deutschland jeder Unternehmer, also auch der Einzelkaufmann, der seine Bilanz nach den Grundsätzen ordnungsmässiger Buchführung aufzustellen hat, seiner Pflicht genügt, wenn er die aktienrechtlichen Vorschriften anwendet, soweit das mit Rücksicht auf die Eigenheit der besonderen Unternehmungsform möglich ist²⁾.

Das bedeutet für die Wahl des Modells, dass die Bilanz des Einzelkaufmanns trotz aller bereits dargestellten Vorzüge als Untersuchungsobjekt, nicht allein deshalb nicht ungeeignet ist, weil sie Bilanzierungsgewohnheiten übersieht, die nur den Bilanzen anderer Unternehmungen eigen sind.

1) So wenigstens nach deutschem Recht, vergl. § 212 der KO

2) Vergl. Anm. 3 Seite 134

B. Die Behandlung des Problems in der Literatur

In der Literatur ist das Problem, inwieweit die durch den Einzelkaufmann aufgestellte Bilanz dem Gläubigerschutz dient, behandelt. Während jedoch Ausführungen über den Gläubigerschutz selbst, sein Wesen und seine Bedeutung für die Handelsbilanz sehr zahlreich sind, ist eine Stellungnahme zu der im Rahmen dieser Arbeit zu untersuchenden Frage, ob die heutige Handelsbilanz diesen Gläubigerschutz erfüllt, sehr selten.

Darum bemüht, die in der Literatur zum Ausdruck gekommenen Meinungen systematisch zu unterteilen, lassen sich grundsätzlich zwei grosse Gruppen feststellen, deren unterschiedliche Stellungnahme zum Problem sich aus ihrer geteilten Ansicht darüber ergibt, welcher Art der Gläubigerschutz ist, der mit Hilfe der Handelsbilanz gewährt werden soll.

Diese beiden Auffassungen sollen zunächst dargestellt werden.

I. Darstellung der verschiedenen Auffassungen vom Gläubigerschutz

1.) Darstellung der älteren Auffassung

Nach der einen der beiden darzustellenden Auffassungen vom Gläubigerschutz werden die Ansprüche der Gläubiger allein durch das Vermögen des Kaufmanns sichergestellt. Der Gläubigerschutz ist gewährleistet, wenn die jederzeit mögliche Liquidation des Vermögens die Bezahlung sämtlicher Verbindlichkeiten ermöglicht.

Aus diesem Grunde muss nach dieser Auffassung die Handelsbilanz des Kaufmanns so erstellt sein, dass sich aus ihr der Stand des den Gläubigern zur Sicherheit dienenden Vermögens und der Schulden ergibt.

Um den Schutz der Gläubiger zu erreichen, soll die Bilanz auf der Aktivseite die Deckungsmasse für die Gläubigeransprüche und auf der Passivseite die Gläubigeransprüche selbst enthalten. Die Höhe des Eigenkapitals gibt an, in welchem Grade die Deckungsmasse eine Übersicherung der Gläubigeransprüche ergibt.

Diese Ansicht ist von den beiden darzustellenden Auffassungen vom Gläubigerschutz die ältere, weshalb von ihr auch im folgenden als von der "älteren Auffassung" die Rede sein soll. Sie ist aufgekommen zu Beginn der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts, in Deutschland zu einer Zeit also, als mit der Kodifizierung eines deutschen Handelsgesetzbuches begonnen wurde, bei dessen Beratung der Gedanke des Gläubigerschutzes eine wichtige Rolle spielte¹⁾.

In seiner ursprünglich "reinen" Form ist der Gläubigerschutz nach älterer Auffassung mit der Vorstellung verbunden, sämtliche Vermögensteile müssten mit dem gemeinen, dem Realisierungswert bewertet werden, wenn die Bilanz das Vermögen so wiedergeben soll, wie es seinem Werte nach zur Schuldendeckung geeignet ist. Die Entwicklung des Gläubigerschutzes nach älterer Auffassung ist deshalb auch mit dem Aufkommen des gemeinen Wertes als des allgemein vorherrschenden Wertansatzes eng verknüpft²⁾.

Charakteristisch für die damals allgemein vorherrschende Ansicht ist die Kommentierung, die V.Ring dem § 185 a des Aktiengesetzes von 1884 bezüglich des Wertansatzes zuteil werden liess³⁾.

1) Vergl. hierzu die Darstellung bei Passow, R., "Die Bilanzen der privaten und öffentlichen Unternehmungen", 3. Aufl., Leipzig-Berlin 1921, B.-d.1, S.81; vergl. ferner unten S.25f.

2) Über die Entwicklung der Bewertungsprinzipien vergl. weiter unten S.131ff.

3) Ring, V., "Das Reichsgesetz betr. die Kommanditgesellschaft auf Aktien und die Aktiengesellschaften v.18.Juli 1884", Berlin 1886, S. 256.

"Nur derjenige Tauschwert, welcher präsumtiv für das betreffende Vermögensstück als Geld erlangt werden kann, der Realisierungswert kommt grundsätzlich in Betracht. Dies ergibt sich aus der Natur der Bilanz als eines das Verhältnis des Vermögens und der Schulden darstellenden Abschlusses; lediglich der Realisierungswert ist zur Schuldendeckung geeignet".

Simon verwendet in der dritten Auflage seines Werkes "Die Bilanzen der Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien"¹⁾ dieses Zitat, um die bis zum Erscheinen der ersten Auflage seines Werkes im Jahr 1886 bestehende Einigkeit über die Frage des Wertansatzes und damit über die Art des Gläubigerschutzes darzulegen.

Zu denjenigen, die in jener Zeit die Ansicht vertraten, der Gläubigerschutz verlange die Bewertung des Schuldnervermögens zum Zeitwert, gehört neben V.Ring der Jurist von Strombeck²⁾. Er verlangt ebenfalls, dass die einzelnen Vermögensgegenstände nur so bewertet werden, dass der erzielbare Verkaufserlös wiedergegeben werde, weil nur der in bares Geld effektiv umsetzbare Wert zur Deckung der Geldschulden in Betracht komme.

Es gehört ferner hierher W.Endemann³⁾, der sich unter Aufgabe des Anschaffungswertes für den gemeinen Wert einsetzt, weil nur durch ihn die Summe wiedergegeben werde, um welche das Objekt zur angegebenen Zeit sofort zu Geld gemacht werden kann.

1) Simon, H.V., "Die Bilanzen der Aktiengesellschaften und der Kommanditgesellschaften auf Aktien", 3.Aufl., Berlin 1899, S.290.

2) von Strombeck, .., "Zur Bilanzaufstellung der Aktiengesellschaften", in: "Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht", Bd.28, S.459 ff (S.473).

3) Endemann, W., "Handbuch des Deutschen Handels-, See- und Wechselrechts", Leipzig 1881, Bd.1, S.244/245

Im Sinne eines Gläubigerschutzes durch Bewertung des Vermögens mit dem Zeitwert äussert sich ebenfalls von Völderndorff¹⁾, wenn er die Ansicht vertritt, Artikel 31 des allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuches von 1861 enthalte das Grundprinzip für jede ordentliche Bilanz, wonach sämtliche Vermögensstücke und Forderungen zum gemeinen Wert, also zum Veräusserungswert, einzusetzen sind.

Er unterscheidet sich hiermit von H.Keyßner dadurch, dass dieser zwar auch der Ansicht ist, Artikel 31 AdHGB verlange den gemeinen Wert als Wertansatz, ohne jedoch in diesem Artikel den Ausdruck eines allgemeinen Grundprinzips zu sehen²⁾. Keyßner lehnt sich bei seiner Kommentierung weitgehend an eine Entscheidung des Reichsoberhandelsgerichts an³⁾, nach welcher der für die Bilanz zu ermittelnde massgebliche Wert der allgemeine Verkehrswert ist, damit die Bilanz der objektiven Wahrheit der Vermögenslage entspricht⁴⁾⁵⁾.

Die Ansicht der genannten Autoren, im Interesse der Gläubiger müsse in der Bilanz ausschliesslich der gemeine Wert in Ansatz gebracht werden, wurde gegen Ende des vorigen Jahrhunderts aufgegeben. An die Stelle des Realisationswertes wurden andere Wertbegriffe gesetzt. Gleichwohl wurde weiterhin an der Ansicht festgehalten, dass die Bilanz des Kauf-

1) v.Völderndorff, O., "Reichsgesetz betreffend die KG auf Aktien und die Aktiengesellschaften vom 18.7.1884", Erlangen 1885, S.684.

2) Keyßner, H., "Allgemeines deutsches Handelsgesetzbuch nach Rechtsprechung und Wissenschaft", Stuttgart 1878, Erl.2 zu Art.31, S.39.

3) ROHG, Bd.12, S.18

4) ebenso: Behrend, .., "Lehrbuch des Handelsrechts", Berlin und Leipzig 1886, Bd.1, S.292.

5) Keyßner lässt allerdings Teile der Gerichtsentscheidung fort, in denen ausgeführt wird, dass der Einfluss einer Liquidation bei der Wertfeststellung nicht zu berücksichtigen ist.

manns dazu diene, zum Schutze der Gläubiger den Vermögensstand des Kaufmanns richtig wiederzugeben.

An erster Stelle ist hier Hermann Veit Simon mit seinem bereits erwähnten Werk "Die Bilanzen der Aktiengesellschaften und der Kommanditgesellschaften auf Aktien" zu nennen, der sich gegen die Ansicht wendet, für die Wertung der Bilanzposten sei der gemeine Wert massgeblich¹⁾. Trotzdem aber sieht auch er das Wesen der Bilanz in der Aufgabe, den augenblicklichen Wert des Vermögens zu ermitteln²⁾, womit dem Gläubigerschutz nach älterer Auffassung voll entsprochen ist.

Desgleichen hält Ilmari Kovero die richtige Vermögensdarstellung unter anderem im Interesse der Gläubiger für die Aufgabe der Bilanz³⁾, ohne dabei aber den Realisationswert zu verwenden. Er sieht in dem gegenwärtigen objektiven Anschaffungswert den hierfür massgeblichen Wert⁴⁾.

Auch Staub-Stranz rechnen hierzu, wenn sie den Realisationswert zugunsten des Gebrauchswerts aufgeben und trotzdem verlangen, dass das Vermögen des Kaufmanns so bewertet wird, dass eine Täuschung der Gläubiger nicht eintreten kann⁵⁾. Richtiger Vermögensausweis im Interesse der Gläubiger ist

1) 3.Aufl., Berlin 1899, S.291 und S.303.

2) 3.Aufl., Berlin 1899, S.303.

3) Kovero, I., "Die Bewertung der Vermögensgegenstände in den Jahresbilanzen der privaten Unternehmungen", Berlin 1912, S.31/32.

4) aaO., S.121.

5) Staub-Stranz, "Kommentar zum Handelsgesetzbuch" 8.Aufl., Berlin 1906, Bd.1, § 40 Anm.2, S.215.

auch nach Rehm, wie er in seinem Werk "Die Bilanzen der Aktiengesellschaften"¹⁾ zum Ausdruck bringt, Aufgabe der Bilanz. Nach seiner Ansicht ist der Kaufmann verpflichtet, die Lage seines Vermögens nach den Grundsätzen ordnungsmässiger Buchführung in der Bilanz so ersichtlich zu machen, dass ein Dritter sie zu erkennen vermag.

2.) Darstellung der neueren Auffassung

Mit dem Beginn dieses Jahrhunderts setzte sich in der Literatur, mehr noch in der Praxis²⁾ die Auffassung durch, dass es weniger die Aufgabe der Bilanz ist, das Vermögen des Kaufmanns darzustellen, als zur Gewinnermittlung beizutragen.

Ansätze zu dieser Auffassung finden sich bereits im vorigen Jahrhundert bei Scheffler³⁾, der zum Ausdruck bringt, die Bilanz habe letztlich keinen anderen Zweck, als den Reinertrag zu ermitteln.

1) Rehm, H., "Die Bilanzen der Aktiengesellschaften", 1. Aufl., S. 46; zit. nach Kovero, I., "Die Bewertung der Vermögensgegenstände"...

2) Osbahr, W. hebt in seinem Werk "Die Bilanz vom Standpunkt der Unternehmung", 3. Aufl., Berlin und Leipzig 1923 bei der Gliederung der über das Wesen und den Inhalt der Bilanz bestehenden Anschauungskreise die Ansicht der Praxis besonders hervor. Demzufolge wurden zuerst in der Praxis die Bilanzen in ihrer ganzen Aufmachung von dem Gedanken der Erfolgsermittlung beherrscht, wenn sie auch in der Grundauffassung weitgehend Übersichten über die Vermögenslage bildeten. (S. 105).

3) Scheffler, .., "Über Bilanzen", in: "Vierteljahresschrift für Volkswirtschaft, Politik und Kulturgeschichte", 62. Bd., 1879, S. 4, (zit. n. Münch, P., "Die Bilanztheorie Rud. Fischers", Leipzig 1940, S. 29).

Ganz klar ausgesprochen hat das wohl erstmals v.Wilmowski in seinem Kommentar zum preussischen Einkommensteuergesetz von 1891. Er sieht den Endzweck der kaufmännischen Bilanz nicht in der Feststellung des absoluten Vermögenswertes, sondern in der Ermittlung des erzielten Gewinns¹⁾.

Zu etwa der gleichen Zeit wurde ebenfalls von Fischer die Erfolgsberechnung für das Ziel der Bilanzierung erklärt²⁾. Fischer entwickelt im Interesse einer richtigen Erfolgsermittlung Abschreibungsgrundsätze unter dem Gesichtspunkt der Nutzenverteilung und befürwortet aus dem gleichen Grunde aktive und passive Rechnungsabgrenzungsposten, wie sie heute Allgemeingut jedes bilanzierenden Kaufmanns sind.

Vorläufiger Endpunkt dieser Entwicklung ist die heute herrschende, von Schmalenbach entwickelte dynamische Bilanzauffassung³⁾.

Indem nach ihrer Bilanzerklärung Inhalt der Bilanz nicht Vermögenswerte, sondern schwebende Posten sind, die sich noch nicht endverrechnen lassen und daher z.B. in die G.u.V.-Rechnung nicht eingehen können, weil sie Einnahmen, bzw. Ausgaben sind, die erst noch zu Ertrag, bzw. Aufwand werden müssen, ist die Bilanz lediglich Hilfsmittel für die im Vordergrund stehende G.u.V.-Rechnung. Diese ist für die Auffassung deshalb von so grosser Bedeutung, weil die Gewinnhöhe als Massstab für die Richtigkeit der Unternehmenspolitik angesehen wird.

1) v.Wilmowski, .. , "Das preussische Einkommensteuergesetz v.24.VI.1891 in der Fassung der Abänderungsgesetze v.19.VI.1906, 18.VI.1907 und v.26.V.1909", 3.Aufl., Breslau 1915, S.110.

2) Fischer, R., "Über die Grundlagen der Bilanzwerte", Leipzig 1909, S.10.

3) Schmalenbach, E., "Die dynamische Bilanz", in 13.Aufl. herausgegeben von Bauer, R., Köln und Opladen 1962.

Mit den vorstehenden Ausführungen ist keine erschöpfende dogmengeschichtliche Darstellung bezweckt. Es kam lediglich darauf an zu zeigen, dass die Bilanz allmählich immer mehr ihrer Aufgabe als Instrument der Vermögensdarstellung enthoben und zu einem Werkzeug der Gewinnermittlung gemacht wurde. Das ist im Rahmen der Untersuchung insofern bedeutsam, als im Zusammenhang damit andererseits auch die Auffassung, der Gläubiger werde durch das Vermögen des Schuldners geschützt, in demselben Masse nicht mehr mit der Ausschliesslichkeit wie früher vertreten wurde. Es verschaffte sich allmählich die Erkenntnis Geltung, dass für einen Gläubiger die zwangsweise Durchsetzung seiner Ansprüche durch Vollstreckung in das Vermögen des Schuldners der mit Mühe verbundene letzte Ausweg ist, und dass stattdessen der Gläubiger ebenso geschützt wird, wenn die Unternehmung nachhaltig Gewinne erzielt, mit denen sie die eingegangenen Verbindlichkeiten abdecken kann¹⁾.

Der Gläubigerschutz nach neuerer Auffassung strebt nachhaltige Gewinnerzielung mit Hilfe der dynamischen Bilanzauffassung an, die nicht die Vermögensdarstellung, sondern die Ermittlung des periodisch genau abgegrenzten Gewinns bezweckt. Während jedoch der Gläubigerschutz nach älterer Auffassung mit dem Ziel der Gegenüberstellung von Vermögen und Schulden Inhalt und Zweck der im vorigen Abschnitt dargestellten älteren Bilanzauffassung ist, ist die Erreichung des Gläubigerschutzes nach neuerer Auffassung nicht das primäre Ziel der dynamischen Bilanzauffassung.

1) Schmalenbach, E., - Bauer, R., "Die dynamische Bilanz", S.52

In erster Linie erstrebt die dynamische Bilanzauffassung die richtige Erfolgsermittlung, um dem Kaufmann zu helfen, die Entwicklung des Geschäftsganges zu kontrollieren. Es ist - nach den Ausführungen Schmalenbach's zu urteilen¹⁾ - für die dynamische Bilanzauffassung lediglich eine begrüßenswerte, die Bilanztheorie stützende Nebenfolge, dass - wie Schmalenbach meint - auf diese Weise die Nachhaltigkeit der Gewinne gewährleistet und deshalb auch der Gläubiger geschützt ist.

Wegen des gemeinsam angestrebten Ziels nachhaltiger Gewinnermittlung verlangt der Gläubigerschutz nach neuerer Auffassung eine nach den Grundsätzen der dynamischen Bilanzauffassung entwickelte Bilanzierungsweise. Wie an anderer Stelle noch zu zeigen sein wird²⁾, erfordert der Gläubigerschutz nach neuerer Auffassung darüber hinaus eine substanz-erhaltende Gewinnermittlung, wie sie die dynamische Bilanzauffassung nicht kennt.

II. Stellungnahme der verschiedenen Auffassungen vom Gläubigerschutz zum Problem

Bevor in den nachfolgenden Ausführungen die Vertreter der verschiedenen Auffassungen vom Gläubigerschutz zu Wort kommen, ob die heutige Handelsbilanz den Gläubigerschutz erfüllt oder nicht, soll zuvor auf die unterschiedliche Bedeutung hingewiesen werden, die das Problem für die Bilanzierungspraxis in verschiedenen Ländern hat. Es ergibt sich daraus nämlich, dass dementsprechend auch das Problem in der Fachliteratur der einzelnen Länder nur in unterschiedlichem Masse erörtert wird.

1) Schmalenbach, E., - Bauer, R., "Die dynamische Bilanz", 13. Aufl., S.52

2) Siehe Seite 45ff.

1.) Die unterschiedliche Bedeutung des Problems
für die Bilanzierungspraxis in verschiedenen
Ländern

Wie die Durchsicht einschlägiger Zeitschriften und Monographien zeigt, ist die Frage, ob die heutige Handelsbilanz den Gläubigerschutz erfüllt oder nicht, durchaus nicht in allen Ländern ein echtes Problem. Es hängt dies davon ab, ob und in welchem Umfang Gesetzgeber oder Bilanzierungspraxis in einem Land den Gläubigerschutzgedanken zum Motiv oder gar zum übergeordneten Gesichtspunkt der als gültig anerkannten Bilanzierungsvorschriften und -gewohnheiten bestimmt haben. Nur wenn es in einem Land überhaupt als Aufgabe der Bilanz angesehen wird, dem Gläubigerschutz zu dienen, ist in der Literatur eine Stellungnahme zu dem hier interessierenden Problem zu erwarten, ob die heutige Handelsbilanz diese Aufgabe erfüllt.

In Deutschland haben die Bilanzierungsgrundsätze ordentlicher Kaufleute in den Vorschriften vor allem des Aktiengesetzes und des Handelsgesetzbuches ihren Niederschlag gefunden. Eine Stellungnahme zu den Bilanzierungsgrundsätzen der Praxis bedeutet hier gleichzeitig Auslegung und Kommentierung von gesetzlichen Vorschriften. Diese Vorschriften sind jedoch in Deutschland vom Gläubigerschutzgedanken bestimmt. Es ist einhellig vertretene Meinung der Literatur, dass es Aufgabe der nach den Vorschriften des deutschen Handelsrechts erstellten Handelsbilanz ist, dem Schutz der Gläubiger zu dienen¹⁾.

1) Gnam, A., "Von der imparitätischen zur paritätischen Bilanz", in: "Neue Betriebswirtschaft", 1958, S.121 ff
Vogt, F.J., "Grenzfragen der Aktivierung", in: "Neue Betriebswirtschaft", 1958, S.21 ff
Schlegelberger, F., "Handelsgesetzbuch", 4.Aufl., Berlin und Frankfurt, 1960, § 40, Anm.1
Forster, K.H., "Von Gläubigerschutz zum Aktionärsschutz - der Wandel in den Bewertungsbestimmungen des Aktienrechts", in: "Die Wirtschaftsprüfung", 1964, S.422 ff (424)

Diese Ansicht ergibt sich teilweise aus den Gesetzesmotiven, aber auch aus den Gesetzen selbst.

Bei den Beratungen der Nürnberger Kommission über ein allgemeines deutsches Handelsgesetzbuch diente ein von der preussischen Regierung ausgearbeiteter Entwurf als Grundlage. Art.31 dieses im Jahre 1857 in neuer Fassung publizierten Entwurfes ist der Vorläufer des heute in Deutschland geltenden § 40 HGB, der bestimmt, dass bei der Aufstellung des Inventars und der Bilanz sämtliche Vermögensgegenstände und Schulden nach dem Wert anzusetzen sind, der ihnen in dem Zeitpunkt beizulegen ist, für welchen die Aufstellung stattfindet.

In den Motiven zu diesem Art.31¹⁾ wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Bestimmung mit dazu beitragen soll, im Interesse der Gläubiger die wahre Vermögenslage des Schuldners aufzuzeigen.

Bei der Aufhebung der staatlichen Konzessionierung von Aktiengesellschaften und ihrer staatlichen Prüfung durch das Bundesgesetz über die Kommanditgesellschaften auf Aktien und die Aktiengesellschaften vom 11.6.1870 wurden, wie aus den Motiven hervorgeht²⁾, im Interesse der Gläubiger Bewertungsvorschriften angestrebt, die einer zu hohen Dividendenausschüttung entgegenwirken sollten. Soweit das Gesetz von 1870 daher bestimmt, dass Organisations- und Verwaltungskosten nicht aktiviert und Wertpapiere höchstens zum Kurswert angesetzt werden dürfen, kommt darin der Gläubigerschutzgedanke zum Ausdruck.

Neben den Motiven von Gesetzen, die als Vorläufer der heute geltenden Bilanzierungsvorschriften angesehen werden können, bringen die heutigen Gesetze aber auch selbst die Gläubigerschutzaufgabe der Bilanz zum Ausdruck.

1) Passow, R., "Die Bilanzen der ... ", Bd.I., S.82

2) Barth, K., "Die Entwicklung des deutschen Bilanzrechts", Stuttgart 1953, Bd.I., S.73

Nach der deutschen Konkursordnung¹⁾ wird der Gemeinschuldner bestraft, wenn er es u.a. unterlassen hat, Handelsbücher zu führen, deren Führung ihm gesetzlich oblag. Hierin ist nur dann ein Sinn zu sehen, wenn es Aufgabe der Handelsbilanz ist, die durch den Konkurs eingetretene Schädigung der Gläubiger vermeiden zu helfen, also dem Schutz der Gläubiger zu dienen²⁾.

Ähnlich wie in Deutschland ist es in Österreich, wo gleichfalls die Strafbestimmungen der Konkursordnung zum Beweise dafür zitiert werden, dass die Handelsbilanz eine Gläubigerschutzaufgabe zu erfüllen hat³⁾.

Damit ergibt sich für die Handelsbilanzen nach deutschem und österreichischem Recht eine Gläubigerschutzaufgabe, an der sich in der Literatur positive und negative Kritik der heutigen Bilanzierungsgewohnheiten mühelos orientieren können.

Anders dagegen ist es in den angloamerikanischen Staaten.

In England hat der Gesetzgeber irgendwelche Vorschriften, die den Schutz der Gläubiger bezwecken, nicht erlassen⁴⁾. Durch die Rechtsprechung ist jedoch das Prinzip des Gläubigerschutzes wenigstens in einer Hinsicht bis ungefähr zum Ende des vorigen Jahrhunderts anerkannt gewesen⁵⁾.

1) Vergl. §§ 239, 240 der Konkursordnung vom 18. Oktober 1871

2) Gnam, A., in: "Neue Betriebswirtschaft", 1958 S. 121 ff (121)

3) Loittsberger, E., "Die Struktur des Gläubigerschutzes im Recht", in: "Der österreichische Betriebswirt" 1954, S. 138 ff (145)

4) Wiemann, H.H., "Ordnungsmässige Rechnungslegung englischer Aktiengesellschaften aus deutscher Sicht", Köln 1958, S. 48/49

5) Stahl, G., "Der Ausweis von Bildung und Verwendung von Reserven ...", ..., S. 64

Die Richter folgerten aus Vorschriften des Companies Act über die formelle Kapitalherabsetzung, der Gesetzgeber ver-
lange im Interesse der Gläubiger, dass vor der Ausschüttung
von Gewinnen verlorenes Kapital wieder aufgefüllt sein müsse.
Seit dem Lee-Prozess im Jahre 1887 haben die Gerichte diese
Ansicht aufgegeben und es für zulässig erachtet, dass ent-
gegen den Interessen des Gläubigers, der sich vertraglich
sichern könne, ohne Rücksicht auf die Erhaltung des Ver-
mögens Gewinne ausgeschüttet werden dürfen¹⁾. Der Wille des
Gesetzgebers wird seit dem Aufkommen des Liberalismus in
England dahingehend interpretiert, die freie Gestaltung
des Geschäftslebens so wenig wie möglich durch Vorschriften
reglementieren zu wollen. Yamey²⁾ weist darauf hin, dass "the
emphasis has swung from creditor-protection to noninterference".
Damit kann spätestens mit Beginn des 20. Jahrhunderts von einer
Gläubigerschutzaufgabe der Handelsbilanz in England nicht
gesprochen werden. Die Frage, ob die heutige Handelsbilanz
den Gläubigerschutz erfüllt, ist damit aus der Sicht eng-
lischer Bilanzierungspraxis ohne Bedeutung. Eine ausgiebige
Diskussion dieses Problems in der englischen Literatur ist
deshalb auch nicht festzustellen.

In den Vereinigten Staaten von Amerika ist die Situation
eine ähnliche. Weder die Bundesgesetze noch die einzel-
staatliche Gesetzgebung enthalten Vorschriften über Gliede-
rung und Bewertung von Handelsbilanzen³⁾. Diese Aufgabe
erfüllen in gewissem Umfang die Rechnungslegungsvorschriften
der Securities and Exchange-Commission, der vor der Zulassung
von Aktien zum Börsenhandel Bilanzen der betreffenden Aktien-
gesellschaft vorgelegt werden müssen. Die von der SEC heraus-
gegebene Regulation S-X hat für die amerikanische Bilan-

1) Wiemann, H.H., "Ordnungsmässige Rechnungslegung
englischer Aktiengesellschaften ...", S.48-50

2) Yamey, "Aspects of The Law Relating to Company
Dividends; Studies in Accounting", London, p.64/66
(zit. nach Wiemann, aaO., S.51 Anm.2)

3) Maus, G., "Die Rechnungslegung der amerikanischen
Aktiengesellschaften", Köln 1959, S.10
Kronstein, H. - Clausen, P.C., "Publizität und Gewinn-
verteilung im neuen Aktienrecht", Frankfurt/Main,
1960, S.111

zierungspraxis eine gewisse allgemeine richtungsweisende Bedeutung. Aber auch von der SEC wird der Gedanke des Gläubigerschutzes nicht vorgebracht. Man begnügt sich damit, als Ausgleich für die in gewissen Grenzen eingeräumte Bewertungsfreiheit die Bekanntgabe der Bewertungsmethode zu verlangen¹⁾.

Damit trifft es auch für die Vereinigten Staaten von Amerika zu, dass Bilanzierungsmethoden in der Fachliteratur wohl diskutiert, nicht aber unter dem hier interessierenden Blickwinkel gesehen werden, ob die Einhaltung von Bilanzierungsgewohnheiten, bzw. die Abweichung von ihnen den Gläubigerschutz verletzt oder nicht. Wenn im folgenden die Stellungnahme der verschiedenen Auffassungen vom Gläubigerschutz zum Problem dargelegt wird, kann es deshalb nicht verwundern, wenn das Schwergewicht auf Äusserungen deutschsprachiger Autoren ruht.

2.) Stellungnahme der älteren Auffassung vom Gläubigerschutz zum Problem

Unter der Vielzahl von Autoren, die die Gläubigerschutzaufgabe der Handelsbilanz im Sinne der älteren Auffassung bejahen, nehmen nur ein Teil zum dem hier allein interessierenden Problem Stellung, ob die heutige Handelsbilanz diesen Gläubigerschutz erfüllt. Soweit diese Autoren sich über den Gläubigerschutzcharakter der heutigen Handelsbilanz an Hand von ihnen interessant erscheinenden Teilfragen der Bilanzierung geäußert haben, werden sie an anderer Stelle²⁾ eingehend gewürdigt. Daneben gibt es aber auch andere, die das Problem in seiner Gesamtheit angehen und dabei zu einem Urteil über den Gläubigerschutzcharakter der heutigen Handelsbilanz als Ganzes kommen. Sie allein sollen an dieser Stelle erwähnt werden.

1) Kronstein, H. - Clausen, P.C., aaO. S.114

2) Vergl. weiter unten auf S.64ff, 105f, 164

Zu nennen ist zunächst Bühler¹⁾, der sich dafür einsetzt, die - wie er sagt - einseitige Ausrichtung der Bilanzbestimmungen auf den Gläubigerschutz zu beseitigen, um der Bildung von Willkürreserven Einhalt zu gebieten. Bühler geht also davon aus, dass die heutige Handelsbilanz, wenn sie nach den gesetzlichen Bestimmungen erstellt ist, - und nur eine solche Bilanz ist von Bedeutung - den Gläubigerschutz nach älterer Auffassung erfüllt.

Von der gleichen Ansicht muss Forster²⁾ ausgegangen sein, wenn er bei der Untersuchung des im Entwurf vorliegenden neuen Aktiengesetzes zu dem Ergebnis kommt, das Prinzip des Gläubigerschutzes erfahre durch die neuen Bewertungsbestimmungen eine Einschränkung.

Zu einer genau entgegengesetzten Feststellung, dass nämlich eine dynamische Betrachtungsweise die Bilanzierungsgewohnheiten beeinflusse, scheint Friedrich³⁾ zu kommen, wenn er fordert, dass der Grundsatz der richtigen Periodengrenzung der dynamischen Bilanzauffassung hinter der Wahrung des Gläubigerschutzes zurücktreten müsse.

Ähnlich argumentiert Gnam⁴⁾, wenn er sich gegen eine fiskalische Betrachtungsweise bei der Aktivierung wendet, indem er fordert, dass der Ausweis eines richtigen Gewinns hinter dem Gläubigerschutzgedanken zurückstehen müsse und dass in Zukunft bei der Bilanzierung der Gedanke des Gläubigerschutzes wieder mehr in den Vordergrund treten solle⁵⁾.

1) Bühler, O., "Aktienrechtsreform dringlich geworden", in: "Die Aktiengesellschaft", 1956/57, S. 135 ff (136).

2) Forster, K.H., "Vom Gläubigerschutz zum Aktionärsschutz", in: "Die Wirtschaftsprüfung" 1964, S. 422 (427).

3) Friedrich, W., "Aktivierung in der Steuerbilanz bei handelsrechtlichem Aktivierungsverbot?", in: "Betriebs-Berater" 1958, S. 921 ff (924)

4) Gnam, A., "Die handelsrechtlichen Grundlagen der ordnungsmässigen Buchführung", in: "Der Betrieb" 1954, S. 581 ff.

5) Gnam, A., in: "Neue Betriebswirtschaft" 1958, S.121 ff.

Zu nennen ist hier auch Rentrop¹⁾, der die Ansicht vertritt, die Handelsbilanz werde vom Gläubigerschutz beherrscht und laufe darauf hinaus, Überbewertungen zu verhindern, Unterbewertungen jedoch zu dulden. Demgegenüber hätten, so meint Rentrop, die Grundsätze der dynamischen Gewinnermittlung allenfalls über die Steuergesetzgebung einen Einfluss auf die Bilanzierungspraxis ausgeübt. Die handelsrechtliche Bilanz gebe aber in den seltensten Fällen den richtigen Gewinn an.

An dieser Stelle ist ferner Weilbach²⁾ zu erwähnen, der Rentrop beipflichtet, dass die handelsrechtliche Bilanz nur in den seltensten Fällen den richtigen Gewinn ausweise. Der Kaufmann gehe im Gegensatz zur dynamischen Bilanztheorie vielmehr davon aus, dass Vermögen zu niedrig und die Schulden zu hoch auszuweisen.

Ohne sich zum Gläubigerschutzcharakter der heutigen Handelsbilanz zu äussern, scheinen Cannon³⁾ und Werntz⁴⁾ - wenn auch nur indirekt - den Gläubigerschutz nach älterer Auffassung zu befürworten und wohl auch durch die Handelsbilanz mit Hilfe einer vermögensmässigen Sicherung als erreicht anzusehen. Sie stellen vom Standpunkt des Kreditgebers zustimmend fest, dass in neuerer Zeit die Bilanz gegenüber der Gewinn- und Verlustrechnung wieder den Vorrang gewinnen müsse und auch gewinne.

1) Rentrop, S., "Grundlagen dynamischer Bilanzlehre in der Praxis", in: "Der Betrieb", 1956, S.777 ff (777).

2) Weilbach, E., "Die nachteiligen Wirkungen der Bilanzierungspraxis auf die Gewinn- und Verlustrechnung", in: "Der Betrieb", 1956, S.1185.

3) Cannon, A.M., "The investor's view" in: "The Journal of Accountancy", Aug.1961, S.32/33.

4) Werntz, W.W., "The Resurgence of the Balance-Sheet as a Useful Element in Financial Analysis" in: "The Journal of Accountancy", Nov.1953, S.555 ff.

3.) Stellungnahme der neueren Auffassung vom Gläubigerschutz zum Problem

Auf die Frage, inwiefern die heutige Handelsbilanz dem Gläubigerschutz dient, ist von den Vertretern der neueren Auffassung vom Gläubigerschutz eine Antwort in der direkten Form, wie sie von Vertretern der älteren Auffassung gegeben wird, nicht zu erwarten.

Wie dargelegt wurde, besteht ein bestimmter Zusammenhang zwischen der neueren Auffassung vom Gläubigerschutz und der dynamischen Bilanzauffassung in der Weise, dass die Befolgung dynamischer Bilanzierungsprinzipien die Nachhaltigkeit der Gewinnerzielung und damit den Schutz der Gläubiger bewirken soll. Das hat zur Folge, dass für die Vertreter der neueren Auffassung vom Gläubigerschutz das Problem des Gläubigerschutzes zu einem Problem der Dynamisierung der Bilanz wird, aus der sich notwendig der Gläubigerschutz in der von ihnen als wirksam vertretenen Weise ergibt. Es wird von Vertretern der neueren Auffassung eine bilanztechnische Massnahme daher immer nur mit der Begründung vertreten werden, dass sie dynamischen Grundsätzen ent- oder widerspreche, nicht aber, dass der Gläubigerschutz nach neuerer Auffassung diese Massnahme verlange.

Während man damit von der Ansicht, dass der Gläubigerschutz nach neuerer Auffassung richtig sei, auf die Befürwortung dynamischer Bilanzierungsgrundsätze schliessen kann, ist andererseits die Befürwortung dynamischer Grundsätze in der Bilanz noch kein Beweis dafür, dass damit auch der Gläubigerschutz nach neuerer Auffassung als notwendige Folge der Dynamisierung anerkannt wird. Zwar ist nach dynamischer Bilanzauffassung der Zweck der Bilanz nicht die Darstellung des liquidierbaren Vermögens und der Schulden, wie es die ältere Auffassung verlangt, gleichwohl verbirgt sich hinter

den schwebenden Posten der dynamischen Bilanz wenigstens zum Teil liquidierbares Vermögen, so dass es nicht ausgeschlossen ist, dass trotz Forderung dynamischer Grundsätze in der Bilanz das Vermögen allein als Mittel des Gläubigerschutzes angesehen wird.

Damit aber ist eine eindeutige Stellungnahme der Vertreter der neueren Auffassung vom Gläubigerschutz zu der Frage, ob die heutige Handelsbilanz den Gläubigerschutz erfüllt, nicht zu erwarten. Immerhin ist anzunehmen, dass einzelne Autoren bezüglich des Gläubigerschutzes der neueren Auffassung zuneigen, wenn sie, wie Bellmann und Schwadorf¹⁾, bedauern, dass die Handelsbilanzen aufgehört hätten, ein Instrument der Unternehmenslenkung zu sein, weil sie steuerlich orientiert seien und wegen der Berücksichtigung steuerlicher Sonderabschreibungen ihre Vergleichbarkeit eingebüsst hätten. Es werden ferner - wobei man auch hier auf Vermutungen angewiesen ist - jene Autoren zu den Befürwortern des Gläubigerschutzes nach neuerer Auffassung zu rechnen sein, die für die Periodisierung von Ausgaben eintreten, ohne darauf Rücksicht zu nehmen, dass ein liquidierbarer Wert von diesem Aktivposten nicht verkörpert wird, wie etwa Börnstein²⁾, der vorschlägt, jährlich 10% der aufgewendeten Entwicklungskosten zu aktivieren, oder Löblein³⁾, der Finanzierungskosten als aktivierungspflichtige Anschaffungskosten ansieht.

1) Bellmann, H. , - Schwadorf, W. , "Zuschreibungen in der Handelsbilanz", in: "Der Betrieb" 1952, S.829 ff.

2) Börnstein, U., "Die Aktivierung von Versuchs- und Entwicklungskosten nach Handelsrecht und Steuerrecht", in: "Betriebs-Berater" 1957, S.553 ff. .

3) Löblein, N., "Sind Finanzierungskosten aktivierungspflichtige Anschaffungskosten ?", in: "Betriebs-Berater" 1954, S.681.

Zusammenfassung

Zusammenfassend lässt sich zu der Behandlung des Problems in der Literatur sagen, dass die Ansichten über das Problem sehr geteilt sind und eine einheitliche Stellungnahme sich nicht ermitteln lässt. Das ist einmal darauf zurückzuführen, dass die Verfasser, die zu dem Problem Stellung bezogen haben, die heutigen Handelsbilanzen in ihrem Wesensgehalt unterschiedlich beurteilen und daher zu unterschiedlichen Schlussfolgerungen kommen müssen. Zum anderen hat das seine Ursache darin, dass sich aus der verschiedenen Auffassung vom Gläubigerschutz notwendig auch eine unterschiedliche Einstellung zu dem Problem ergeben muss.

C. U n t e r s u c h u n g

=====

I. Wesen des Gläubigerschutzes

Die heutige moderne Wirtschaft zeichnet sich dadurch aus, dass die Wirtschaftssubjekte durch Gläubiger-Schuldnerbeziehungen eng miteinander verbunden sind. Wohl kein Unternehmen ist zu irgendeiner Zeit ohne Forderungen gegen andere Wirtschaftssubjekte oder nicht selbst Schuldner einer solchen Forderung.

Um die aus einer Gläubiger-Schuldnerbeziehung möglicherweise entstehenden Spannungen einander widerstreitender Interessen eindeutig gegeneinander abzugrenzen, kann ein Gesetzgeber sehr unterschiedlich verfahren, wobei jedoch die jeweiligen wirtschaftlichen Auswirkungen nicht unerheblich voneinander abweichen.

Erklärt der Gesetzgeber den Schutz des Schuldners zum Grundprinzip, so bewirkt er damit, dass die Zahlungsbereitschaft der Schuldner zu wünschen übrig lässt. Die Folge würde sein, dass die Gläubiger weniger dazu bereit wären, einen Kredit zu gewähren, da sie ja mit der künftigen Gegenleistung des Schuldners nicht sicher rechnen könnten. Der gesamte Kreditverkehr würde erliegen, eine Folge, die für die Entwicklung der gesamten Wirtschaft undenkbar wäre.

Aus diesem Grunde bekannt sich der Gesetzgeber zu dem Grundsatz, dass der Gläubiger, der im Vertrauen auf die künftige Gegenleistung und damit auf die Leistungsfähigkeit und -willigkeit des Schuldners eine Leistung erbracht hat, gegenüber dem Schuldner schutzwürdig ist. Nur wenn der Gläubiger das Recht hat, seine Forderung auch entgegen dem Willen des Schuldners durchzusetzen, lassen sich Gläubiger-Schuldnerbeziehungen überhaupt begründen.

Zwar kennen die Gesetze¹⁾ eine Reihe von Bestimmungen, die den Schuldner vor einem allzu harten, seine Existenz gefährdenden Durchgriff des Gläubigers bewahren sollen. Trotzdem ist der Schutz des Gläubigers als vorrangig anerkannt. Das Verhältnis der Gläubigerschutzbestimmungen zu den Bestimmungen des Schuldnerschutzes lässt sich etwa dahin charakterisieren, dass das Gesetz festgesetzt hat, wie weit der Gläubiger gegen den Schuldner vorgehen darf, um seine Ansprüche durchzusetzen, nicht aber umgekehrt, wie weit der Schuldner zum Nachteil des Gläubigers die Erfüllung seiner Verbindlichkeiten verweigern darf. Grundsatz des Gesetzes ist die durch Ausnahmen eingeschränkte Erfüllungspflicht des Schuldners, nicht das durch Ausnahmen eingeschränkte Leistungsverweigerungsrecht.

Das Gesetz bewirkt den Schutz des Gläubigers durch ein ganzes System von Bestimmungen. Wir können daher mit Loitlsberger²⁾ Gläubigerschutz allgemein definieren als "das System aller Massnahmen, die unser Recht entwickelt und die in ihrer Gegenseitigkeit bewirken, dass der Gläubiger ziemlich sicher sein kann, dass die versprochene spätere Gegenleistung auch gegeben wird"³⁾.

Festzustellen bleibt lediglich, ob und an welcher Stelle dieses Systems die gesetzliche Bilanz, eben die Handelsbilanz, einzuordnen ist. Inwieweit es überhaupt Aufgabe der gesetzlichen Handelsbilanz ist, dem Schutz der Gläubiger zu dienen, ist an anderer Stelle bereits dargelegt⁴⁾. Soweit sich danach die Handelsbilanz als Gläubigerschutzbilanz darstellt, ist

1) In Deutschland sind die Pfändungsgrenzen der §§ 850 ff ZPO und der Katalog unpfändbarer lebenswichtiger Gegenstände des § 811 ZPO zu beachten

2) Loitlsberger, E., in: "Der österr. Betriebswirt", 1954, S.138.

3) In ähnlicher Weise definiert Voß, J., "Der besondere Gläubigerschutz des Aktienrechts", Würzburg 1942, S.4, die Gesamtheit der aktienrechtlichen Zwangsnormen als den speziellen Gläubigerschutz des Aktienrechts

4) Vergl. S. 25ff

festzustellen, inwieweit ihr eine bestimmte Aufgabe im System des Gläubigerschutzes zugewiesen ist. Die Handelsbilanz als ein das Verhältnis der Aktiven und der Schulden darstellender Abschluss will dem Kaufmann wie auch dem Gläubiger einen Überblick darüber verschaffen, ob die Aufnahme von Kreditbeziehungen voraussichtlich auch zu ihrer normalen Abwicklung führen wird; bzw. ob die schon aufgenommenen Kreditbeziehungen während ihres Bestehens nicht etwa gefährdet werden.

Wenn man die Gläubigerschutzbestimmungen einteilt in Bestimmungen, die der Erhaltung der Erfüllungsfähigkeit des Schuldners dienen, und solche, welche die Erfüllungswilligkeit erhalten sollen¹⁾, so dient die Handelsbilanz einmal der Erhaltung der Erfüllungsfähigkeit. Sie trägt aber auch in Zusammenhang mit dem Inventar dazu bei, dass die Erfüllungswilligkeit des Schuldners erhalten bleibt, da kein dem Zugriff der Gläubiger unterliegendes Vermögensstück böswillig oder aus Versehen diesem Zugriff entzogen werden kann, wenn es im Inventar und in der Bilanz erfasst ist.

Damit ist die Handelsbilanz einer bestimmten Kategorie von Gläubigerschutzbestimmungen nicht eindeutig zuzurechnen.

1) Loitlsberger, E., (in: "Der österreichische Betriebswirt", 1954, S.138 ff), der diese Einteilung vorgenommen und danach sein Untersuchung über "die Struktur des Gläubigerschutzes im Recht" aufgebaut hat

II. Faktoren des Gläubigerschutzes

Die Untersuchung des Problems setzt voraus, dass im folgenden zunächst dargestellt wird, welche Faktoren den Gläubigerschutz beeinflussen. In erster Linie kommen das Vermögen und der Gewinn als zu behandelnde Faktoren in Betracht. Vermögen und Gewinn gelten beide, wie bei der Darstellung der Literatur ausgeführt, - je nach Auffassung vom Gläubigerschutz - als das allein entscheidende Mittel der Gläubigersicherung. Darüber hinaus wird die Bedeutung der Gewinnentnahme und der Schwankungen des Geldwertes für den Gläubigerschutz zu untersuchen sein.

1.) Das Vermögen als Gläubigerschutzfaktor

Eine Definition des Begriffes "Vermögen" im Rahmen von Betrachtungen über den Gläubigerschutz hat zu berücksichtigen, dass für den Gläubigerschutz der Erlös einer Sache und damit ihre Verwertbarkeit von Bedeutung ist. Damit kommt für eine Definition nur eine juristische Betrachtungsweise in Frage¹⁾.

Vermögen ist danach für die folgende Untersuchung die Summe aller unbeweglichen und beweglichen Sachen, sowie aller Rechte, die veräußerbar sind und dazu beitragen können, die Forderungen der Gläubiger zu befriedigen.

1) Wegen einer betriebswirtschaftlichen Definition des Vermögens, die für die Untersuchung allerdings ohne Bedeutung ist, vergl. Grabmayer, A., "Fremdes Eigentum in der Bilanz", in: "Der österr. Betriebswirt", 1952, S.114 ff.

Dieses Vermögen unterliegt sowohl im Wege der Einzelzwangsvollstreckung wie auch im Konkurs dem Zugriff der Gläubiger. Zwar ist es nicht der Normalfall, dass der Gläubiger aus der zwangsweisen Veräusserung von Vermögensteilen befriedigt wird. In der Regel wird der Schuldner dafür sorgen, dass aus dem Umsatzprozess im rechten Augenblick ausreichend liquide Mittel vorhanden sind, um damit die Verbindlichkeiten freiwillig einzulösen. Immerhin ist aber die Möglichkeit des zwangsweisen Zugriffs ein weiter gehender Schutz der Gläubiger, der auch dann noch zur Befriedigung der Gläubiger führt, wenn die Unternehmung einmal nicht in der Lage ist, ihren laufenden Verbindlichkeiten nachzukommen.

Bei zwangsweiser Befriedigung der Ansprüche als letztem Ausweg ist entscheidend für den Schutz der Gläubiger das tatsächlich vorhandene liquidierbare Vermögen. Soll die Bilanz über den Stand dieses Vermögens Auskunft geben, um dem Gläubiger den Grad seiner Sicherung durch das Vermögen mitzuteilen, so muss die Bilanz möglichst den richtigen Vermögensstand angeben. Damit der Gläubiger aber auch weiss, wieviele Forderungen notfalls aus diesem Vermögen befriedigt werden müssen, muss diese Bilanz auch den genauen Stand der Schulden mitteilen. Eine Bilanz würde den Schutz der Gläubiger durch das Vermögen in idealer Weise erkennen lassen, wenn auf der Aktivseite nur das verwertbare Vermögen ausgewiesen würde, und zwar zu den Einzelwerten, wie sie bei einer Veräusserung realisierbar wären, und wenn auf der Passivseite sämtliche Verbindlichkeiten mit ihrem Rückzahlungsbetrag aufgeführt wären.

Auf den Aussagewert einer solchen Bilanz für den Schutz der Gläubiger durch das Vermögen von Einfluss, für die Gläubiger jedoch ohne Nachteil ist es, wenn auf der Aktivseite ein Vermögensteil zu niedrig ausgewiesen oder mit DM 0.-

bewertet wird. Dadurch wird das Vermögen nur kleiner ausgewiesen, als es tatsächlich ist.

Wenn im umgekehrten Fall jedoch ein Aktivum mit einem höheren Betrag erfasst wird, als sein voraussichtlicher Veräusserungserlös ist, oder wenn ein Aktivposten ausgewiesen wird, der überhaupt keinen veräusserbaren Vermögensteil repräsentiert, so führt das dazu, dass das angegebene Vermögen höher ist als das tatsächliche. Der Gläubiger ist hierdurch gefährdet; er und auch der bilanzierende Kaufmann selbst vermuten eine grössere Sicherheit der Forderung, als tatsächlich vorhanden ist.

Entsprechend sind die Auswirkungen bei einem unrichtigen Ausweis der Verbindlichkeiten auf der Passivseite.

Wird eine Verbindlichkeit mit einem höheren Betrag erfasst, als im Zeitpunkt der Einlösung tatsächlich gezahlt werden muss, oder wird eine Verbindlichkeit ausgewiesen, die überhaupt nicht besteht, so kann dem Gläubiger daraus kein Schaden erwachsen. Umso eher reicht das tatsächlich vorhandene Vermögen zur Befriedigung der Gläubiger aus, wenn das Vermögen schon zur Abdeckung der überhöhten Schuldsumme genügte.

Wird jedoch eine Verbindlichkeit zu niedrig ausgewiesen oder gar ganz fortgelassen, so wird der Gläubiger hieraus unter Umständen die gleichen gefährvollen Schlussfolgerungen ziehen, wie wenn das Vermögen zu hoch bewertet ist.

Wie weit die heutige Handelsbilanz den richtigen Vermögensausweis zum Schutz der Gläubiger befolgt, wird die nachfolgende Untersuchung ergeben.

2.) Der Gewinn als Gläubigerschutzfaktor

Reicht das einem Kaufmann gehörende Vermögen, um alle Gläubigeransprüche zu befriedigen, und wird es durch Verluste und Entnahmen nicht verringert, so ist die Sicherung der Gläubiger auch späterhin gewährleistet. Notfalls durch Betreiben der Zwangsvollstreckung kann der Gläubiger dann jederzeit die Befriedigung seiner Ansprüche erreichen.

Ein Kaufmann betreibt sein Unternehmen jedoch nicht in der seinen Gläubigern bei vorhandener Sicherheit völlig genügenden Absicht, sein in der Unternehmung eingesetztes Vermögen nicht zu verringern, sondern um es durch Gewinn zu mehren. Er dient damit zugleich den Interessen seiner Gläubiger, da das in Form von Gewinnen hinzuerworbene Vermögen des Kaufmanns den Forderungen seiner Gläubiger ebenfalls verhaftet ist und im Liquidationsfall versilbert wird; insbesondere dann, wenn das bisherige Vermögen des Kaufmanns aufgefüllt werden muss, um alle Gläubigeransprüche erfüllen zu können.

In der Regel wird ein Kaufmann Verbindlichkeiten in der Erwartung eingehen, sie am Fälligkeitstage ohne Beeinträchtigung seines Geschäftsbetriebes bezahlen zu können. Er kann das einmal dadurch erreichen, indem er in gleicher Höhe, wie er Verbindlichkeiten einzulösen hat, neue eingeht. Gelingt ihm das nicht, so ist es ungefährlich, wenn er nicht zur Aufrechterhaltung des Betriebes erforderliches Vermögen zur Rückzahlung verwendet. Meistens sind derartige überflüssigen Mittel jedoch nicht vorhanden. Wenn der Kaufmann deshalb gezwungen ist, bei Rückzahlung von Verbindlichkeiten zur Aufrechterhaltung des Betriebes notwendiges Vermögen zu verwenden, so kann der damit verbundene Substanzverlust zum Rückgang oder gar zum Zusammenbruch des Unternehmens führen.

Einen solchen Rückgang zu vermeiden, liegt im monetären Interesse der Gläubiger nur, wenn für den Fall eines Zusammenbruchs das Vermögen des Schuldners zur vollständigen Befriedigung der Gläubiger nicht ausreicht. Gleichwohl wird jeder Gläubiger selbst bei ausreichender Sicherheit seiner Forderung die Mühen und die Umständlichkeit zwangsweiser Befriedigung scheuen und einen Schuldner bevorzugen, der seinen Verpflichtungen freiwillig nachkommt.

Es liegt daher auch im - allerdings nicht immer monetären - Interesse der Gläubiger, wenn der Kaufmann seine Verbindlichkeiten ohne eine seinen Betrieb gefährdende Substanzminderung erfüllen kann. Ist die Möglichkeit einer Umschuldung nicht gegeben und sind die im Umsatzprozess freigewordenen Mittel nicht zu entbehren, so ist zur Schuldentilgung erforderlich, dass sich das Vermögen des Kaufmanns durch Gewinne mehrt.

Eine Unternehmung, die ausreichend Gewinne erzielt, ist bei entsprechender Disposition immer in der Lage, von der durch Gewinn eingetretenen Vermögensmehrung soviel liquide Mittel bereitzustellen, um bei Fälligkeit der Verbindlichkeiten der Zahlungsverpflichtung nachzukommen. Hierzu ist es allerdings erforderlich, dass Gewinne nicht nur von Zeit zu Zeit, sondern nachhaltig erzielt werden.

Damit ist nachhaltig erzielter Gewinn, wie ihn die neuere Auffassung vom Gläubigerschutz mit Hilfe einer nach dynamischen Grundsätzen aufgestellten Bilanz erreichen will, ein Faktor, der dem Gläubiger neben dem ursprünglichen Vermögen des Schuldners eine Gewähr dafür ist, dass bei Fälligkeit die Verbindlichkeit eingelöst wird.

3.) Die Entnahme als Gläubigerschutzfaktor

Würden die Unternehmer die in den Unternehmungen erzielten Gewinne und das von ihnen in die Unternehmung eingelegte Kapital nicht entnehmen, so gäbe es das Problem des Gläubigerschutzes nicht in der Form, in der es heute besteht.

Jede Entnahme mindert das Eigenkapital und schwächt damit das dem Gläubiger haftende Vermögen. Darüber hinaus führt eine Entnahme dazu, dass der Unternehmung Substanz entzogen wird, die sie unter Umständen im Konkurrenzkampf zur Aufrechterhaltung ihres Geschäftsumfangs oder ihres Marktanteils benötigt. Eine Entnahme wirkt daher auch der Nachhaltigkeit der Gewinnerzielung entgegen.

Das Problem der Entnahmen und ihrer Auswirkung auf den Schutz der Gläubiger ist bei Kapitalgesellschaften auf die Entnahme des nach den Grundsätzen ordnungsmässiger Buchführung ermittelten Gewinns beschränkt. Die Gesellschafter einer Kapitalgesellschaft brauchen alle die ihnen zugeflossenen Mittel, die die Ausschüttung des Reingewinns der Unternehmung darstellen oder die sie irrtümlich im guten Glauben für die Ausschüttung dieses Gewinns gehalten haben, nicht zurückzuerstatten¹⁾. Nur soweit Zahlungen darüber hinausgehen, sind die Gesellschafter den Gläubigern haftbar. Die Notwendigkeit einer solchen Regelung ergibt sich daraus, dass diese Gesellschafter alle nur mit ihrem Gesellschaftsanteil beschränkt haften, der Gläubiger daher auf das entzogene Vermögen sonst nicht zurückgreifen kann. Entsprechend ist der Kommanditist, dessen Haftung ja ebenfalls beschränkt ist, im Verhältnis zu den Gläubigern verpflichtet, Beträge, die er nicht auf Grund einer im guten Glauben errichteten Bilanz im guten Glauben als Gewinn bezogen hat, zurückzuzahlen²⁾.

1) So ist wenigstens in Deutschland die gesetzliche Regelung (§ 56 AktG; §§ 31/32 GmbH Ges.)

2) So lautet die gesetzliche Regelung in Deutschland (§ 172 Abs. 5 HGB.)

Bei einem persönlich haftenden Gesellschafter einer oHG oder einer KG besteht diese Gefahr des Vermögensentzugs nicht, da er für die Geschäftsverbindlichkeiten persönlich haftet. Trotzdem ist es für einen persönlich haftenden Gesellschafter und seine Gläubiger nicht gleichgültig, ob sein Vermögen in die Gesellschaft eingebracht ist oder nicht, wenn wie in Deutschland Privatvermögen und Geschäftsvermögen einem verschiedenen Kreis von Gläubigern haften¹⁾. Würde es dem persönlich haftenden Gesellschafter möglich sein, über die Gewinnentnahme Teile seines Geschäftsvermögens in das Privatvermögen zu überführen, so hätte er hiervon unter Umständen einen Vorteil.

Auf die Haftung des Einzelkaufmanns hat die Entnahme keinen Einfluss. Der Kaufmann hat daher auch das Recht, über den erzielten Gewinn hinaus Entnahmen zu machen. Trotz der unbeschränkten Haftung ist aber auch die Entnahme des Einzelkaufmanns für den Gläubigerschutz von Bedeutung, da der entnommene Gewinn ja für gewöhnlich nicht zur Vermögensbildung in der Privatsphäre verwendet - das wäre für den Schutz der Gläubiger ohne Schaden -, sondern zum Lebensunterhalt verbraucht wird.

Damit-abgesehen von den Überentnahmen-nicht schon durch die Entnahme des ausgewiesenen Gewinns die Interessen der Gläubiger vernachlässigt werden, darf vom Standpunkt des Gläubigerschutzes der Gewinnausweis nicht über das Mass dessen hinausgehen, was mit dem Gläubigerschutz zu vereinbaren ist.

Das bedeutet vom Standpunkt der älteren Auffassung aus, dass die Höhe des ausgewiesenen Gewinns dann unbedenklich ist, wenn durch die Entnahme dieses Gewinns das Vermögen wertmässig nicht angegriffen wird. Da die zu befriedigenden Gläubigeransprüche auf Bezahlung eines bestimmten Betrages lauten, genügt es, wenn der Gewinn auf der Basis der sogenannten

1) Siehe oben Seite 14/15

nominellen Kapitalerhaltung ermittelt wird, bei der "das Ursprungskapital in Einheiten einer effektiven Währung ohne Rücksicht auf deren Kaufkraftänderungen"¹⁾ erhalten bleibt.

Nach der neueren Auffassung vom Gläubigerschutz muss es im Interesse einer nachhaltigen Gewinnerzielung das Bestreben sein zu verhindern, dass durch die Gewinnentnahme und damit schon durch die Gewinnermittlung die Substanz des Betriebes angegriffen wird. Das Unternehmen muss in die Lage versetzt sein, von den als Aufwand einbehaltenen Erträgen zumindest die zur Erzielung der Erträge verbrauchten Produktivgüter in unveränderter Form wiederzubeschaffen (reproduktive Substanzerhaltung)²⁾. Langfristig muss die Unternehmung darüber hinaus dazu in der Lage sein, sich den veränderten technischen und wirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen, indem Produktivgüter beschafft werden, mit denen die ursprünglichen Produktionsmengen in mindestens der gleichen Qualität hergestellt werden können (leistungsmässige Substanzerhaltung)²⁾.

Eine solche Gewinnermittlung auf der Grundlage substantieller Kapitalerhaltung ist nicht Bestandteil der dynamischen Bilanzauffassung. Schmalenbach ermittelte den Gewinn durch Periodisierung der effektiven Einnahmen und Ausgaben. Nur zeitweilig ist er von der daraus sich ergebenden nominellen Kapitalerhaltung abgewichen, indem er mit Hilfe von Indices das Ursprungskapital am Anfang und am Ende einer Rechnungsperiode in Einheiten gleicher Kaufkraft ausgedrückt hat (sog. reale Kapitalerhaltung)³⁾. Reale Kapital-

1) Hax, K., "Die Substanzerhaltung der Betriebe", Köln und Opladen 1957, S. 17

2) Hax, K., "Die Substanzerhaltung ...", S. 18, mit dort zitierter Literatur

3) Vergl. zu vorstehenden Ausführungen: Hax, K., "Die Substanzerhaltung ...", S. 16 mit Literaturhinweisen.

erhaltung ist jedoch mit Substanzerhaltung nicht gleichzusetzen. Zwar ermöglicht auch sie, von den als Aufwand einbehaltenen Erträgen substanzerhaltende Wiederbeschaffungen vorzunehmen; jedoch nur insoweit, wie der Substanzverlust durch die Veränderung des allgemeinen Geldwertes einzutreten droht.

Obwohl die dynamische Bilanzauffassung, die mit dem Gläubigerschutz nach neuerer Auffassung weitgehend gleichzusetzen ist¹⁾, die Forderung nach einer substanzerhaltenden Gewinnermittlung nicht stellt, kann doch mit Rücksicht auf die Auswirkungen eines Substanzentzuges für die Nachhaltigkeit der Gewinnerzielung der Gläubigerschutz nach neuerer Auffassung nur dann als erfüllt angesehen werden, wenn die heute angewendeten Bilanzierungsgewohnheiten zu einer die Substanz erhaltenden Gewinnermittlung führen. Da die Schuldnerbeziehungen eines Kaufmannes zu einem Gläubiger auf Grund eines bestimmten Rechtsgeschäftes sich für gewöhnlich nur zu einem geringen Teil über einen langfristigen Zeitraum erstrecken, sollen die Möglichkeiten einer einschneidenden Veränderung in den technischen und wirtschaftlichen Verhältnissen während dieser Zeit mit dem Erfordernis einer leistungsmässigen Substanzerhaltung vernachlässigt werden. In den nachfolgenden Untersuchungen wird daher nur darauf geachtet, ob die sogenannte reproduktive Substanzerhaltung gewahrt ist.

1) Siehe oben Seite 21ff

4.) Die Entwicklung des Geldwertes als Gläubigerschutzfaktor

Der Unterschied zwischen vermögenserhaltender und substanz-erhaltender Gewinnermittlung zeigt sich nicht bei gleichbleibenden Preisen, sondern erst dann, wenn das allgemeine Preisniveau steigt oder fällt bzw. wenn einzelne Preise sich ändern.

Gewinn ist die Differenz zwischen Ertrag und Aufwand. Auf den Gewinn können sich Preisveränderungen, die notwendig einen bestimmten Zeitablauf voraussetzen, nur auswirken, soweit bei seiner Ermittlung ein Zeitraum zu überbrücken ist, in dem sich die Preise verändert haben können. Das ist nur möglich, soweit im Zeitpunkt der Bewertung von Ertrag und Aufwand Werte herangezogen werden, die nicht zu eben diesem Zeitpunkt gebildet wurden.

Gerade das ist jedoch bei der Ertragsbewertung der Fall. Der Ertrag wird nach den in der Bewertungspraxis geltenden Regeln im Zeitpunkt seiner Realisation mit dem Wert erfasst, der dem augenblicklichen Vermögenszuwachs entspricht. Wertschwankungen, die zeitlich entweder vor oder nach dem Zeitpunkt der Realisation aufgetreten waren bzw. auftreten werden, berühren die Ertragsbewertung als Neubewertung im Zeitpunkt der Realisation daher nicht: Vermögens- und Substanzerhaltung sind durch die Ertragsbewertung auch in Zeiten eines sich ändernden Preisniveaus nicht gefährdet.

Anders ist es mit der Bewertung des Aufwandes, der zu Anschaffungskosten, also mit einem vergangenheitsbezogenen Wert, angesetzt wird.

Vermögenserhaltend ist die Bewertung des Aufwandes nur dann nicht, wenn dieser niedriger als der tatsächliche Vermögensabgang ausgewiesen ist. Indem aber der Aufwand zu Anschaf-

fungskosten bewertet wird, wird ein gleich hoher Betrag vom Ertrag nicht als Gewinn ausgewiesen. Die Wiederbeschaffung gleichartiger Güter und Dienste zu demselben Gesamtbetrag der früheren Anschaffungskosten ist daher möglich. Das Vermögen wird wertmässig durch den Gewinn, so wie er ermittelt wird, nicht angegriffen. Dass infolge gestiegener oder gesunkener Preise eine geringere Menge an Gütern bzw. eine grössere Menge beschafft werden kann, hat auf den Wert der wiederbeschafften Güter, und nur auf ihn kommt es bei der Vermögenserhaltung an, keinen Einfluss. Es ist gleichgültig, ob das Vermögen von einer bestimmten Substanz zu einem bestimmten Preis oder durch eine geringere Substanz zu einem entsprechend höheren Preis verkörpert wird. Das nominelle Kapital bleibt ohne Rücksicht auf Kaufkraftänderungen erhalten¹⁾.

Anders dagegen ist es, wenn die Entnahme des ausgewiesenen Gewinns die Substanz des Betriebes nicht verändern, sie vor allem nicht vermindern soll.

Hier führt eine Preissenkung dazu, dass der Ertragsteil, der durch den Aufwand, bewertet zu den früheren und daher höheren Anschaffungskosten, nicht als Gewinn ausgewiesen ist, die Beschaffung einer grösseren, weil im Durchschnitt billigeren Menge ermöglicht. Der ausgewiesene Gewinn kann also entnommen werden, ohne dass die Substanz sich verringert²⁾.

Sind die Preise gestiegen, so reicht die Verrechnung der früheren und wegen des Preisanstiegs an die Wiederbeschaffungspreise nicht heranreichenden Anschaffungskosten nicht, um die gleiche Menge von Waren und Diensten wieder zu erwerben.

1) Hax, K., "Die Substanzerhaltung ...", ..., S. 17

2) Liebl, J., "Kapitalerhaltung und Bilanzrechnung", Wolfenbüttel 1954, S. 14/15

Die Menge der mit dem Aufwandsbetrag wiederbeschafften Güter ist geringer; die Entnahme des Gewinns in der vollen ausgewiesenen Höhe führt zu einem Substanzverlust¹⁾.

Es ist im vorigen Abschnitt bereits ausgeführt worden²⁾, dass der Gläubigerschutz nach älterer Auffassung auf den Ausweis eines Gewinns bedacht sein muss, der das Vermögen wertmässig erhält, während der Gläubigerschutz nach neuerer Auffassung bestrebt sein muss, nur den Ausweis eines die Substanz erhaltenden Gewinnes zuzulassen.

Änderungen des Preisniveaus sind in ihrer Auswirkung auf die Gewinnermittlung nur für den Gläubigerschutz nach neuerer Auffassung von Bedeutung, da steigende Preise zum Ausweis eines die Substanz verringernden Gewinnes führen. Ein das Vermögen erhaltender Gewinnausweis ist dagegen auch bei veränderlichen Preisen gegeben, so dass es den Anschein haben könnte, als sei der Gläubigerschutz nach älterer Auffassung einem Verzicht auf den Ausweis eines die Substanz erhaltenden Gewinnes gleichzusetzen.

Wertmässige und substantielle Kapitalerhaltung sind bisher nur im Zusammenhang mit der Gewinnermittlung, also mit der Bewertung des Ertrages und des zur Gewinnerzielung notwendigen Güterverzehrs gesehen worden. Änderungen des Preisniveaus wirken sich jedoch nicht nur auf die in Gewinnerzielungsabsicht verbrauchten, sondern auch auf die noch vorhandenen und in der Bilanz ausgewiesenen Güter aus.

1) Liebl, J., "Kapitalerhaltung ...", ..., S. 14

2) Vergl. Seite 44ff

Da eine Substanzverringerung an vorhandenen Wirtschaftsgütern allein durch Preisänderungen nicht denkbar ist, kommt insoweit nur eine wertmässige Kapitalerhaltung in Betracht. Preissenkungen führen zu Wertverlusten am vorhandenen Vermögen, die nur dann entsprechend dem Gläubigerschutz nach älterer Auffassung berücksichtigt sind, wenn sie gewinnmindernd erfasst werden. Gleichwohl ist zu untersuchen, ob nicht durch die Einbeziehung von Wertschwankungen am vorhandenen Vermögen in die Gewinnermittlung auch der Gläubigerschutz nach älterer Auffassung den Ausweis eines die Substanz erhaltenden Gewinnes verlangt¹⁾.

Das würde bedeuten, dass bei steigenden Preisen die Gewinnermittlung nach geltender Bilanzierungsübung wegen des eintretenden Substanzverlustes dem Gläubigerschutz nicht nur nach neuerer, sondern auch nach älterer Auffassung entgegenwirkt.

Das trifft, ex post betrachtet, sicherlich nicht zu, wenn die Preise ständig steigen. In demselben Betrag nämlich, um den das Anlagevermögen durch Abschreibungen und das Umlaufvermögen durch seinen Verbrauch im Umsatzprozess gemindert wird, sammeln sich Erträge, da sie nicht als Gewinn ausgewiesen und daher nicht entnommen werden, in anderen Aktivposten an. Durch diesen reinen Aktivtausch ändert sich an der vermögensmässigen Sicherung der Gläubiger nichts. Das geschieht auch dann nicht, wenn ein neues Gut zu einem höheren Preis erworben wird. Zwar genügen dem Kaufmann zu diesem Erwerb wegen des unterstellten Preisanstiegs nicht die in Höhe der Anschaffungskosten des alten Gegenstandes

1) Die Ansicht, auch der Gläubigerschutz nach älterer Auffassung verlange Substanzerhaltung, wird von Loitlsberger, E., ("Gläubigerschutz und Erfolgsbewertung", in: "Der österr. Betriebswirt", 1955, S.71 ff) vertreten.

auf der Aktivseite angestauten Erträge. Er muss zu diesem Zweck Gewinne einbehalten oder die fehlende Summe durch Neuaufnahme von Fremdkapital besorgen. Die Sicherung der Gläubiger ist aber trotzdem weiterhin vorhanden. Das neue Wirtschaftsgut verkörpert nun den der Sicherheit der Gläubiger dienenden Vermögenswert; bei weiterer Aufnahme von Fremdkapital zwar für eine grössere Gläubigersumme, dementsprechend aber auch mit einem höheren Wert.

Daraus ergibt sich, wie bereits vorweggenommen, dass unter der Voraussetzung ständig steigender Preise für den Gläubigerschutz nach älterer Auffassung ein die Substanz erhaltender Gewinnausweis nicht erforderlich ist.

Es soll nunmehr untersucht werden, ob diese Feststellung auch zutrifft, wenn die Voraussetzung ständig steigender Preise fallengelassen und angenommen wird, dass sich ex post herausstelle, dass die Preise nach kurzem Ansteigen wieder gefallen sind.

Beim Umlaufvermögen hat das zur Folge, dass die während des Steigens der Preise durch die Gewinnentnahme verringerte Substanz wertmässig nicht mehr das gleiche Vermögen repräsentiert wie vorher.

Wie noch näher darzustellen sein wird, gehen Wertverluste beim Umlaufvermögen durch Anwendung des Niederstwertprinzips in die Aufwandrechnung ein. Soweit die Unternehmung Gewinne erzielt, indem ihre Erträge diesen erhöhten Aufwand übersteigen, ist sie daher in der Lage, den wegen des Wertverlustes über die Aufwandsberechnung einbehaltenen Ertrag zum Ausgleich dieses Verlustes zu verwenden. Das Umlaufvermögen bleibt daher wertmässig erhalten. Infolge der gesunkenen Preise führt der Ersatz des Wertverlustes dann auch zu einem Anwachsen der Substanz auf ihren alten Umfang.

Erzielt die Unternehmung keinen Gewinn, so lässt sich der Wertverlust, dessen Ursache letzten Endes in dem Substanzentzug während des vorübergehenden Steigens der Preise liegt, nicht wieder ausgleichen.

Für diesen Fall trifft die Ansicht zu, dass der Gläubigerschutz nach älterer Auffassung einen substanzerhaltenden Gewinnausweis erfordert.

Das Anlagevermögen hat bei den zunächst steigenden Preisen nur dann einen Substanzverlust erlitten, wenn die Preise im Zeitpunkt der Ersetzung eines Anlagengutes gestiegen sind. Wie die Preise sich zwischenzeitlich verhalten, ist unbeachtlich. Steigende und dann sinkende Preise wirken sich bei dem Anlagevermögen auf den Gläubigerschutz nicht aus, wenn die Veränderungen sich vor der Neuanschaffung des Anlagegutes abspielen.

Steigt der Preis eines Anlagegegenstandes zunächst, fällt dann aber bis zu dem Zeitpunkt, wo der Anlagegegenstand abgeschrieben und durch einen neuen zu ersetzen ist, auf seine alte Höhe zurück, so tritt ein Substanzverlust bzw. eine ihm entsprechende Schuldenerhöhung nicht ein, da dann die auf der Aktivseite aufgestauten Abschreibungsbeträge, die den Anschaffungskosten des alten Anlagegegenstandes entsprechen, auch die Anschaffungskosten des neuen Anlagegutes decken.

Erfolgt die Neuanschaffung nach dem Steigen, aber vor dem Absinken der Preise, so reichen die Abschreibungsbeträge nicht zur Neuanschaffung; der Substanzverlust ist realisiert¹⁾ mit der Folge, dass sich beim Sinken der Preise auch das Anlagevermögen wertmässig verringert. Es ist dies keine andere Situation, wie wenn der Unternehmer unabhängig von einer vorherigen Substanzminderung überhöht gekauft hätte.

¹⁾ Dem entspricht die Neuaufnahme von Schulden

Erzielt die Unternehmung Gewinne, so wird der durch Sinken der Preise eintretende Wertverlust im Laufe der Zeit durch die Abschreibungen von den Erträgen einbehalten. Nur wenn späterhin kein Gewinn erzielt wird, ist der Wertverlust nicht mehr auszugleichen¹⁾.

Substanzerhaltende Gewinnermittlung ist daher bei steigenden Preisen für den Gläubigerschutz nach älterer Auffassung nur erforderlich:

- 1) wenn die Preise nicht nachhaltig steigen, sondern nach einer gewissen Zeit auf ihr altes Niveau absinken,
- 2) wenn der Substanzverlust realisiert ist und
- 3) wenn die Unternehmung in den Jahren des Sinkens der Preise keinen Gewinn erzielt.

Das Eintreffen dieser Voraussetzungen ist mit Sicherheit immer nur rückwirkend festzustellen. Es ist deshalb die Frage, wie der Kaufmann sich im Zeitpunkt steigender Preise bei der Gewinnermittlung, insbesondere der Gewinnverwendung, verhalten soll. Weitgehend für Substanzerhaltung sorgen wird er schon um der Existenz seines Unternehmens und der Aufrechterhaltung des Geschäftsumfanges willen. Ist es jedoch vom Standpunkt der älteren Auffassung vom Gläubigerschutz aus auch seine Pflicht, im Interesse der Gläubiger für Substanzerhaltung zu sorgen in der Erwartung, dass die Preise wieder sinken und auch die anderen Voraussetzungen eintreffen werden, unter denen ein Substanzverlust auch zu einem Wertverlust führt?

Der Unternehmer hat in diesem Fall die gleiche Entscheidung zu treffen, wie sie ihm in anderen Situationen durch das Vorsichts- und die aus ihm abgeleiteten anderen Prinzipien vorgezeichnet ist. Auch der nicht realisierte Wertverlust

1) Vergl. die Ausführungen auf Seite 154

im Umlaufvermögen wird nicht unbedingt in den folgenden Jahren Wirklichkeit. Gleichwohl wird er berücksichtigt. Desgleichen ist es dem Kaufmann untersagt, Werterhöhungen durch gestiegene Preise zu berücksichtigen, da ungewiss ist, ob sie realisiert werden.

Es passt daher in das System dieser Erwägungen, wenn der ordentliche und vorsichtige Kaufmann davon ausgeht, dass in Zukunft Ereignisse eintreten werden, die den Substanzverlust bei steigenden Preisen auch zu einem Wertverlust zum Nachteil der Gläubiger werden lassen. Ein den Gläubigern gegenüber verantwortungsbewusster Kaufmann wird sich deshalb die Ansicht zu eigen machen, dass nicht nur zur Erhaltung des Unternehmens, sondern auch zur vermögensmäßigen Sicherung der Gläubiger der Ausweis eines die Substanz erhaltenden Gewinnes gehört.

Damit ist als Ergebnis festzuhalten, dass Änderungen des Geldwertes für den Gläubigerschutz wohl von Bedeutung sind, die werterhaltende und die substanzerhaltende Gewinnermittlung, die damit in Zusammenhang stehen, aber nicht ausschliesslich mit der älteren oder der neueren Auffassung vom Gläubigerschutz gleichzusetzen sind.

III. Spezielle Problemstellung

Die Behandlung des in der Einleitung aufgeworfenen Problems in der Literatur hat gezeigt, dass es eine einhellige Ansicht nicht gibt, ob die durch den Einzelkaufmann aufgestellte Bilanz dem Gläubigerschutz dient oder nicht. Es soll daher im folgenden versucht werden, durch eine ins einzelne gehende Untersuchung zu klären, ob durch die Prinzipien der Handelsbilanz, so wie diese nach den heute geltenden Grundsätzen ordnungsmässiger Buchführung erstellt wird, der Gläubigerschutz durchbrochen wird oder nicht.

Da es zwei Auffassungen vom Gläubigerschutz gibt, wird die Untersuchung im Ergebnis zu der Feststellung kommen müssen, mit welcher der beiden Auffassungen die heutige Handelsbilanz übereinstimmt, oder ob sie keiner in idealer Weise entspricht. Dabei ist es für die Bedeutung des zu erarbeitenden Ergebnisses wichtig zu wissen, ob beiden Auffassungen gleichrangige Bedeutung zukommt oder ob einer Auffassung in bestimmten Situationen oder etwa ganz allgemein der Vorzug zu geben ist.

Von Wolf¹⁾ wird die Auffassung vertreten, dass der Ertragsentwicklung, die eine vorübergehende Illiquidität beseitigen könne, eine grössere Schutzkraft für den Gläubiger beizumessen sei, als dem richtigen Vermögensausweis. Die Richtigkeit dieser Ansicht unterstellt, käme dem Gläubigerschutz nach neuerer Auffassung, der die Ertragsentwicklung einer Unternehmung mit Hilfe der Bilanz beobachten und fördern will, die grössere Bedeutung zu. Eine Rangfolge unter den beiden Auffassungen vom Gläubigerschutz würde damit sogar ganz generell für die Länder ausgesprochen sein, in denen der Gesetzgeber - wie in Deutschland - als einzigen Konkursgrund eines Einzelkaufmanns die Illiquidität ansieht.

Illiquidität als die mangelnde Fähigkeit, den Zahlungsverpflichtungen nachzukommen, ist mit der Erzielung eines Gewinns allein nicht zu beseitigen. Nicht ein Gewinn, sondern der Umtausch von Vermögenswerten in gesetzliche Zahlungsmittel versetzt den Kaufmann in den Stand, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Das kann mit gewinn-, aber auch mit verlustbringenden Geschäften erreicht werden, während andererseits selbst gewinnbringende Geschäfte nicht unbedingt die Liquidität steigern müssen. Das hängt allein davon ab, wann die für die Hingabe des Vermögenswertes zu fordernde Gegen-

1) Wolf, H., "Das Privatvermögen in der Bilanz des Einzelkaufmanns", in: "Der Betrieb" 1953, S. 619 ff.

leistung in liquiden Mitteln zur Verfügung steht; mit anderen Worten, in der Veränderung welcher Bilanzpositionen sich der Gewinn niederschlägt.

Den Ausführungen Wolfs ist daher, wenigstens in dieser allgemeinen Form, nicht zu folgen. Gewinn ist nicht notwendig ein die Liquidität steigerndes und deshalb den Konkurs abwendendes Mittel. Gewinn bedeutet Vermögensmehrung und ist damit ebenso wie das ursprüngliche Vermögen des Kaufmanns geeignet, den Gläubiger wertmässig sicherzustellen.

Insofern besteht ein Zusammenhang zwischen den beiden Auffassungen vom Gläubigerschutz. Indem nämlich nach neuerer Auffassung durch den Ausweis eines vergleichbaren Gewinns dessen nachhaltige Erzielung erreicht werden soll, wird eine Vermögensmehrung angestrebt, die auch dem Gläubigerschutz nach älterer Auffassung entspricht.

Die hier zu beantwortende Frage lautet daher auch nicht, ob das Vermögen oder der Gewinn für den Gläubigerschutz entscheidend ist. Das Vermögen ist für den Gläubigerschutz letztlich entscheidend. Es mehrt sich mit Hilfe des Gewinns und wird durch den Verlust gemindert. Die Alternative, die durch die Gegenüberstellung der beiden Auffassungen vom Gläubigerschutz gegeben ist, lautet daher vielmehr auch, ob im Interesse des Gläubigerschutzes nach älterer Auffassung in der Bilanz das Vermögen und in der Gewinn- und Verlustrechnung nur der vermögensmehrnde Gewinn ausgewiesen, oder ob zugunsten eines vergleichbaren Gewinns, mit dessen Hilfe seine Nachhaltigkeit gesichert sein soll, die Darstellung des Vermögens in der Bilanz aufgegeben werden soll. Die Entscheidung für die eine oder die andere Auffassung würde vom Standpunkt des Schutzes der Gläubiger aus leicht fallen, wenn sich feststellen liesse, dass in Konkurs geratene Unternehmen typischerweise zunächst mit gleichbleibenden oder sich kontinuierlich entwickelnden

Gewinnen gearbeitet haben und erst langsam und stetig in die Zone des Verlustes geraten sind. Dann würde es nämlich für einen Gläubiger genügen, allein die Gewinnentwicklung des Unternehmens zu verfolgen. Erst von dem Eintritt des Unternehmens in die Verlustzone an müsste der Gläubiger auf die vermögensmässige Sicherung bedacht sein. Es würde mit anderen Worten bei einem solchen Unternehmensverlauf zugunsten des Gläubigerschutzes nach neuerer Auffassung auf eine Vermögensdarstellung in der Bilanz zunächst verzichtet werden können. Der Gläubigerschutz nach älterer Auffassung mit seiner reinen Vermögensdarstellung in der Bilanz hätte erst vom Eintritt des Unternehmens in die Verlustzone an eine Bedeutung. Es würde sich im Verhältnis der beiden Auffassungen vom Gläubigerschutz zueinander ein - mindestens zeitlicher - Vorrang der neueren Auffassung ergeben.

Die Ursachen, deretwegen ein Unternehmen in Konkurs geraten kann, sind sehr verschiedenartig. Sie können ihrer Natur nach inner- wie ausserbetrieblicher Art sein¹⁾ und - was hier wesentlich ist - nach ihrem Charakter stetig, aber auch plötzlich zum Zusammenbruch des Unternehmens führen. Ohne dass den Unternehmer ein Verschulden trifft, können plötzliche und in ihrem Ausmass nicht vorhergesehene Ereignisse den Betriebsablauf empfindlich stören und zum Zusammenbruch des Unternehmens führen. Ein Gläubiger darf nicht damit rechnen, dass die Unternehmung seines Schuldners, wenn sie schon zusammenbricht, sich langsam und stetig ihrem Ende nähert. Es ist für einen Gläubiger nie auszuschliessen, dass sein Schuldner in Konkurs geht, weil er etwa durch eine Betriebszerstörung oder durch den Ausfall eines Schuldners entscheidend getroffen wird. Da solche Konkursursachen immer auftreten können, muss die Annahme, dass in Konkurs geratene Unternehmen typischer-

1) Über die möglichen Gründe, die zum Konkurs führen können, vergl. Schulz, H., "Der Konkurs vom betriebswirtschaftlichen Standpunkt", Diss. Frankfurt 1934, S. 67 ff.

weise bis zu ihrem Ende hin eine kontinuierliche Abwärtsentwicklung haben, aufgegeben werden. Die Entwicklung in Konkurs geratener Unternehmen kann stetig sein, sie ist es jedoch nicht immer. Ein Vorrang der neueren Auffassung vom Gläubigerschutz lässt sich aus einer typischerweise gleichmässigen Abwärtsentwicklung in Konkurs geratender Unternehmen deshalb nicht herleiten.

Umgekehrt ist aber nicht schon deshalb, weil ein solcher Verlauf sich nicht feststellen lässt, ein Vorrang der älteren Auffassung gegeben. Führen plötzliche Ursachen zum Konkurs des Schuldners, so würde selbst eine reine Vermögensdarstellung der Bilanz, wie sie der älteren Auffassung vom Gläubigerschutz entspricht, den Gläubiger nicht vor dem möglichen Ausfall seiner Forderung schützen können. Vor dem Eintritt der zum Konkurs führenden Ereignisse kann selbst eine das Vermögen des Kaufmanns darstellende Bilanz durchaus noch eine vollständige Befriedigung aller Gläubiger in Aussicht gestellt haben.

Eine Bilanz, die entsprechend der älteren Auffassung vom Gläubigerschutz wiedergibt, ob im Falle einer Liquidation des Unternehmens sämtliche Gläubigeransprüche befriedigt werden können oder nicht, spiegelt für den Bilanzstichtag die Situation wider, in die der Gläubiger bei Durchsetzung seiner Ansprüche an eben diesen Tag ungünstigstenfalls geraten könnte. Eine Verschlechterung der Gläubigersituation kann in der Zukunft nur durch Verluste oder Entnahmen eintreten. Über das Ausmass einer eventuellen Verschlechterung der Vermögenslage aus diesen beiden Gründen gibt die Bilanz für den nächsten Bilanzstichtag, wenn sie nach den gleichen, das Vermögen hervorhebenden Grundsätzen aufgestellt ist, Aufschluss.

Wird dagegen angestrebt, unter Aufgabe einer vermögensdarstellenden Bilanzierungsweise entsprechend der neueren Auffassung vom Gläubigerschutz einen vergleichbaren Gewinn zu vermitteln, dann vermag der Gläubiger aus der Bilanz, die das Vermögen ja nicht mehr wiedergibt, nicht zu ersehen, ob eine über den Vermögenszuwachs hinausgehende Entnahme oder ein Verlust zu einer Überschuldung geführt hat oder nicht.

Schon mit Rücksicht darauf kann ein Gläubiger, wenn er zur Überprüfung der Sicherheit seiner Forderung auf Einsichtnahme in die Bilanz angewiesen ist, an sich auf eine Vermögensdarstellung in ihr nicht verzichten.

Entscheidend für das Rangverhältnis unter den beiden Auffassungen vom Gläubigerschutz ist, dass die, entsprechend der neueren Auffassung, mit einer dynamischen Bilanzierungsweise angestrebte Nachhaltigkeit der Gewinnerzielung tatsächlich ungewiss ist. Grundsätzlich ist die Erzielung eines Gewinns, insbesondere die nachhaltige Erzielung, eine Frage der Unternehmervgewandtheit. Wie die zukünftige Unternehmenspolitik aussehen muss, damit Gewinne erzielt werden, kann der Kaufmann aus der Bilanz nicht direkt ersehen.

Ein in der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung periodisch genau abgegrenzter Gewinn ist keine Garantie dafür, dass auch in den nächsten Wirtschaftsperioden Gewinne erzielt werden. Es ist durchaus denkbar, dass der Unternehmer für seine zukünftige Unternehmenspolitik aus der Bilanz zu falschen Schlüssen kommt, ebenso wie es denkbar ist, dass er ohne die Kenntnis des richtigen Periodengewinns mit Hilfe anderer Daten seiner Unternehmung zu erfolgsbringenderen Entscheidungen für die Zukunft gelangt.

Die neuere Auffassung vom Gläubigerschutz gibt damit die Darstellung des Vermögens in der Bilanz auf, ohne vom Standpunkt der Sicherung des Gläubigers Gleichwertiges an die Stelle zu setzen. Tatsächlich wird auch in der Praxis bei der Kreditthingabe mehr auf die vermögensmässige Sicherheit als auf die Erfolgsaussichten eines Unternehmens geachtet. Hieran zeigt sich eben, dass - wie weiter oben ausgeführt¹⁾ - der Gläubigerschutz nach neuerer Auffassung nicht das primäre Ziel der dynamischen Bilanzauffassung ist, die nachhaltige Gewinnerzielung als Folge einer nach dynamischen Grundsätzen aufgestellten Bilanz von Schmalenbach vielmehr als ausreichender Gläubigerschutz hervorgehoben worden ist, um den Angriffen entgegenzutreten, die dynamische Bilanzauffassung bedeute das Ende des Gläubigerschutzes²⁾.

Trotz der Einschränkungen, die damit im Hinblick auf den Schutz der Gläubiger gegenüber der neueren Auffassung vom Gläubigerschutz gemacht werden müssen, hat sich die dynamische Bilanzauffassung hauptsächlich durch den Einfluss der Betriebswirtschaftslehre in der Praxis immer mehr durchgesetzt.

Neben der Betriebswirtschaftslehre macht sich in der heutigen Praxis der Einfluss des Steuerrechts bemerkbar³⁾. Zwar heisst es allgemein, dass die Handelsbilanz für die Steuerbilanz

1) Vergl. Seite 23

2) Schmalenbach, E.-Bauer, R. "Die dynamische Bilanz", ..., S. 35

3) Blümich, W.-Falk, L., "Einkommensteuergesetz", Bd. 1, 1964, 9. Aufl., Berlin und Frankfurt, § 5 Anm. 10; Gnam, A., "Von der imparitätischen zur paritätischen Bilanz", in: "Neue Betriebswirtschaft" 1958, S. 121 ff; Scherpf, P., "Die Verzerrung der Betriebs- und Finanzpolitik", in: "Aus Beruf und Praxis", 1953, S. 2 ff., lfd. Nr. 6

massgeblich sei¹⁾. Bei strenger Durchführung dieses Grundsatzes wäre deshalb ein solcher Einfluss gar nicht denkbar.

Dieser Grundsatz wird aber zunächst einmal dadurch durchbrochen, dass überwiegend Einzelunternehmungen aus Ersparnisgründen darauf verzichten, eine Handelsbilanz und eine gesonderte Steuerbilanz aufzustellen. Es wird eine Bilanz entwickelt, die in erster Linie den steuerlichen Vorschriften entspricht. Soweit dabei das Steuerrecht dispositives Handelsrecht durch zwingende Normen ersetzt, wird im Laufe der Zeit das Handelsrecht vom Steuerrecht verdrängt²⁾.

Der Einfluss des Steuerrechts auf die Bilanzierungspraxis im Handelsrecht ergibt sich weiterhin daraus, dass der Steuergesetzgeber bisweilen anordnet, dass eine steuerbegünstigte Massnahme in der Handelsbilanz ebenfalls vorgenommen sein muss, wenn sie steuerlich anerkannt werden soll^{3) 4)}.

Auch der Einfluss der Gerichte auf die Entwicklung der Bilanzierungsgrundsätze kommt dem Steuerrecht mehr als dem Handelsrecht zugute. Bilanzprobleme werden von Steuerge-

1) RStBl. 39, 356; Götze, H., "Zu § 151 des Referentenentwurfes eines Aktiengesetzes", in: "Die wirtschaftsprüfung" 1959, S. 29 ff (31)

2) Vogt, F., "Handelsbilanz und Steuerbilanz", in: "Die Wirtschaftspraxis"; ferner Michel, O., "Der Einfluss der gegenwärtigen Steuerpolitik auf die Bilanzierungspraxis", in: "Die Wirtschaftsprüfung" 1952, S. 100 ff. (103)

3) Herrmann, C.-Heuer, G., "Kommentar zur Einkommensteuer einschl. Lohnsteuer und Körperschaftsteuer", 10. Aufl., Köln ..., § 5 EStG, Anm. 99/100; ferner Brönnner, H., "Der Einfluss des Steuerrechts auf die handelsrechtliche Bilanzierung", in: "Der Wirtschaftsprüfer" 1953, S. 65 ff. (66).

4) Vergl. hierzu die §§ 7a und 7c EStG

richten in viel grösserem Umfang als von ordentlichen Gerichten behandelt. Die ordentlichen Gerichte kommen mit derartigen Fragen nur im Rahmen des Strafrechts in Berührung; dagegen haben Finanzgerichte ständig Gelegenheit, in ihren Steuerentscheidungen auf Bilanzierungsprobleme einzugehen¹⁾.

Die Steuer beeinflusst die Handelsbilanz in einer der dynamischen Bilanzauffassung ähnlichen Weise. Das liegt daran, dass der Fiskus ebenfalls an dem Ausweis eines periodengerechten Gewinnes interessiert ist, weil nur so die notwendige Stetigkeit in der Höhe des Steueraufkommens einigermaßen gewährleistet ist. Zwar stellt die Steuerbilanz entgegen der dynamischen Bilanzauffassung, der ein Wirtschaftsvorteil zur Aktivierung genügt, auf das Vorhandensein eines Wirtschaftsgutes ab. Da aber die Bestimmung des Wirtschaftsgutes weitgehend nach dynamischen Gesichtspunkten erfolgt, wirkt auch die steuerliche Gewinnermittlungspraxis wie die dynamische Bilanzauffassung zugunsten der neueren und entgegen der älteren Auffassung vom Gläubigerschutz²⁾.

1) Friedrich, W., "Aktivierung in der Steuerbilanz bei handelsrechtlichem Aktivierungsverbot?", in: "Der Betriebs-Berater" 1958, S. 921 ff.

2) Gnam, A., "Von der imparitätischen zur paritätischen Bilanz", in: "Neue Betriebswirtschaft" 1958, S. 121 ff;

derselbe, "Der Gläubigerschutzgedanke und die Bilanzierung unkörperlicher (immaterieller) Werte", in: "Rechnungswesen-Praxis".

Die Folge dieses Einflusses ist, dass der Gläubigerschutz nach älterer Auffassung zugunsten der neueren Auffassung immer mehr in den Hintergrund tritt, soweit nicht die dynamische Bilanztheorie Bilanzierungspraktiken eingeführt oder beibehalten hat, die auch mit dem Gläubigerschutz nach älterer Auffassung vereinbar sind.

Es liegt deshalb nahe zu prüfen, ob die Handelsbilanz, nachdem sie sich im Laufe der Zeit unter dem Einfluss von Steuer und Betriebswirtschaftslehre ständig gewandelt hat, bei ihrer heutigen Ausgestaltung in ihren Prinzipien den Gläubigerschutz durchbricht oder nicht.

Um die Prinzipien der Handelsbilanz in ihrer Auswirkung auf den Gläubigerschutz bis ins einzelne gehend untersuchen zu können, empfiehlt es sich für den weiteren Aufbau der Arbeit, nach den Prinzipien des Bilanzumfangs, der Bilanzbewertung und der Bilanzgliederung zu trennen. Dabei ist nach kurzer Darstellung der Prinzipien selbst zu ermitteln, wie sie sich im einzelnen auf den Gläubigerschutz sowohl nach älterer wie nach neuerer Auffassung auswirken. Nur so kann die abschliessende Zusammenfassung zu einem Ergebnis kommen, ob die heute geltenden Prinzipien der Handelsbilanz den Gläubigerschutz durchbrechen oder nicht.

IV. Das Problem des Bilanzumfangs

1.) Die Behandlung des Problems in der Literatur

Die Stellungnahme in der Literatur zu der Frage, inwieweit der Umfang der Aktivierung und der Passivierung, so wie er heute als mit den Grundsätzen ordnungsmässiger Bilanzierung vereinbar angesehen wird, mit dem Gläubigerschutz in Einklang steht, ist nicht einheitlich. Dabei wird das Problem des Bilanzumfangs weniger in seiner Gesamtheit, als im Hinblick auf bestimmte, den jeweiligen Verfasser besonders interessierende Teilfragen der Aktivierung oder Passivierung behandelt.

Sehr allgemein äussert sich Gnam¹⁾, der die heutigen Bilanzierungsgrundsätze für nicht vereinbar mit dem Gläubigerschutz hält. Dass er damit den Gläubigerschutz nach älterer Auffassung, also die vermögensmässige Sicherung der Gläubiger meint, geht aus seiner Begründung hervor, wonach der Einfluss des Steuerrechts und der dynamischen Bilanzauffassung diesen Widerspruch zum Gläubigerschutzgedanken der Bilanz hervorgerufen hat.

Von Lange und Falk²⁾ wird ein Einfluss der dynamischen Bilanztheorie auf die Bilanzierungsgrundsätze ebenfalls festgestellt, von ihnen aber im Gegensatz zu Gnam begrüsst, weil für eine Aktivierung nicht die Wertsteigerung einzelner Wertgegenstände, sondern die Ermittlung des jeweils richtigen Periodengewinns entscheidend sei, womit sie zwangsläufig nur den Gläubigerschutz nach neuerer Auffassung für erheblich halten können.

¹⁾ Gnam, A., "Der Gläubigerschutzgedanke und die Bilanzierung unkörperlicher (immaterieller) Werte", in: "Rechnungswesen-Praxis"; derselbe, "Von der imparitätischen zur paritätischen Bilanz", in: "Neue Betriebswirtschaft" 1958, S. 121 ff.

²⁾ Lange, A.-Falk, B., "Die Aktivierung von Anlaufkosten", in: "Der Wirtschaftsprüfer" 1954, S. 171

Nicht generell auf den Umfang der heutigen Bilanzen, sondern speziell auf die Aktivierbarkeit von Entwicklungskosten stellt Flume¹⁾ ab, indem er die Ansicht vertritt, dass derartige Kosten Aufwand derjenigen Bilanzperiode seien, in der sie anfielen, weil nur so die Bilanz ihrer Aufgabe, einen Überblick über die vermögensmässige Sicherung der Gläubiger zu geben, gerecht werde. Soweit also ein Kaufmann Entwicklungskosten aktiviert, wie es in der Literatur durchaus auch für zulässig erachtet wird²⁾ und es in der Praxis geschieht, widerspricht also nach der Ansicht Flumes diese Bilanz wegen zu weitgehender Bestimmung des Bilanzumfangs dem Gläubigerschutz.

Derselben Ansicht sind Binder³⁾ und Mutze⁴⁾, die die Aktivierung von Entwicklungskosten für nicht vereinbar halten mit dem das Handelsrecht beherrschenden Gedanken des Gläubigerschutzes.

1) Flume, W., "Die Forschungs- und Entwicklungskosten in Handels- und Steuerbilanz", in: "Der Betrieb" 1958, S. 1050 und 1052.

2) Börnstein, U., "Die Aktivierung von Versuchs- und Entwicklungskosten nach Handelsrecht und Steuerrecht" in: "Betriebs-Berater" 1957 S. 554.

Erhard, F., "Zur Frage der steuerlichen Aktivierung von betrieblichen Versuchs- und Entwicklungskosten", in: "Betriebs-Berater" 1955, S. 990 ff. (992).

3) Binder, O., "Die steuerliche Behandlung betrieblicher Forschungs- und Entwicklungskosten" in: "Betriebs-Berater", 1956, S. 537 ff. (538/39).

4) Mutze, O., (Stellungnahme zu dem Thema: "Steuerliche Behandlung der Entwicklungskosten", in: "Der Betrieb", 1956, S. 971 ff), äussert sich weniger klar. Er meint, dass aus dem Gesichtspunkt des Gläubigerschutzes gegenüber der Aktivierung solcher Posten Vorsicht geboten sei (S. 975).

Fuchs-van der Velde¹⁾ sind an dieser Stelle ebenfalls zu erwähnen. Sie halten, wie auch Döllerer²⁾, die Aktivierung von Entwicklungsaufwand für gesetzwidrig, verweisen dabei aber auf den die Interessen der Gläubiger schützenden Sinn der Gesetzesvorschrift.

Zu dem gleichen Urteil, jedoch im Hinblick auf ein anderes Problem der Bestimmung des Bilanzumfanges, kommt Friedrich³⁾, der die Aktivierung eines verlorenen Baukostenzuschusses für nicht vereinbar mit dem Gläubigerschutzgedanken hält. Soweit das in der Praxis vorkommt, ist also der Gläubigerschutz nach Ansicht Friedrichs durch diese Bilanz nicht gewahrt.

Aber nicht nur anlässlich der Untersuchung von Aktivierungsfragen wird in der Literatur der Gläubigerschutzcharakter der heutigen Bilanzierungsgewohnheiten erörtert; auch Fragen der Passivierung geben hierzu Anlass.

Gluth⁴⁾ hat sich mit der Passivierung von Ruhegeldverpflichtungen und ihrer Vereinbarkeit mit den Prinzipien des Gläubigerschutzes befasst. Er kritisiert ein Urteil des Oberlandesgerichtes in Frankfurt/Main aus dem Jahr 1959, das die Passivierung einer Ruhegeldverpflichtung für nicht zwingend erachtete, weil der Unternehmer die Zahlung des Ruhegelds bei schlechter Geschäftslage verweigern konnte. Gluth kommt zu dem Ergebnis, dass eine Bilanz ohne diese Ruhegeldverpflichtung dem Gläubigerschutz widerspricht.

1) Fuchs, ..., -van der Velde, ..., Stellungnahme zu dem Thema: "Steuerliche Behandlung des Entwicklungsaufwandes", in: "Der Betrieb" 1956, S. 972.

2) Döllerer, G., "Entwicklungskosten in der Handelsbilanz", in: "Betriebs-Berater" 1957, S. 983 ff.

3) Friedrich, W., "Aktivierung in der Steuerbilanz bei handelsrechtlichem Aktivierungsverbot?", in: "Betriebs-Berater" 1958, S. 921 ff.

4) Gluth, H., "Das Prinzip des Gläubigerschutzes in der Bilanz", in: "Wirtschaftspraxis", Stuttgart, Januar 1960.

Schliesslich ist in der Literatur die Vereinbarkeit des Bilanzumfangs, namentlich der Passivseite der Bilanz, mit dem Gläubigerschutz anhand der Frage untersucht worden, ob der Einzelkaufmann sein Privatvermögen und vor allem seine persönlichen Schulden in der Handelsbilanz darlegen soll. Loittsberger kommt in seiner Untersuchung über "Die Bilanzierung der persönlichen Schuldverhältnisse"¹⁾ zu dem Ergebnis, dass eine Bilanz ohne die persönlichen Verbindlichkeiten ein falsches Bild von der Vermögenslage des Einzelkaufmanns gebe und deshalb den Gläubigerschutz nicht bewirke.

Derselben Ansicht wie Loittsberger sind u.a.²⁾ v.Gierke³⁾ und Bühler-Scherpf⁴⁾. Rentrop⁵⁾ hat sich dabei speziell mit der Nichtbilanzierung der persönlichen Steuerschulden und ihrer Auswirkung auf den Gläubigerschutz befasst. Er spricht der heutigen Handelsbilanz in diesem Punkt die Gläubigerschutzwirkung ebenfalls ab.

Da die Frage, ob und inwiefern die heutigen den Bilanzumfang bestimmenden Aktivierungs- und Passivierungsgrundsätze den Gläubigerschutz erfüllen, wie dargelegt, so unterschiedlich beantwortet wird, soll im folgenden Untersuchungsabschnitt versucht werden, ihr im einzelnen nachzugehen.

¹⁾ In: "Der österr. Betriebswirt", 1953, S. 12 ff.

²⁾ Weitere Literatur zur Frage der Bilanzierung der persönlichen Schulden in der Handelsbilanz siehe weiter unten auf Seite

³⁾ v. Gierke, J., "Handelsrecht und Schiffahrtsrecht", 6. Aufl., Berlin 1949, S. 111.

⁴⁾ Bühler, O., -Scherpf, P., "Bilanz und Steuer", 6. Aufl., Berlin und Frankfurt 1957, S. 224.

⁵⁾ Rentrop, S., "Die Bilanzierung der Abschlusszahlen auf die Einkommensteuer bei den Personengesellschaften", in: "Zeitschrift für Betriebswirtschaft" 1952, S. 246 ff. (248).

2.) Zum Begriff des Bilanzumfangs

Bevor die eigentliche Untersuchung darüber beginnt, ob der Bilanzumfang dem Gläubigerschutz entspricht oder nicht, ist es erforderlich, den Begriff des Bilanzumfangs zu umreißen.

Grundlage für die Erstellung der Bilanz ist das Inventar, wie es jeder Kaufmann - unter Umständen auch durch das Gesetz dazu verpflichtet¹⁾ - aufnimmt. Es ist dies die körperliche Bestandsaufnahme der einzelnen Vermögensgegenstände und der Schulden unter Angabe der Art, der Menge und des Wertes²⁾. Es werden alle Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten erfasst, ohne Rücksicht darauf, ob sie den Wertansatz in der Bilanz beeinflussen oder nicht.

Aus diesem Inventar wird die Bilanz erstellt, indem einmal die in dem Inventar aufgeführten Vermögensteile und Verbindlichkeiten in einzelne Gruppen zusammengefasst und einander gegenübergestellt werden. Da damit die Bilanz ihre Periodenfunktion noch nicht voll erfüllt, werden den aus der Inventur entwickelten Positionen weitere hinzugesetzt, die nach der geltenden Bilanzierungspraxis in die Bilanz gehören, aber nicht durch eine Bestandsaufnahme erfasst werden können.

Der Bilanzumfang erklärt sich damit als Zusammenfassung aller in dem Inventar aufgeführten Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten sowie der Positionen, die auf Grund der geltenden Bilanzierungspraxis aus bilanztechnischen Gründen in die Bilanz aufgenommen werden müssen.

1) In Deutschland spricht § 39 II HGB diese Inventarisierungspflicht aus.

2) Trumpler, H., "Die Bilanz der Aktiengesellschaft", Basel 1950, S.85.

3.) Die Bestimmung des Bilanzumfangs

a) Das imparitätische Realisationsprinzip

aa) Seine Darstellung

Das imparitätische Realisationsprinzip ist die Verbindung des sogenannten Realisations- mit dem sogenannten Verursachungsprinzip.

Das Realisationsprinzip besagt in seiner allgemeinen Form, dass nur realisierte Gewinne ausgewiesen werden dürfen, aber auch nur realisierte Verluste ausgewiesen werden müssen. Seine Anwendung bedeutet, dass nicht realisierte Gewinne nicht zu berücksichtigen sind, dass aber andererseits auch nicht realisierte Verluste vernachlässigt werden können¹⁾. Diese gleichmässige Behandlung von nicht realisierten Gewinnen und Verlusten entspricht jedoch keineswegs den Prinzipien kaufmännischer Vorsicht. Es sind vielmehr nicht realisierte Gewinne und Verluste ungleich, "imparitätisch", zu behandeln.

Aus diesem Grunde wird das Realisationsprinzip nur auf den Nichtausweis nicht realisierter Gewinne bezogen. Für Verluste gilt das sogenannte Verursachungsprinzip. Verluste werden nicht erst ausgewiesen, wenn sie realisiert sind, sondern bereits in dem Zeitpunkt, in dem sie verursacht sind. Während damit Gewinne erst ausgewiesen werden, wenn sie tatsächlich erzielt sind, werden Verluste bereits berücksichtigt, wenn nur mit ihrem Eintritt als möglich zu rechnen ist.

Die Zusammenfassung von Realisations- und Verursachungsprinzip zum imparitätischen Realisationsprinzip besagt also, dass nicht realisierte Gewinne nicht ausgewiesen werden, nicht realisierte Verluste dagegen zu berücksichtigen sind.

¹⁾ In dieser weiten Fassung gilt das Realisationsprinzip nur bei der Bewertung des materiellen Anlagevermögens; vgl. Seite 122

Das imparitätische Realisationsprinzip ist ein an der Gewinn- und Verlustrechnung orientiertes Prinzip, indem es bestimmt, wann ein Verlust als Aufwand und ein Gewinn als Ertrag zu berücksichtigen ist. Entsprechend dem Wesen der doppelten Buchführung führt jede Buchung, die die Gewinn- und Verlustrechnung betrifft und damit erfolgswirksam ist, zu einer korrespondierenden Gegenbuchung, die eine Position der Bilanz berührt. Das imparitätische Realisationsprinzip lässt sich daher auch von der Bilanz her bestimmen und als eine von der Gewinn- und Verlustrechnung beeinflusste Regel für die Beurteilung der Bilanzpositionen bezeichnen.

Das imparitätische Realisationsprinzip wird für gewöhnlich an der Bewertung von Bilanzpositionen erläutert, bei denen es sich darin auswirkt, dass unrealisierte, durch Wertanstieg hervorgerufene Gewinne den Buchwerten nicht zugeschrieben werden dürfen, nicht realisierte Wertverluste dagegen durch Abschreibungen berücksichtigt werden.

Wäre das imparitätische Realisationsprinzip, bezogen auf die Bilanz, allein so zu verstehen, dass es nur bestimmt, wie die Bewertung bei bereits in der Bilanz berücksichtigten Wirtschaftsgütern infolge unrealisierter Gewinne und Verluste zu ändern ist, so würde es allein ein Prinzip der Bewertung sein und nicht hierhergehören. Es ist jedoch auch ein Prinzip, das den Bilanzumfang bestimmt und daher im Rahmen der Untersuchung seiner Bedeutung für den Gläubigerschutz dargestellt werden muss.

Bei den erfolgswirksamen Buchungen kann der Verbuchung eines Aufwandes oder eines Ertrages nämlich einmal als Gegenbuchung die Wertänderung eines bereits vorhandenen Bilanzpostens entsprechen. Es ist aber auch möglich, dass die Aufwands- bzw. Ertragsbuchung in der Bilanz zur Neuaufnahme, bzw. zur völligen Herausnahme eines Bilanzpostens zwingt. Insofern ist das imparitätische Realisationsprinzip also ein Prinzip der Aktivierung und Passivierung; das ist es im übrigen

gen auch im ersten Fall, wenn man den Bilanzumfang auf der Aktivseite nicht körperlich als die Erfassung der Vermögensgüter, sondern wertmässig als die in der Bilanz ausgewiesene Vermögenssumme versteht.

Indem das imparitätische Realisationsprinzip die Berücksichtigung nicht realisierter Verluste und die Nichtberücksichtigung nicht realisierter Gewinne anordnet, bestimmt es, welche Gewinne - nämlich nur die realisierten - und welche Verluste - und zwar die realisierten und die bereits verursachten - den ausgewiesenen Erfolg der Unternehmung beeinflussen sollen. Darüberhinaus ist dem imparitätischen Realisationsprinzip zu entnehmen, dass alle übrigen Veränderungen den Erfolg der Unternehmung nicht berühren, also erfolgsneutral sein sollen. Damit werden vom imparitätischen Realisationsprinzip zunächst alle diejenigen Bilanzveränderungen bestimmt, die eine Gegenbuchung für erfolgswirksame Aufwands- und Ertragsbuchungen darstellen. Aber auch die Vornahme aller übrigen, nämlich der erfolgsneutralen Buchungen in der Bilanz wird dadurch vom imparitätischen Realisationsprinzip bestimmt. Aktiv-¹⁾ und Passivtausch, wie auch die erfolgsneutrale Aktiv-Passiv-Mehrung, bzw. Minderung werden immer dann vorgenommen, wenn es einen Vorgang zu berücksichtigen gilt, der nach dem imparitätischen Realisationsprinzip nicht erfolgswirksam, daher erfolgsneutral zu behandeln ist, weil andernfalls ein nicht realisierter Gewinn oder aber ein nicht einmal verursachter Verlust ausgewiesen werden würde.

Das imparitätische Realisationsprinzip bestimmt also Buchungsvorgänge, die die Bilanz und damit deren Umfang berühren.

¹⁾ Dem Aktivtausch gleichzusetzen ist die Aktivierung von Aufwendungen. Es geschieht hierbei letzten Endes nichts anderes, als dass ursprünglich als erfolgswirksam angesehene Ausgaben storniert und damit erfolgsneutral gemacht werden, weil nicht einmal ein verursachter Verlust ersichtlich ist, der die Aufrechterhaltung dieses Aufwandspostens rechtfertigen könnte.

bb) Die historische Entwicklung

Realisations- und Verursachungsprinzip bestimmen, welche Aktiven und Passiven in die Bilanz gehören. Dabei haben sich die Ansichten darüber, was im Einzelfall als realisiert gelten kann und welche Verbindlichkeiten als berücksichtigungspflichtig anzusehen sind, im Laufe der Zeit gewandelt.

Als realisiert gilt heute - wie auch bereits bei Beginn der Buchführung - zunächst einmal alles das, was in Erfüllung eines Vertrages dem bilanzierenden Kaufmann endgültig zugeflossen ist. Man kann insofern von einer materiellen Realisation sprechen. Hierzu gehört der in Geld gezahlte Kaufpreis beim Verkauf eines Gegenstandes oder eines Rechtes. Es rechnen ausserdem die Gegenstände beziehungsweise Rechte hinzu, die durch einen Kauf zu eigen erworben werden.

Als realisiert gelten ferner alle diejenigen obligatorischen Ansprüche, die auf eine Geldsumme bzw. auf eine Dienstleistung gerichtet sind. Man kann insofern von einer obligatorischen Realisation sprechen. Allerdings gilt das nur mit Einschränkungen. Zwar werden hiervon Ansprüche erfasst, auf deren Erfüllung, wie es bei obligatorischen Ansprüchen üblich ist, der Anspruchsgegner insofern keinen Einfluss mehr hat, als seine Erfüllungsverpflichtung feststeht und seine Erfüllungswilligkeit durch Inanspruchnahme der Gerichte zwangsweise ersetzt werden kann.

Ausgenommen hiervon sind jedoch obligatorische Ansprüche auf Eigentumsverschaffung und solche Ansprüche, für die die Gegenleistung noch nicht erbracht ist.

Ausser den normalen Forderungen werden von der sogenannten obligatorischen Realisation die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten erfasst. Soweit sie nämlich in die Bilanz aufgenommen sind, um Vorauszahlungen auf die nächste Wirtschaftsperiode zu erfassen, hat der Unternehmer einen - allerdings noch nicht fälligen - Anspruch auf die Gegenleistung. Ist der aktive Rechnungsabgrenzungsposten gebildet worden, um noch

ausstehende Zahlungen als Ertrag der abzuschliessenden Wirtschaftsperiode zuzurechnen, so besteht auf diesen Teil der Gesamtleistung ebenfalls bereits ein obligatorischer Anspruch.

Insofern hat der Grundsatz der obligatorischen Realisation eine Wandlung durchgemacht. Während bereits zu Beginn des Buchführungswesens Forderungen in die Bilanz aufgenommen wurden, sind Rechnungsabgrenzungsposten erst in späterer Zeit Bilanzbestandteil geworden¹⁾.

Darüber hinaus gibt es eine dritte Art der Realisation, die sich nicht auf Gegenstände, Rechte und Forderungen bezieht. Als realisiert gilt jeder buchungsmässig erfassbare Wirtschaftsvorteil, dessen Nutzen für die Unternehmung über das Bilanzjahr hinausgeht. Man spricht deshalb von einer bücherlichen Realisation.

Es ist diese Fortführung des Realisationsgedankens ein Ausfluss der dynamischen Bilanzauffassung, für die die Bilanz in ihrer idealen Form auf der Aktivseite nur Wirtschaftsvorteile und auf der Passivseite lediglich Wirtschaftsnachteile enthält. Seitdem sich die dynamische Betrachtungsweise seit Beginn dieses Jahrhunderts in Theorie und Bilanzierungspraxis immer mehr durchsetzt, hat sich daher auch das Realisationsprinzip immer stärker zur bücherlichen Realisation fortentwickelt,

¹⁾ In einer deutschen Kodifikation werden Rechnungsabgrenzungsposten erstmalig in der Aktienrechtsverordnung vom 19. September 1931 erwähnt.

durch die die Erfassung von Wirtschaftsvorteilen ermöglicht wird¹⁾.

Aber auch das Verursachungsprinzip wird heute weiter gefasst als zu früheren Zeiten. Als verursacht gilt zunächst einmal jede Verbindlichkeit, mit deren Einlösung der ordentliche Kaufmann rechnen muss. Das können sowohl bereits feststehende, wie auch noch nicht realisierte, aber unter Umständen noch zu realisierende Schulden sein. Wesentlich ist hierbei, dass bei der Verursachung bereits feststeht, dass der Bilanzierende der zur Zahlung Verpflichtete sein wird.

¹⁾ Die heutige Praxis kann sich bei der Feststellung dessen, was als realisiert gelten kann, nicht an gesetzlichen Vorschriften orientieren. (Vergl. Anm. 2 S. 76). Gleichwohl ist - jedenfalls in Deutschland, wo im Unterschied zu anderen handeltreibenden Ländern die Bilanzierungsgewohnheiten zum grossen Teil im Gesetz ihren Niederschlag gefunden haben - in den heute geltenden gesetzlichen Vorschriften der Gedanke der Aktivierung von Wirtschaftsvorteilen im Gegensatz zu früheren Kodifikationen indirekt enthalten, indem das Gesetz die Gliederung oder die Bewertung solcher Positionen regelt.

In Deutschland gestattete erstmalig im Jahre 1931 das Gesetz durch Verordnung vom 13. September 1931 (RG Bl. I, S. 493) in Abänderung des § 261 HGB von 1897, in die Herstellungskosten anteilige Betriebs- und Verwaltungskosten einzurechnen. Weiterhin kann seitdem der derivative Geschäftswert aktiviert und durch Abschreibungen auf mehrere Jahre verteilt werden. Desgleichen darf erstmalig das Disagio einer Anleihe aktiviert und abgeschrieben werden. Es sind dies alles Posten, deren Berücksichtigung vom dynamischen Standpunkt aus, nicht aber mit dem Gedanken der materiellen oder der obligatorischen Realisation zu erklären ist. Diese Reihe der aktivierbaren Wirtschaftsvorteile, die im Gesetz ausdrücklich erwähnt werden, ist um die Kosten der Betriebseinrichtung zu ergänzen, die durch das Aktiengesetz von 1937 (§ 133, Ziff. 4) für aktivierbar erklärt wurden.

Vom Verursachungsprinzip nicht erfasst werden deshalb die sogenannten Eventualverbindlichkeiten, wie zum Beispiel Bürgschaften, Wechsel- und Scheckbürgschaften und Verbindlichkeiten aus Gewährleistungsverträgen. Zwar sind auch diese Verbindlichkeiten bei strenger Auslegung des Verursachungsprinzips bereits verursacht. Sie unterscheiden sich jedoch von den Verbindlichkeiten, die in die Bilanz aufgenommen werden, dadurch, dass es ausserhalb des Einflussbereiches des Kaufmannes liegt, ob er aus dieser Eventualverbindlichkeit in Anspruch genommen wird oder nicht. Erst wenn mit einer Inanspruchnahme am Bilanzstichtag zu rechnen ist, wird die Eventualverbindlichkeit in Form einer Rückstellung oder als echte Verbindlichkeit berücksichtigt.

Das Verursachungsprinzip ist im Laufe der Zeit erweitert worden, indem als eine Belastung unter dem Einfluss der dynamischen Bilanz heute weiterhin jeder Wirtschaftsnachteil angesehen wird, der der betreffenden Bilanzperiode zuzurechnen ist und erst in einer späteren Wirtschaftsperiode verrechnet wird. Dabei ist durchaus nicht gesagt, ob eine Verbindlichkeit überhaupt daraus entstehen soll. Nur soweit das der Fall ist, deckt sich diese Auslegung des Verursachungsprinzips daher mit der älteren Auffassung.

b) Die heute geltenden Aktivierungsgrundsätze

Wie wirkt sich das imparitätische Realisationsprinzip nun auf die Aktivseite der Bilanz aus? Das soll im folgenden dargestellt werden. Anhaltspunkt sind hierbei die Grundsätze ordnungsmässiger Buchführung, die in allen handeltreibenden Ländern gelten¹⁾ und in denen die Bilanzierungs-

¹⁾ Trumpler, H., "Bilanz der Aktiengesellschaft", Basel 1950, S. 80.

praxis ehrenwerter Kaufleute zum Ausdruck kommt, mögen sie nun in Gesetzen niedergelegt oder von Berufsorganisationen vorgeschrieben sein¹⁾. Soweit ersichtlich, hat der Gesetzgeber in den einzelnen Ländern zu der Frage, was zu aktivieren ist, direkt nicht Stellung genommen²⁾.

In der Handelsbilanz ist im Gegensatz zur Steuerbilanz grundsätzlich nicht alles das, was geeignet ist aktiviert zu werden, auch aktivierungspflichtig. Diese an sich wichtige Trennung von Aktivierungsfähigkeit und Aktivierungspflicht verliert jedoch im Rahmen der vorzunehmenden Untersuchung an Bedeutung, weil der Gläubigerschutz in seiner

1) Trumpler, H., "Die Aktiengesellschaft nach dem Gesellschafts-, Bilanz- und Steuerrecht der Vereinigten Staaten", Basel 1942, S. 141; derselbe, "Das Bilanz- und Steuerrecht der Aktiengesellschaft nach englischem Recht", Basel-Leipzig 1939, S. 65.

2) Die Vorschriften des deutschen Aktienrechts (§§ 131 ff AktG) z.B. enthalten lediglich, abgesehen von der Vorschrift über die Einstellung des Grundkapitals auf der Passivseite, Gliederungs- und Bewertungsvorschriften, aus denen nur unvollkommen und indirekt zu entnehmen ist, was zu aktivieren ist, indem man von dem "Wie" der Bewertung und der Gliederung auf das schliesst, was zuvor für aktivierungsfähig erklärt werden muss (vgl. Adler-Düring-Schmaltz, "Rechnungslegung und Prüfung der AG", 3. Aufl., Stuttgart 1957, § 129 Tz.26).

Ähnlich ist es in der Schweiz, in der das Obligationenrecht eine dem deutschen Recht weitgehend gleiche Regelung getroffen hat. (Vergl. Art. 958 ff Schweiz. Obl. R.).

Im englischen Recht enthält der Companies Act von 1948 über den Inhalt des Jahresabschlusses nur ganz wenige Bestimmungen (Holt, P., "Jahresabschlüsse britischer Aktiengesellschaften" in: "Die Aktiengesellschaft", 1962 S. 8 ff (8)).

In den Vereinigten Staaten sind die Grundsätze ordnungsmässiger Bilanzierung gesetzlich nicht festgelegt. Lediglich die Einzelstaaten behandeln Teilfragen der Bilanzerstellung in ihren Gesetzen (so Trumpler, H., "Die AG nach dem Gesellschafts-, Bilanz- und Steuerrecht der Vereinigten Staaten", ... S. 141).

Abhängigkeit vom tatsächlichen Bilanzumfang geprüft werden soll, ohne Rücksicht darauf, ob bei der Aktivierung einem Recht oder einer Pflicht gefolgt wurde.

Aktiviert werden grundsätzlich alle Vermögensgüter, die Gegenstand des Rechtsverkehrs sein können.

Es gehören hierzu zunächst einmal sämtliche beweglichen und unbeweglichen Sachen, wie Maschinen, Werkzeuge, Vorräte, Grundstücke usw. Aber auch Forderungen werden davon erfasst, ungeachtet der Art ihrer Sicherung (also ungesicherte, aber auch beispielsweise durch Hypotheken gedeckte Forderungen) und ohne Rücksicht auf ihre spezielle Ausgestaltung (Forderungen, Wechsel, Scheck, Bankguthaben und Kassenbestand).

Gegenstand des Rechtsverkehrs und damit aktivierbar sind ferner die sogenannten immateriellen Güter, soweit sie wie Patente und Lizenzen übertragbar sind. Lassen sie sich - wie zum Beispiel die personenbezogenen Konzessionen - nicht übertragen, werden sie nicht aktiviert^{1) 2)}.

Aktiviert werden weiterhin die sogenannten wirtschaftlichen Rechtsgüter³⁾, also der Firmenwert, die Kundschaft und der Goodwill. Während jedoch alle übrigen Vermögensgüter unabhängig davon aktiviert werden, ob für sie ein Entgelt gezahlt wurde oder nicht oder ob die Unternehmung sie selbst hergestellt hat, werden diese wirtschaftlichen Rechtsgüter nur aktiviert, wenn für sie ein Entgelt gezahlt

1) Trumpler, H., "Die Bilanz der Aktiengesellschaft", Basel 1950, S.198.

2) Es besteht allerdings ein Unterschied zur Aktivierung der materiellen Güter und der Forderungen insofern, als die Grundsätze ordnungsmässiger Buchführung dem Kaufmann die Aktivierung freistellen, während im übrigen Aktivierungsfähigkeit und Aktivierungspflicht gleichzusetzen sind (vgl. Adler-Düring-Schmaltz, "Rechnungslegung ...", ... , § 129 Tz.28).

3) Adler-Düring-Schmaltz, "Rechnungslegung ...", ... , § 129 Tz.29.

worden ist, wenn sie also auf dem Wege eines entgeltlichen Rechtsgeschäftes erworben wurden¹⁾. Dadurch, dass die für sie eingesetzten Beträge in kurzer Zeit (3 - 5 Jahre) abgeschrieben werden, sorgt die Praxis dafür, dass diese Posten nicht zu lange in der Bilanz bleiben²⁾.

Neben diesen Vermögensgütern und -rechten, die alle Gegenstand des Rechtsverkehrs sein können oder es bereits gewesen sind, enthält die Bilanz auf der Aktivseite ausserdem noch einige Posten, die sich als sogenannte bilanztechnische Aktiva zusammenfassen lassen. Ihnen ist gemeinsam, dass mit ihrer Hilfe Ausgaben und Kosten auf mehrere Wirtschaftsperioden verteilt werden sollen.

¹⁾ Diese Praxis hat in Deutschland ihren gesetzlichen Niederschlag im § 133 Ziff. 5 AktG gefunden. In gleicher Weise wird der Firmenwert in Frankreich behandelt, ohne dass hierzu eine gesetzliche Bestimmung zwingt (Vergl. Klinkel, H., "Die Bewertung in der französischen Jahresbilanz", Wiesbaden 1961, S. 50).
In der Schweiz entspricht die unterschiedliche Behandlung von originärem und derivativem Goodwill der obigen Darstellung. (Egger, J.G., "Die Bilanz", Handbuch für die Praxis, 6. Aufl., Zürich 1955, S. 29). Auch in England wird der selbsterworbene Goodwill nicht in die Bilanz aufgenommen. (Trumpler, H., "Das Bilanz- und Steuerrecht der AG nach englischem Recht" ..., S.78).

²⁾ Das ist in Deutschland durch § 133 Ziff. 5 AktG für die Aktiengesellschaft zwingend vorgeschrieben; ebenso in der Schweiz (Egger, J.G., "Die Bilanz" ..., S.29).
In den Vereinigten Staaten wird der Goodwill nur abgeschrieben, wenn er tatsächlich in seinem Wert abgesunken ist. Eine regelmässige Abschreibung sehen die Grundsätze der Accounting Principles nicht vor (Trumpler, H., "Die AG nach dem Gesellschafts-, Bilanz- und Steuerrecht der Vereinigten Staaten" ..., S. 177).
In Frankreich besteht hinsichtlich der Vornahme von Abschreibungen keine Einigkeit (Vergl. Klinkel, H., "Die Bewertung in der französischen Jahresbilanz" ..., S.50).

Hierbei ist zu unterscheiden zwischen den sogenannten aktiven Rechnungsabgrenzungsposten, die eine periodengerechte Aufwands- und Ertragsverteilung nur zwischen zwei Jahren anstreben, und allen übrigen in Betracht kommenden Posten, die eine Aufwandsverteilung über mehrere Jahre bezwecken¹⁾.

Aufgabe der aktiven Rechnungsabgrenzungsposten ist es, Ertrag und Aufwand anteilig auf zwei Jahre zu verteilen, wenn die Fälligkeit wiederkehrender Leistungen, wie etwa bei Zinsen, Mieten oder Löhnen, nicht mit dem Bilanzstichtag zusammenfällt.

Bei den anderen bilanztechnischen Aktiven handelt es sich um Aufwendungen, von denen der Kaufmann im Zeitpunkt der Bilanzierung annehmen darf, dass sie seinem Unternehmen auf Jahre hinaus Vorteile bringen werden, weshalb der Betrag durch Abschreibung auf diese einzelnen Jahre verteilt wird.

Beispiele lassen sich in grosser Zahl anführen²⁾. Erwähnt sei hier in erster Linie die Aktivierung der Kosten der Betriebseinrichtung. Der eingesetzte Betrag wird durch jährli-

¹⁾ Vergl. hierzu: Trumpler, H., "Die Bilanz der AG", ..., S. 200 ff.

In England und in den Vereinigten Staaten sind bilanztechnische Aktiva ebenfalls bekannt. Auch dort werden sie in der dargestellten Weise unterschieden, wie sich auch der Umfang der einzelnen Gruppen dort aus den gleichen, hier dargestellten Gesichtspunkten ergibt.

(Trumpler, H., "Die AG nach dem Gesellschafts-, Bilanz- und Steuerrecht der Vereinigten Staaten", ..., S. 179/180;

derselbe, "Das Bilanz- und Steuerrecht der AG nach englischem Recht", ..., S. 83/84.)

²⁾ Vergl. insbesondere Trumpler, H., "Die Bilanz der AG", ..., S. 200 ff; Adler-Düring-Schmaltz, "Rechnungslegung und Prüfung der AG", ..., § 131 Tz. 103 ff.

che Abschreibungen getilgt¹⁾). Weiterhin gehört hierher, dass angemessene Teile der Betriebs- und Verwaltungskosten zu den Herstellungskosten gerechnet und daher mit diesen bei selbst erstellten Anlagen und bei Halb- und Fertigfabrikaten aktiviert werden.

Einbauten auf gemieteten Grundstücken werden aktiviert, obwohl spätestens nach Ablauf der Mietzeit der Mieter keinen Vermögenswert dafür in Händen hat. Dem Gedanken der Nutzenverteilung entspricht es ferner, dass ein Disagio auf einen langfristig aufgenommenen Kredit aktiviert wird und dass besondere Reparaturaufwendungen, die dem Objekt einen erhöhten Wert zum Nutzen der Unternehmung verleihen, den Buchwerten zugerechnet werden.

Aus denselben Gründen werden Kosten der Propaganda, die Einrichtung eines Vertreternetzes und Reklamekosten aktiviert, sofern der bilanzierende Kaufmann annehmen darf, dass es sich um aussergewöhnliche Aufwendungen gehandelt hat, von denen für die Unternehmung ein anhaltender Nutzen zu erwarten ist.

¹⁾ Die Aktivierung der Kosten der Betriebseinrichtung ist für deutsche Aktiengesellschaften ausdrücklich vom Gesetz gestattet (§ 133, Ziff.4, S.2 des deutschen AktG). In Frankreich dürfen die gesamten Errichtungskosten aktiviert werden, wenn sie auch den nachfolgenden Wirtschaftsjahren von Nutzen sind (Klinkel, H., "Die Bewertung in der französischen Jahresbilanz", ... , S.30). Diese Regelung geht einestails weiter als die im deutschen Aktiengesetz vorgesehene, da nach § 133 Ziff.4 AktG Kosten der Betriebseinrichtung, die Aufwendungen für die Gründung und die Kapitalbeschaffung darstellen, nicht aktiviert werden dürfen. Sie schränkt andererseits die Aktivierbarkeit weiter ein als die Regelung für die dem deutschen Recht unterworfenen Aktiengesellschaften, indem sie für die Aktivierung nachhaltigen Nutzeffekt fordert.

c) Die heute geltenden Passivierungsgrundsätze

Auch die Passivierungsgrundsätze sind nicht gesetzlich festgelegt, sondern den Grundsätzen ordnungsmässiger Buchführung zu entnehmen.

Passiviert werden zunächst einmal alle¹⁾ Verbindlichkeiten, die in ihrer Höhe feststehen und mit deren Einlösung gerechnet werden muss. Das bedeutet im einzelnen, dass verjährte Verbindlichkeiten zu passivieren sind, wenn die Einrede der Verjährung nicht geltend gemacht werden soll. Das bedeutet weiterhin, dass unter einer Bedingung erlassene Verbindlichkeiten zu berücksichtigen sind, bis die Bedingung eingetreten ist. Umgekehrt werden Verbindlichkeiten unter aufschiebender Bedingung erst berücksichtigt, wenn mit dem Eintritt der Bedingung zu rechnen ist.

Es ist bei der Passivierung ganz entsprechend den Forderungen auf der Aktivseite unbedeutend, welcher Art diese Verbindlichkeiten sind, bzw. welche Sicherheiten für sie hingegeben wurden.

Neben den in ihrer Höhe feststehenden Verbindlichkeiten werden weiterhin Rückstellungen passiviert. Hierzu gehören zunächst einmal alle Verbindlichkeiten, bei denen die Pflicht zu ihrer Erfüllung gewiss, deren Höhe zur Zeit des Bilanzabschlusses ungewiss ist. Unter dieser Position werden weiterhin in Anwendung des Verursachungsprinzips drohende Verluste aus schwebenden Geschäften erfasst (sogenannte Verlustrückstellungen). In Anwendung ebenfalls des Verursachungsprinzips, aber in seiner im Lauf der Entwicklung erweiterten Fassung²⁾ werden schliesslich sogenannte Aufwandsrückstellungen gebildet. Sie dienen dazu, Aufwendungen, die das abschliessende Wirtschaftsjahr betreffen, aber erst nach dessen Ablauf zu Ausgaben werden, zu berücksichtigen.

1) Über die Passivierung privater Schulden siehe weiter unten Seite 99ff

2) Siehe weiter oben auf Seite 73

Im einzelnen lassen sich viele Fälle aufführen, in denen die Praxis sich zur Bildung einer Rückstellung entschliesst. Erwähnt seien hier nur die Rückstellungen für gegebene Garantiezusagen, für unterlassene Reparaturen und zur Berücksichtigung des Prozessrisikos¹⁾.

Die Bilanz enthält auf ihrer Passivseite weiterhin Wertberichtigungen, die als Form der indirekten Abschreibungen und damit als Korrekturposten zur Aktivseite im Rahmen der Untersuchung des Bilanzumfangs ohne Bedeutung sind.

Schliesslich enthält die Passivseite der Handelsbilanz - abgesehen von dem nicht interessierenden Posten "Eigenkapital" - wie auch die Aktivseite einige bilanztechnische Positionen.

Passive Posten der Rechnungsabgrenzung werden gebildet, wenn bei ständig wiederkehrenden Leistungen nachzuzahlende Ausgaben und im voraus vereinnahmte Beträge anteilig entsprechend dem zukommenden Aufwand und Ertrag auf das abzuschliessende und das nachfolgende Wirtschaftsjahr verteilt werden sollen.

4.) Der Einfluss des Bilanzumfangs auf den Gläubigerschutz

Wie wirken sich die im vorigen Abschnitt dargestellten Grundsätze der Aktivierung und Passivierung auf den Gläubigerschutz aus? Diese Frage soll nunmehr geprüft werden, wobei die Feststellungen getrennt nach den in der Literatur vertretenen Auffassungen vom Gläubigerschutz getroffen werden sollen.

¹⁾ Eine sehr ins Einzelne gehende Aufzählung findet man bei Adler-Düring-Schmaltz, "Rechnungslegung und Prüfung der AG", ..., § 131, Tz 158.

a) Nach älterer Auffassung

Wie zu Beginn der Arbeit ausgeführt, verlangt die ältere Auffassung vom Gläubigerschutz den richtigen Ausweis des Vermögens und der Schulden. Der Bilanzumfang, ermittelt nach den heute geltenden Grundsätzen, kann deshalb mit dieser Auffassung vom Gläubigerschutz nur dann in Einklang stehen, wenn nicht zu viel Vermögen und nicht zu wenige Gläubigeransprüche ausgewiesen werden. Er entspricht der älteren Auffassung in idealer Weise, wenn das ausgewiesene Vermögen dem tatsächlichen genau entspricht und wenn von den Gläubigern gerade die erfasst sind, die Ansprüche erheben können.

Für den Einfluss des Bilanzumfangs auf den Gläubigerschutz ist es ohne Bedeutung, ob die in den Aktivposten erfassten Wirtschaftsgüter und die auf der Passivseite aufgeführten Gläubigeransprüche richtig bewertet sind. Es soll hier nur festgestellt werden, ob das, was auf der Aktivseite erfasst worden ist, überhaupt einen Erlös bringen kann und ob die aufgeführten Gläubigeransprüche im Konkursfall tatsächlich in der Zahl - nicht im ausgewiesenen Umfang - auftreten, wie sie auf der Passivseite der Bilanz aufgeführt sind. Es bleibt einem weiteren Untersuchungsabschnitt über den Einfluss der Bewertung auf den Gläubigerschutz vorbehalten festzustellen, ob die Wirtschaftsgüter auch richtig bewertet sind und die Passivseite den richtigen Schuldenbetrag wiedergibt.

Der Einfluss des Bilanzumfangs auf den Gläubigerschutz, mit dieser Einschränkung versehen, ergibt für die Grundsätze der Aktivierung folgendes Bild:

Soweit die sogenannte materielle Realisation den Bilanzumfang bestimmt, indem sie dazu führt, dass bewegliche und unbewegliche Sachen, sowie Rechte und liquide Mittel aktiviert werden, ist der Gläubigerschutz nach älterer Auffas-

sung gewahrt. Die materielle Realisation erfasst nur solche Güter, die Gegenstand des entgeltlichen Rechtsverkehrs sein können, es zum grössten Teil auch schon gewesen sind. Damit steht zu erwarten, dass bei einer eventuell erforderlich werdenden Liquidation diese aktivierten Wirtschaftsgüter einen Erlös bringen werden, soweit sie nicht schon wie die liquiden Mittel Geldcharakter haben.

Im Gegensatz hierzu lassen sich die Aktivposten, die unter dem Gesichtspunkt der obligatorischen Realisation in die Bilanz aufgenommen werden, nicht uneingeschränkt im Interesse der Gläubiger verwerten. Streng genommen bedeutet auch die obligatorische Realisation die Erfassung noch nicht verwirklichter Geldeinnahmen, also die Verletzung des Imparitätsprinzips¹⁾. Forderungen können jedoch zur Schuldenabdeckung verwendet werden, indem sie entweder beigetrieben oder aber entgeltlich abgetreten werden. Sie sind vermögenswerte Rechte und können daher im vollen Umfang dem Gläubigerschutz nach älterer Auffassung dienen.

Aktive Posten der Rechnungsabgrenzung dagegen, die ebenfalls unter dem Gesichtspunkt der obligatorischen Realisation zu erfassen sind²⁾, sind keine eigentlichen Vermögensgegenstände³⁾. Sie sind daher auch nicht immer zu verwerten.

1) Gnam, A., "Von der imparitätischen zur paritätischen Bilanz", in: "Neue Betriebswirtschaft", 1958, S. 121 ff, und in: "Axiome der Bilanzierung auf der Grundlage der Währung", München 1948, S.23, Anm. 2.

2) Siehe weiter oben, Seite 72

3) Trumpler, H., ("Die Bilanz der Aktiengesellschaft", ..., S. 198) der sämtlichen bilanztechnischen Posten den Vermögenscharakter abspricht.

Handelt es sich um sogenannte antizipative Posten der Rechnungsabgrenzung, also darum, dass noch ausstehende Zahlungen bereits berücksichtigt werden, weil sie wirtschaftlich der abzuschliessenden Periode zuzurechnen sind, so ist der Gläubigerschutz nach älterer Auffassung auch durch diese Position noch gewährleistet. Auf den ausstehenden Teil der späteren Zahlung hat der Unternehmer einen Anspruch, es sei denn, dass bei nur teilweiser Erfüllung seinerseits - und das wäre ja bei einer zwangsweisen Liquidation der Fall - der Vertragspartner die ganze Gegenleistung verweigern darf.

Bei den sogenannten transitorischen Posten der Rechnungsabgrenzung dagegen, bei denen vorweggenommene Zahlungen rückverrechnet werden, ist der Gläubigerschutz nach älterer Auffassung kaum sichergestellt.

Führt der Zugriff der Gläubiger zur Liquidation des Unternehmens, so ist der durch die Vorauszahlung erworbene Anspruch auf die Gegenleistung für die Gläubiger ohne Interesse. Der Anspruch auf Versicherungsschutz oder auf weitere Gewährung des Mietgebrauchs zum Beispiel ist für den Gläubiger nicht verwertbar. Transitorische Rechnungsabgrenzungsposten können dem Gläubiger daher nur dann zur Sicherheit dienen, wenn der vom Unternehmer geschlossene Vertrag die Möglichkeit eröffnet, den überzahlten Betrag zurückzufordern. Da das jedoch weitgehend nicht der Fall ist, entspricht die Aufnahme transitorischer Rechnungsabgrenzungsposten in die Bilanz nicht dem Gläubigerschutz nach älterer Auffassung. Aus diesem Grund sollte man antizipative und transitorische Abgrenzungsposten zumindest im Bilanzausweis voneinander trennen.

Die Erweiterung des Realisationsgedankens zur bücherlichen Realisation bedeutet die völlige Aufgabe des Gläubigerschutzes, wie ihn die ältere Auffassung versteht. Die Erfassung von Wirtschaftsvorteilen in der Bilanz ohne Rücksicht darauf, ob ein veräusserliches Gut durch den Wertansatz ver-

körpert wird, führt dazu, dass die Aktivseite der Bilanz nicht mehr nur veräusserliche Werte erfasst. Die Aktivierung von Reklameaufwand oder der Kosten der Betriebseinerichtung zum Beispiel ist allenfalls dann für eine Unternehmung ein Wert, wenn die Unternehmung nicht zerschlagen wird. Davon ist aber auszugehen, wenn der Sicherungscharakter der einzelnen Aktivposten für die Gläubiger untersucht wird. Nur wenn die Unternehmung als Ganzes veräußert wird, sind diese Posten unter Umständen realisierbar. Dem Gläubigerschutz nach älterer Auffassung entsprechen diese Posten daher grundsätzlich nicht¹⁾.

Auf der Passivseite ist die Berücksichtigung des Verursachungsprinzips geeignet, den Gläubigerschutz, wie er von der älteren Auffassung für allein massgebend gehalten wird, zu erfüllen. Indem jede Inanspruchnahme von Seiten eines Dritten nicht erst erfasst wird, wenn sie gewiss ist, sondern wenn nur mit ihr gerechnet werden muss, ist das Ausmass der Verbindlichkeiten, die zu erfüllen sind, - von der richtigen Bewertung abgesehen - so vollständig, wie menschliche Voraussicht es vermag, berücksichtigt.

Die Erweiterung des Verursachungsprinzips durch Einbeziehen sämtlicher Wirtschaftsnachteile ohne Rücksicht darauf, ob eine echte Verbindlichkeit jemals entstehen wird, ist für den Gläubigerschutz nach älterer Auffassung ohne Nachteil. Einerseits ist, wie bei den Faktoren des Gläubigerschutzes bereits dargestellt wurde²⁾, ein Schaden für den Gläubiger nicht zu befürchten, wenn die Verbindlichkeiten in der Bilanz überhöht dargestellt werden. Darüber hinaus aber bedeutet die Berücksichtigung eines solchen Aufwandes, selbst wenn ihm keine

¹⁾ Samer, H., (Untersuchung über das Problem der Einheitlichkeit oder Unterschiedlichkeit von handelsrechtlichem und steuerrechtlichem Jahresabschluss, Wien 1960, S. 11) bringt zum Ausdruck, dass die Aktivierung dieser Positionen rein dynamisch orientiert sei und nicht mehr der Vermögensdarstellung diene.

²⁾ siehe oben auf Seite 39f

echte Verbindlichkeit folgt, unter Umständen die Wertberichtigung eines Aktivpostens. Erfolgt die Passivierung nämlich, wie bei der Rückstellung für unterlassene Reparaturen, mit Rücksicht darauf, dass ein auf der Aktivseite ausgewiesenes Wirtschaftsgut nachträglich auszubessern ist, so bildet diese Rückstellung, wenn es nicht zu einer Reparatur kommt, einen Gegenposten für das zu hoch bewertete, weil reparaturbedürftige Aktivum. Insofern sorgt die Erweiterung des Verursachungsprinzips für Wertwahrheit auf der Aktivseite der Bilanz und damit für den Gläubigerschutz nach älterer Auffassung.

Die Nichtberücksichtigung der Eventualverbindlichkeiten steht dem Gläubigerschutz nach älterer Auffassung an sich entgegen. Es ist immer mit der Möglichkeit zu rechnen, dass die Inanspruchnahme aus einer Eventualverbindlichkeit zu einer Zeit erfolgt, wo keine Gelegenheit mehr gegeben ist, sie durch eine entsprechende Rückstellung in der Bilanz zu berücksichtigen. Die Gefahren für den Gläubiger hieraus sind unter Umständen auch nicht unerheblich. Da die Begründung einer solchen Eventualverbindlichkeit ein Rechtsvorgang ist, für den bei seiner Verbuchung eine sinnvolle Gegenposition nicht vorhanden wäre, werden, wie an anderer Stelle zu zeigen sein wird, diese Verbindlichkeiten nur vermerkt. Damit aber kann sie der Gläubiger ohne weiteres berücksichtigen, wenn er für seine Forderung den Grad der Sicherung ermitteln will.

b) Nach neuerer Auffassung

Wie bereits ausgeführt wurde, verlangt der Gläubigerschutz nach neuerer Auffassung, gestützt auf die Gedanken der dynamischen Bilanzauffassung, die Aktivierung von Wirtschaftsvorteilen und die Passivierung von Wirtschaftsnachteilen. Inwieweit die heutige Handelsbilanz diese Anforderungen an eine periodisch genau abgegrenzte Bilanz, wenigstens soweit es die Bestimmungsgründe für den Bilanzumfang betrifft, erfüllt, ist

eine Frage, bei deren Beantwortung zu beachten ist, dass sich Realisations- und Verursachungsprinzip im Laufe der Zeit gerade auf eine dynamische Betrachtungsweise hinentwickelt haben.

Die bürgerliche Realisation ist das Ergebnis des dynamischen Einflusses auf die Entwicklung der Bilanzierungspraxis, indem sie die Erfassung von Wirtschaftsvorteilen, wie sie gerade nach dynamischer Auffassung in der Bilanz zu aktivieren sind, zum Prinzip erhebt. Soweit daher eine Aktivierung unter dem Gesichtspunkt allein einer bürgerlichen Realisation vorgenommen wird, wird der Gläubigerschutzcharakter der Bilanz nach neuerer Auffassung im Grundsatz gefördert.

Aber auch die dingliche und die obligatorische Realisation bezwecken die Aktivierung eines Wirtschaftsvorteils. Sie unterscheiden sich von der bürgerlichen Realisation nämlich nur dadurch, dass sie nicht auf die Veräußerbarkeit des zu aktivierenden Wirtschaftsgutes verzichten. Aktivierung auf Grund dinglicher oder obligatorischer Realisation bedeutet daher Ansatz eines im Wege der Einzelveräußerung realisierbaren Wirtschaftsvorteils, Aktivierung auf Grund bürgerlicher Realisation dagegen Ansatz eines nicht im Wege der Einzelveräußerung realisierbaren Wirtschaftsvorteils.

Damit entspricht das Realisationsprinzip in jeder Art seiner Ausgestaltung den dynamischen Grundsätzen und infolgedessen auch dem Gläubigerschutz nach neuerer Auffassung. Eine Einschränkung besteht allerdings darin, dass in der Praxis selbst nach dem Prinzip der am weitesten gehenden, also der bürgerlichen Realisation, nicht sämtliche, sondern nur bestimmte, im täglichen Wirtschaftsleben des öfteren erkennbare Wirtschaftsvorteile erfasst werden. Man kann daher als Ergebnis nicht festhalten, dass die heute in der Bilanzierungspraxis für die Ermittlung des Bilanzumfangs geltenden Bestimmungsgründe die Anforderungen der dynamischen Bilanzauffassung und damit des Gläubigerschutzes nach neuerer Auffassung in idealer Weise erfüllen, wohl aber, dass sie in ihrer Tendenz diesen Anforderungen gerecht werden.

Das Verursachungsprinzip erfasst Wirtschaftsnachteile, wie sie nach dynamischer Bilanzauffassung bei der Passivierung zu berücksichtigen sind, dadurch, dass es für den Ansatz jeder Fremdverbindlichkeit sorgt. Es erfasst in seiner heute erweitert geltenden Form weitere Wirtschaftsnachteile, die sich nicht in einer Verbindlichkeit niederschlagen, indem - wie im Falle der Aufwandsrückstellung - für einen der abzurechnenden Wirtschaftsperiode zurechenbaren Aufwand ein Passivposten gebildet wird, der sich erst in späterer Zeit zu einer Verbindlichkeit entwickeln wird.

Da diese Entwicklung des Verursachungsprinzips gerade das Ergebnis dynamischer Betrachtungsweise ist, lässt sich das Ergebnis festhalten, dass das Verursachungsprinzip in seiner heute erweitert geltenden Fassung im Grundsatz der dynamischen Bilanzauffassung und damit dem Gläubigerschutz nach neuerer Auffassung entspricht.

Die Nichtberücksichtigung von Eventualverbindlichkeiten auf der Passivseite steht mit dem Gläubigerschutz nach neuerer Auffassung nicht in Widerspruch. Eine Eventualverbindlichkeit wird erst dann zu einer in Form einer Rückstellung oder einer echten Verbindlichkeit zu passivierenden Schuld, wenn mit einer Inanspruchnahme aus ihr zu rechnen ist. Erst dann stellt sie einen zu beachtenden "Wirtschaftsnachteil" im Sinne der dynamischen Bilanzauffassung dar, der von der Praxis auch zu diesem Zeitpunkt in der Bilanz berücksichtigt wird.

5.) Sonderfragen bei der Bestimmung des Bilanzumfangs

a) Die Bilanzierung fremden Eigentums

aa) Darstellung

Der Kaufmann hat seine Grundstücke, seine Forderungen und Schulden, den Betrag seines baren Geldes und seine sonstigen Vermögensgegenstände zu verzeichnen. Die Zugehörigkeit einer Sache oder eines Rechtes zum Vermögen des Kaufmanns richtet sich dabei nicht allein nach streng rechtlichen Gesichtspunkten, also danach, ob der Kaufmann Eigentümer der Sache, bzw. Inhaber des Rechtes ist. Entscheidend ist die wirtschaftliche Zugehörigkeit zum Kaufmannsvermögen¹⁾.

Wie diese wirtschaftliche Zugehörigkeit zu beurteilen ist und wie sie sich auf die Bilanzierung auswirkt, soll im folgenden gezeigt werden. Dabei ist es hier nicht die Aufgabe darzustellen, inwieweit bilanziertes fremdes Eigentum auch als fremd ausgewiesen wird. Die Bedeutung einer eventuellen besonderen Hervorhebung des fremden Eigentums wird darzustellen sein, wenn der Einfluss der Bilanzgliederung auf den Gläubigerschutz untersucht wird.

Die Frage der Bilanzierung fremden Eigentums taucht in der Praxis aus mehreren Anlässen auf. Sie kann einmal bei der Absicherung von Gläubigeransprüchen bedeutsam werden; sei es, dass beim Kauf die Ware unter Eigentumsvorbehalt geliefert wird, oder aber, dass sonst Gegenstände zur Sicherheit übereignet oder verpfändet, bzw. Rechte zur Sicherung abgetreten werden. Die Frage, wie fremdes Eigentum in der Bilanz zu behandeln ist, kann aber auch auftreten, wenn aus einem

¹⁾ Rehm, H., "Die Bilanzen der Aktiengesellschaften", 2. Aufl., München-Berlin-Leipzig, 1914, Bd. II, S.192. Ferner die Stellungnahme des Reichsgerichts in: RGZ 80, S. 334 und RGSt 43, 407 ff.

anderen Grund als zur Sicherung Eigentum treuhänderisch übertragen wird oder Eigentum durch einen Kommissionär erworben werden soll.

Wird ein Gegenstand unter Eigentumsvorbehalt erworben, so verbleibt das Eigentum bis zur völligen Bezahlung des Kaufpreises beim Verkäufer¹⁾. Trotzdem wird die Ware in der Praxis bereits vor ihrer Bezahlung beim Käufer aktiviert und die Kaufpreisforderung dem Verkäufer gutgeschrieben. Grund hierfür ist die wirtschaftliche Zugehörigkeit zum Kaufmannsvermögen, die sich aus der Eingliederung des gekauften Gegenstandes in den wirtschaftlichen Organismus des Unternehmers ergibt und der Vorstellung eines betriebswirtschaftlich ausgerichteten Vermögensbegriffes entspricht, der auf der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Unternehmens aufbaut²⁾. Erst wenn der Eigentumsvorbehalt geltend gemacht wird, entscheidet das rechtliche Eigentum; der Käufer darf dann nicht mehr aktivieren³⁾.

Der Behandlung von unter Eigentumsvorbehalt gekauften Gegenständen entspricht es, dass Grundstücke bereits bilanziert werden, wenn zur Übertragung des rechtlichen Eigentums lediglich noch die Eintragung ins Grundbuch fehlt⁴⁾.

¹⁾ Auf die verschiedenen Arten des Eigentumsvorbehaltes soll hier nicht eingegangen werden. (Vergl. hierzu: BGH Bd. 7, S.356).

²⁾ Grabmayer, A., "Fremdes Eigentum in der Bilanz", in: "Der österr. Betriebswirt", 1952, S.114 ff.(115)

³⁾ Adler-Düring-Schmaltz, "Rechnungslegung ...", ..., § 129, Tz.34a; § 131, Tz.64.

⁴⁾ Ascher, Th., "Bilanzierung fremden Eigentums" in: "Handbuch der Betriebswirtschaft", 3. Aufl. Bd. I, Sp. 1132

Hierher gehört ebenfalls die Übung der Praxis, Wertpapiere dem Vermögen eines Käufers zuzurechnen, bevor die Bank das juristische Eigentum übertragen hat, wenn der Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Zugehörigkeit eine solche Zurechnung rechtfertigt¹⁾.

Wirtschaftliche Gesichtspunkte bestimmen auch die bilanzielle Behandlung von Gegenständen, die zur Sicherheit übereignet sind. Eine Sicherungsübereignung wird durch Eigentumsübertragung unter Vereinbarung eines die Besitzübergabe ersetzenden Besitzzmittlungsverhältnisses begründet. Ihre wirtschaftliche Bedeutung beruht darauf, dass sie dem Sicherungsgeber den Gegenstand zur weiteren Nutzung belässt. Daraus erklärt sich auch, dass sich durch die Sicherungsübereignung an der wirtschaftlichen Zugehörigkeit des Gegenstandes zum Vermögen des Sicherungsgebers nichts geändert hat, so dass nach wie vor der Sicherungsgeber den übereigneten Gegenstand bilanziert²⁾.

Bei der Sicherungsabtretung von Forderungen und Rechten bilanziert der Zedent nach wie vor die Forderung, bzw. das Recht, da es wirtschaftlich weiterhin seinem Vermögen zuzurechnen ist; es gilt also das gleiche wie für die Sicherungsübereignung.

¹⁾ Hierbei herrscht allerdings in der Literatur Meinungsverschiedenheit, ob der Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Zugehörigkeit uneingeschränkt gilt. Während Ascher, Th., (in: "Handbuch der Betriebswirtschaft", Bd. I, ..., Sp. 1132, und in: "Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis", 1949, S. 243 ff.) das bejaht, stehen Adler-Düring-Schmaltz, ("Rechnungslegung ...", ..., § 129, Tz. 38) auf dem Standpunkt, dass das rechtliche Eigentum dann entscheidend sei, wenn die Bank die Zusendung des Stückerzeichnisses und damit die Eigentumsübertragung verweigert habe, weil der Kaufpreis noch nicht voll bezahlt ist.

²⁾ Adler-Düring-Schmaltz, "Rechnungslegung ...", ..., § 129, Tz. 51;
Ascher, Th., "Bilanzierung fremden Eigentums", in: Handbuch der Betriebswirtschaft" Bd. I, Sp. 1132.

Die Verpfändung von Gegenständen ist keine Eigentumsübertragung. Sie ändert auch nichts an der wirtschaftlichen Zugehörigkeit des verpfändeten Gegenstandes zum Vermögen des Verpfänders; zumal auch der Pfandgläubiger die Sache nicht nutzen, also nicht zur Leistungserstellung heranziehen darf. Ohne dass man auf die wirtschaftliche Zugehörigkeit abstellen muss, ergibt daher bereits die Berücksichtigung des rechtlichen Eigentums die Erfassung des verpfändeten Gegenstandes in der Bilanz des Verpfänders¹⁾.

Nicht nur bei Sicherungsgeschäften wirkt sich die Berücksichtigung wirtschaftlicher Verhältnisse dahin aus, dass fremdes Eigentum in die Bilanz aufgenommen wird. Auch bei den sogenannten uneigennütigen Treuhandverhältnissen - darunter ist die Übertragung des Vollrechts mit dem Recht der Verfügung im eigenen Namen, aber nicht zum eigenen Nutzen zu verstehen - steht die wirtschaftliche Betrachtungsweise im Vordergrund. Die treuhänderische Übertragung des Eigentums oder einer Forderung hat auf die Bilanzierung keinen Einfluss, so dass auch in diesem Fall der Kaufmann fremdes Eigentum im streng juristischen Sinn in seiner Bilanz aufführt²⁾.

Auch bei Kommissionsgeschäften taucht die Frage der Bilanzierung fremden Eigentums auf.

Bei der Einkaufskommission erwirbt zunächst der Kommissionär rechtliches Eigentum. Die Praxis geht jedoch davon aus, dass wirtschaftlich die eingekaufte Ware bereits vor ihrer

1) Adler-Düring-Schmaltz, "Rechnungslegung ...", ..., § 129, Tz. 37.

2) Ascher, Th., in: "Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis", 1949, S. 249;
Adler-Düring-Schmaltz, "Rechnungslegung ...", ..., § 129 Tz. 51.

Weitergabe an den Kommittenten dessen Vermögen zuzurechnen ist, so dass er es ist, der die Ware zu bilanzieren hat¹⁾.

Bei der Verkaufskommission verbleibt das rechtliche Eigentum beim Kommittenten. Er bilanziert daher auch die Ware, bis sie verkauft ist, zumal sich an der wirtschaftlichen Zugehörigkeit nichts geändert hat, insbesondere die Ware nicht dem Kommissionär allein deshalb wirtschaftlich zuzurechnen ist, weil er sie auf seinem Lager hat²⁾.

bb) Der Einfluss der Bilanzierung fremden Eigentums auf den Gläubigerschutz

In der vorausgegangenen Darstellung über die in der Praxis befolgte Übung, juristisch fremdes Eigentum in der Bilanz zu berücksichtigen, ist es unterlassen worden, von Fall zu Fall auf die in der Praxis vielfach übliche besondere Bezeichnung dieser Fremdposten hinzuweisen. Das geschah mit Absicht, weil die Hervorhebung eines Postens als juristisch fremdes Eigentum in der Bilanz eine Frage der Bilanzgliederung ist, die in ihrer Bedeutung für den Gläubigerschutz noch gesondert untersucht werden wird. Wenn nunmehr die Auswirkungen dargestellt werden sollen, die sich für den Gläubigerschutz aus der Bilanzierung fremden Eigentums ergeben, so soll dementsprechend allein die Tatsache, dass

¹⁾ So uneingeschränkt: Ascher, Th., in: "Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis", 1949, S. 248. Eine Einschränkung machen Adler-Düring-Schmaltz, ("Rechnungslegung ...", ..., § 129, Tz. 346), die die wirtschaftliche Zugehörigkeit zum Vermögen des Kommittenten verneinen, solange nicht der Kommissionär Abrechnung erteilt hat.

²⁾ Anderer Ansicht ist Grabmayer, A., ("Fremdes Eigentum in der Bilanz", in: "Der österr. Betriebswirt", 1952, S. 118), nach dessen Meinung der Kommissionär die Ware unter gleichzeitiger Berücksichtigung eines entsprechenden Passivpostens aktivieren muss.

juristisch fremdes Eigentum bilanziert ist, auf ihre Bedeutung für den Gläubigerschutz geprüft werden, ohne jeweils festzustellen, ob ein besonderer Vermerk in der Bilanz unter Umständen geeignet ist, eventuell nachteilige Auswirkungen auf den Gläubigerschutz abzuschwächen.

aaa) Nach älterer Auffassung

Nach älterer Auffassung ist der Gläubiger durch das Vermögen des Schuldners gesichert, wenn die jederzeit mögliche Liquidation einen ausreichenden Erlös bringt, um alle Gläubiger zu befriedigen. Juristisch fremdes Eigentum aber kommt nicht allen, sondern nur einem einzigen Gläubiger zugute. So führt im Konkurs die Sicherungsübereignung eines Gegenstandes zur abgesonderten Befriedigung mit der Folge, dass der gesicherte Gläubiger voll befriedigt wird und nicht wie die anderen Gläubiger mit der Quote zufrieden sein muss. Die gleiche Wirkung hat die Sicherungsabtretung von Forderungen, wie auch die rechtsgeschäftlich begründeten und die gesetzlichen Pfandrechte (zum Beispiel eines Kommissionärs). Der unter Eigentumsvorbehalt erworbene Gegenstand wird abgesondert, so dass auch er nicht zu Gunsten aller Gläubiger veräußert werden kann.

Trotzdem lässt sich nicht generell sagen, dass die Bilanzierung fremden Eigentums dem Gläubigerschutz nach älterer Auffassung entgegensteht. Das hängt weitgehend davon ab, ob die Unternehmung genügend Eigenkapital besitzt, ob die Verbindlichkeiten also mehr als ausreichend abgedeckt sind, oder ob die Unternehmung überschuldet ist.

Besitzt die Unternehmung mehr liquidierbares Vermögen als Verbindlichkeiten, so kann die Berücksichtigung fremden Eigentums in der Bilanz den Gläubigern nicht schaden, sie insbesondere nicht über den Sicherungsgrad ihrer Forderungen

täuschen. Das ergibt sich daraus, dass bei allen Rechtsgeschäften, die zur Aufnahme fremden Eigentums in die Bilanz führen, die Aktivierung fremden Eigentums mit einem bereits vorhandenen Passivposten oder aber mit der Neuaufnahme einer solchen Position in Zusammenhang steht. Das bedeutet, dass trotz fehlender Verwertungsmöglichkeit des fremden Eigentums im Interesse aller Gläubiger ein Schaden nicht entstehen kann, da auch das ausgewiesene fremde Eigentum zur Befriedigung von Verbindlichkeiten dient: Entsprechend dem Wert des ausgewiesenen fremden Eigentums wird der durch das fremde Eigentum gesicherte Teil der Gläubiger aus dem restlichen, dem Unternehmen gehörenden Vermögen keine Befriedigung verlangen¹⁾.

Übersicherungen von Verbindlichkeiten mit der Folge, dass ein Ungleichgewicht zwischen "gebundenen" aktivierten Gütern und gesicherten Passiven besteht, benachteiligen die

¹⁾ Ein Beispiel mag das verdeutlichen:

Ein Unternehmer legt bei Kreditverhandlungen folgende Bilanz vor:

Aktiva		Passiva	
Vermögen	90.000.--	Eigenkapital	30.000.--
		Verbindlichkeiten	60.000.--
	90.000.--		90.000.--

Es kann dem Verhandlungspartner gleichgültig sein, welcher Teil des Vermögens fremdes Eigentum ist. Er weiss, dass ein entsprechender Betrag der Verbindlichkeiten aus diesem Eigentum notfalls befriedigt werden wird. Je mehr Vermögensteile im fremden Eigentum stehen, desto weniger Gläubiger verlangen auch im Ernstfall Befriedigung aus dem kleineren, aber freien Teil des Unternehmervermögens. Ist von dem Vermögen ein Teil im Werte von 40.000.-- DM fremdes Eigentum, so kann dementsprechend ein Betrag von 40.000.-- DM der Verbindlichkeiten als abgesichert gelten, so dass nur noch 20.000.-- DM Verbindlichkeiten aus dem freien Vermögen von 90.000.-- - 40.000.-- = 50.000.-- DM abgedeckt werden müssen.

Gläubiger nicht, da im Fall einer Verwertung der die Verbindlichkeit übersteigende Betrag des Erlöses an den Unternehmer zurückfällt.

Das führt zu dem Ergebnis, dass die Berücksichtigung fremden Eigentums in der Bilanz dem Gläubiger kein nachteilig falsches Bild von der vermögensmässigen Sicherung seiner Forderung verschafft, solange die Unternehmung mehr liquidierbares Vermögen als Verbindlichkeiten besitzt.

Wie ist die Situation jedoch zu beurteilen, wenn die Unternehmung überschuldet ist?

In diesem Fall führt die Liquidation im Konkurs zu einer durchschnittlichen Befriedigung aller Gläubiger, die unter 100% liegt. Durch Aus- und Absonderung erhalten dann die gesicherten Gläubiger eine volle und damit "überdurchschnittliche" Befriedigung ihrer Ansprüche, die notwendig die Quote der anderen, nicht gesicherten Gläubiger unter den allgemeinen Durchschnitt sinken lässt¹⁾.

1) Einem Gläubiger wird zum Beispiel folgende Bilanz vorgelegt:

Aktiva		Passiva
Vermögen	75.000.--	Verbindlichkeiten 100.000.--
Unterbilanz	25.000.--	
	100.000.--	100.000.--

Bei einer solchen Bilanz ist es für den Gläubiger von Bedeutung zu wissen, welcher Teil des Vermögens fremdes Eigentum ist. Geht der Gläubiger davon aus, dass sämtliches Vermögen Eigentum des Schuldners ist, so kann er mit einer Quote von $75.000 : 100.000 = 75\%$ rechnen. Ist von dem Vermögen jedoch ein Teil im Werte von 40.000.-- DM Eigentum eines Gläubigers mit einer Forderung von gleichfalls 40.000.-- DM, so beträgt die Quote nur noch $(75.000 - 40.000) : (100.000 - 40.000) = 58,3\%$.

Der Ausweis des fremden Eigentums täuscht bei Verschuldung also die Gläubiger über das tatsächliche Ausmass der Sicherung ihrer Ansprüche. Diese Täuschung könnte nicht auftreten, wenn fremdes Eigentum und der entsprechende Verbindlichkeitsposten nicht aufgeführt würden.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass nur im Fall einer überschuldeten Unternehmung der Gläubigerschutz nach älterer Auffassung durch die Bilanzierung fremden Eigentums nicht gewährleistet ist. Solange das Vermögen im Verhältnis zur Schuldsomme eine 100%ige Befriedigung aller Verbindlichkeiten gestattet, ist die Bilanzierung fremden Eigentums ohne Nachteil für den Schutz der Gläubiger.

bbb) Nach neuerer Auffassung

Wie bereits ausgeführt, wird nach neuerer Auffassung der Gläubigerschutz durch die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Unternehmung sichergestellt. Die Bilanz hat nur untergeordnete Bedeutung, indem sie durch Ausweis eines vergleichbaren Gewinns der Unternehmensleitung anzeigen soll, ob die Unternehmenspolitik beibehalten werden kann oder aber zur Steigerung des wirtschaftlichen Erfolges geändert werden muss. Vergleichbar ist der Gewinn nur, wenn er auf Grund der Verrechnung von Wirtschaftsvor- und nachteilen ermittelt wird, die mit der Leistungserstellung in Zusammenhang stehen. Hierfür kann die Zufälligkeit juristischen Eigentums nicht den Ausschlag geben. Um an der Bilanz den wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmung zu messen, ist nicht das juristische Eigentum, sondern die wirtschaftliche Zugehörigkeit zum Apparat der Leistungserstellung massgebend. Da fremdes Eigentum aber, wie sich aus der Darstellung¹⁾ ergibt, aus einer wirtschaftlichen Betrachtung heraus in die Bilanz gerade und nur dann aufgenommen wird, wenn es wirtschaftlich zum Kaufmannsvermögen gehört, ist ein Widerspruch mit dem Gläubigerschutz nach neuerer Auffassung nicht festzustellen.

¹⁾ Siehe Seite 90ff

b) Die Passivierung der persönlichen Schuldverhältnisse¹⁾

aa) Darstellung

Bei der die Untersuchung einleitenden Begründung, warum gerade die Handelsbilanz des Einzelkaufmanns als Modell gewählt wurde, wurde unter anderem darauf hingewiesen, dass der Einzelkaufmann als natürliche Person die Möglichkeit hat, ausserhalb seines Geschäftsbereiches Vermögenswerte zu erwerben und Verbindlichkeiten einzugehen.

Der Kaufmann hat in Deutschland nach § 39 I. HGB - wie im vorigen Abschnitt, allerdings aus anderem Anlass, hervorgehoben - seine Grundstücke, seine Forderungen und Schulden, den Betrag seines baren Geldes und seine sonstigen Vermögensgegenstände genau zu verzeichnen. Er hat darüber hinaus den Wert der einzelnen Vermögensgegenstände anzugeben und einen das Verhältnis des Vermögens und der Schulden darstellenden Abschluss zu machen.

Die Formulierung des Gesetzes veranlasst zu der Annahme, dass der Kaufmann seine sämtlichen Grundstücke, Forderungen, Schulden usw. zu verzeichnen hat, wenn die persönlich gehaltene Bestimmung von den Vermögenswerten und Schulden des Kaufmanns spricht.

Es hat sich in der Praxis jedoch die Übung durchgesetzt, dass nicht sämtliches Vermögen und sämtliche Schulden in der Handelsbilanz erfasst werden. Die heutige Handelsbilanz berücksichtigt nur dasjenige Vermögen und nur diejenigen Schulden, die mit dem Handelsbetrieb des Kaufmanns in engem Zusammenhang stehen. Im privaten Lebensbereich des Kaufmanns erworbenes Vermögen und eingegangene Verbindlichkeiten werden nicht berücksichtigt.

¹⁾ Vergl. zu den folgenden Ausführungen vor allem: Loitlsberger, E., "Die Bilanzierung der persönlichen Schuldverhältnisse", in: "Der österr. Betriebswirt", 1953, S.12.ff.

Ebenso ist es in Österreich, wo die gesetzliche Bestimmung gleich lautet, das Privatvermögen und die privat eingegangenen Verbindlichkeiten aber ebenfalls in der Bilanz nicht aufgeführt werden¹⁾.

In der Schweiz verpflichtet Art. 957 des schweizerischen Obligationsrechts den Kaufmann nur zur Bilanzierung des Geschäftsvermögens. In Grossbritannien und in den Vereinigten Staaten sind entsprechende Bilanzierungsvorschriften unbekannt²⁾.

Diese Handhabung in der Praxis, das private Vermögen und die Privatverbindlichkeiten nicht auszuweisen, ist für den Aussagewert der Handelsbilanz insofern bedeutsam, als das private Vermögen einen grossen Teil des gesamten Vermögens ausmachen kann und auch die privaten Verbindlichkeiten ein grosses Ausmass annehmen können, zumal persönliche Steuern, wie Einkommen- und Vermögensteuern, hierzu rechnen³⁾.

Die Übung der Praxis, privates Vermögen und die persönlichen Schuldverhältnisse in der Handelsbilanz nicht zu berücksichtigen, steht nicht in Einklang mit der Ansicht vieler Autoren, die dieses Problem in der Literatur aufgegriffen haben.

1) Loitlsberger, E., "Die Bilanzierung der persönlichen Schuldverhältnisse" in: "Der österr. Betriebswirt", 1953, S. 12 ff.

2) Wolf, H., "Das Privatvermögen in der Bilanz des Einzelkaufmanns", in: "Der Betrieb", 1953, S. 619.

3) Auf die Bedeutung der Steuern als grösserer Teil der in der Bilanz nicht ausgewiesenen persönlichen Verbindlichkeiten haben insbesondere Rentrop, S., ("Die Bilanzierung der Abschlusszahlen auf die Einkommensteuer bei den Personengesellschaften", in: "Zeitschrift für Betriebswirtschaft", 1952, S. 246 ff) und Zubrod, H., ("Bilanzierung persönlicher Steuern", in: "Die Wirtschaftsprüfung", 1952, S. 346) hingewiesen.

Lediglich Autoren, die die Bilanzierungsgewohnheiten der Praxis als gegeben hinnehmen, ohne sich zu äussern, ob diese Übung Änderungsbedürftig ist oder nicht, wenden sich nicht gegen die Nichtberücksichtigung der persönlichen Schulden und des privaten Vermögens in der Bilanz¹⁾. Die Mehrzahl der Autoren spricht sich gegen eine Vernachlässigung der persönlichen Schulden und des privaten Vermögens in der Bilanz aus²⁾.

1) Illetschko, L.L., "Die Bilanz des Praktikers", 2. Aufl., Wien 1953, S. 62.

2) Vergl. hierzu die Literatur bei Loittsberger, E., aaO., S. 16 ff, der diese Autoren nach der von ihnen gegebenen Begründung trennt in:

- a) Autoren, die eine Bilanzierungspflicht annehmen und sich dabei auf das Gesetz berufen, und
- b) Autoren, die ein Bilanzierungsrecht annehmen und es mit der Auswirkung der Nichtbilanzierung begründen wollen.

Zu den ersteren zählen nach Loittsberger:

v. Gierke, J., "Handelsrecht und Schiffahrtsrecht", 6. Aufl., Berlin 1949, S. 111;
Bühler, O. - Scherpf, P., "Bilanz und Steuer", ..., S. 224
Rentrop, S., "Die Bilanzierung der Abschlusszahlen ...", in: "ZfB" 1952, S. 246 ff (248).
Grabmayer, A., "Fremdes Eigentum in der Bilanz", in: "Der österr. Betriebswirt", 1952, S. 144 ff.
Hierzu gehören ferner: Schlegelberger, F. - Hildebrandt, .., "Handelsgesetzbuch", 4. Aufl., Berlin und Frankfurt 1960, § 39 Anm. 2 und
Leitner, Fr., ("Bilanztechnik und Bilanzkritik", Bd. II, 4. Aufl., Berlin und Leipzig 1920, S. 60), der sich zur Begründung der Bilanzierungspflicht auf eine Entscheidung des Reichsgerichts in Strafsachen aus dem Jahr 1908 (RGSt 41, 41) stützt.

Von den letzteren Autoren sei Zubrod, H., ("Bilanzierung persönlicher Steuern", in: "Die Wirtschaftsprüfung", 1952, S. 346) erwähnt.

bb) Die Bedeutung der Passivierung der persönlichen Schuldverhältnisse für den Gläubigerschutz¹⁾

aaa) Nach älterer Auffassung

Um dem Gläubiger, aber auch dem Unternehmer selbst durch die Bilanz die Erkenntnis zu ermöglichen, ob das vorhandene Vermögen ausreicht, im Falle einer Liquidation sämtliche Gläubigeransprüche zu befriedigen, ist - so wurde an anderer Stelle bereits ausgeführt²⁾ - es erforderlich, dass das Vermögen und die Verbindlichkeiten vollständig und richtig dargestellt sind. Dabei ist eine nicht genaue Bilanz ungefährlich, wenn das Vermögen zu niedrig oder die Verbindlichkeiten zu hoch ausgewiesen werden.

Aus diesem Grunde kann die Nichtbilanzierung des privaten Vermögens ausser acht gelassen werden. Sie führt dazu, dass das haftende Vermögen in der Bilanz niedriger erscheint als es tatsächlich ist, woraus für den Gläubiger kein Schaden entstehen kann.

Der Nichtausweis der persönlichen Verbindlichkeiten dagegen ist für den Gläubiger gefährlich, da die Ansprüche der Gläubiger in der Bilanz geringer erscheinen, als sie tatsächlich sind. Das kann dazu führen, dass die Gläubiger und auch der Unternehmer die Verbindlichkeiten durch das Vermögen unter Umständen zu einer Zeit für voll gedeckt halten, zu der in Wirklichkeit schon eine Überschuldung eingetreten ist, die Ansprüche der Gläubiger also nicht mehr zu 100% gedeckt sind.

Schon aus diesem Grund widerspricht die Nichtbilanzierung der persönlichen Verbindlichkeiten dem Gläubigerschutz nach älterer Auffassung, da aus der Bilanz nicht das Vorliegen

¹⁾ Vergl. auch hierzu die Ausführungen von Loittsberger, E., aaO., S. 19 ff.

²⁾ Siehe oben auf Seite 38ff

einer Überschuldung zu ersehen ist. Darüber hinaus verhindert die Nichtbilanzierung der persönlichen Verbindlichkeiten die Erkenntnis, in welchem Rang die einem Gläubiger zustehende bilanzierte Forderung im Falle des Konkurses steht, da zu den nichtbilanzierten Verbindlichkeiten Gläubigeransprüche gehören können, die unter Umständen im Konkurs den bilanzierten Verbindlichkeiten vorgehen.

Fällt eine Unternehmung in Konkurs, so werden aus dem Erlös der Konkursmasse zunächst die sogenannten Massekosten und Masseschulden berichtigt¹⁾. Der verbleibende Rest der Konkursmasse wird unter die Gläubiger nach einer bestimmten Rangfolge in der Weise verteilt, dass die höher rangierenden Forderungen bis zu 100% befriedigt werden, bevor auf Forderungen niedriger Rangstufe eine Quote verteilt wird.

Zu diesen bevorrechtigten Forderungen gehören unter anderem so typisch persönliche Verbindlichkeiten, wie Steuern und Forderungen der Ärzte²⁾, die also sämtlich nicht in der Bilanz ausgewiesen werden, obwohl sie einen ansehnlichen Betrag ausmachen können.

Will ein Gläubiger sich durch Einsicht in die Bilanz ein Bild von der Sicherheit seiner Forderung machen, so wird er deshalb nicht nur durch die Nichtbilanzierung der persönlichen Verbindlichkeiten getäuscht. Selbst wenn er einen annähernd richtigen, nicht bilanzierten Betrag in seine Überlegungen einbezieht, kann er immer noch nicht ermitteln, an welcher Stelle im Falle eines Konkurses seine Forderung rangiert, da ihm unbekannt ist, in welchem Umfang zu den persönlichen Verbindlichkeiten bevorrechtigte Ansprüche zählen.

Auch aus diesem Grunde widerspricht die Nichtbilanzierung der persönlichen Verbindlichkeiten dem Gläubigerschutz nach älterer Auffassung.

1) Vergl. zum Begriff der Massekosten und Masseschulden die §§ 57 - 60 der deutschen Konkursordnung vom 10.II.1877.

2) Die bevorrechtigten Forderungen sind in § 61 der unter Anmerkung 1 genannten Konkursordnung aufgeführt.

bbb) Nach neuerer Auffassung

Da der Gläubigerschutz nach neuerer Auffassung an die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Unternehmens anknüpft, wobei der Bilanz nur eine Kontrollfunktion zukommt, ist die Bilanz nach dieser Auffassung von allen Vermögensteilen und Verbindlichkeiten freizuhalten, die mit der Leistungserstellung nicht in Zusammenhang stehen; zumindest sind derartige Vermögensteile und Verbindlichkeiten erfolgsneutral zu behandeln.

Es entspricht dem Wesen des privaten Vermögens und der persönlichen Verbindlichkeiten, dass sie nicht mit dem Unternehmen in Zusammenhang stehen. Es muss daher schon definitionsgemäss für den Gläubigerschutz nach neuerer Auffassung gleich sein, ob das private Vermögen und die persönlichen Verbindlichkeiten - erfolgsneutral - in der Bilanz aufgeführt werden oder ob die Bilanzierung unterbleibt.

V. Das Problem der Bewertung

1.) Die Behandlung des Problems in der Literatur

Es wird in der Literatur vielfach und wohl fast einhellig die Ansicht geäußert, dass in den einzelnen handelsreibenden Ländern eine Unterbewertung der Aktiven und eine Überbewertung der Passiven vom Gesetzgeber weitgehend zugelassen ist. Weit geringer, dafür aber auch unterschiedlicher ist die Kritik, die in der Literatur daran geübt wird, welchen Einfluss die Bewertung, so wie sie heute in der Praxis tatsächlich und unabhängig von irgendwelchen Bewertungsvorschriften vorgenommen wird, auf den Gläubigerschutz hat.

Hengstl hat in seinem im Jahr 1932 erschienenen Buch "Die handelsrechtlichen Bewertungsvorschriften und ihre Bedeutung für das Steuerrecht"¹⁾ die Auffassung vertreten, dass die Bilanzen auf der Aktivseite im Übermass unterbewertet seien und den Gläubigerschutz auf diese Weise mehr als vom Gesetzgeber gewollt erfüllten. Hengstl hält damit also den Gläubigerschutz nach älterer Auffassung durch die in der Praxis in der damaligen Zeit übliche Bewertung für gegeben.

Dass diese Ansicht nicht nur in der damaligen Zeit vertreten wurde und trotz möglicher Änderung der Bewertungsgrundsätze nicht als überholt anzusehen ist, ergibt eine Stellungnahme von Koberstein²⁾ aus dem Jahr 1959 zu diesem Problem. Er kritisiert den ungenügenden Aussagewert der Bilanzen und führt diesen Mangel u.a. auf die im Interesse des Gläubigerschutzes von den Bewertungsvorschriften gestattete und in der Praxis auch durchgeführte Bildung stiller Reserven zurück.

¹⁾ Hengstl, L., "Die handelsrechtlichen Bewertungsvorschriften und ihre Bedeutung für das Steuerrecht", Berlin 1932, S.5 und S.10.

²⁾ Koberstein, G., "Aussagewert des Jahresabschlusses" in: "Die Aktiengesellschaft" 1959, S.18.

Zu einem ganz entgegengesetzten Urteil kommt Gnam¹⁾. Er vertritt die Ansicht, dass sich unter dem Einfluss des Steuerrechts und der dynamischen Bilanzauffassung Bilanzierungs-, aber auch Bewertungsgrundsätze herausgebildet haben, die mit dem Gläubigerschutz nicht mehr vereinbar seien.

Welcher Ansicht der Vorzug gebührt, soll der folgende Untersuchungsabschnitt ergeben.

2.) Zum Begriff der Bewertung

Bewerten heisst ganz allgemein, von Gütern und Leistungen die Höhe des Wertes ziffernmässig festzuhalten²⁾. Der für die Höhe der Wertziffer entscheidende Masstab wird hierbei durchaus verschieden beurteilt, je nachdem, welcher Bilanzauffassung der Vorzug gegeben wird. Hält man sich streng an die Gesetze und die Handhabung der Praxis, so heisst Bewerten, den in der Bilanz aufgenommenen Positionen einen in Geld ausgedrückten Wert beizulegen, der sich aus der Einhaltung der gesetzlichen und der von der Praxis entwickelten Bewertungsbestimmungen ergibt.

Folgt man der Auffassung Riegers³⁾, so bedeutet Bewerten das Vorwegnehmen des geldmässigen Endes eines Wirtschaftsgutes im Betriebsablauf.

- ¹⁾ Gnam, A., "Von der imparitätischen zur paritätischen Bilanz" in: "Neue Betriebswirtschaft" 1958, S.121 ff.
derselbe "Der Gläubigerschutzgedanke und die Bilanzierung unkörperlicher (immaterieller) Werte" in: "Rechnungswesen - Praxis -".
- ²⁾ Dr.Gabler's Wirtschaftslexikon, Stichwort: "Bewertung", ferner Auler, W., in: "Bott, Lexikon des kaufmännischen Rechnungswesens, Stichwort: "Bewertung"
- ³⁾ Rieger, W., "Einführung in die Privatwirtschaftslehre", 2.Aufl., Erlangen 1959

Folgt man der dynamischen Bilanzauffassung, so bedeutet Bewerten das Erfassen von Wirtschaftsvor- und Wirtschaftsnachteilen, die mit einem bestimmten Geldansatz versehen werden, der nach ganz bestimmten Regeln gefunden wird.

Alle diese Definitionen haben den Nachteil, dass sie aus einer ganz bestimmten Bilanzauffassung heraus entwickelt worden sind und deshalb, wollte man sie für die folgende Untersuchung zugrunde legen, einseitig das Ergebnis beeinflussen würden. Bewerten ist deshalb - wenigstens für die folgende Untersuchung - frei von jeglicher Bilanzauffassung zu definieren als die Bezifferung der in die Bilanz aufgenommenen Positionen nach den in der Praxis herrschenden Grundprinzipien.

3.) Die Wertbegriffe in der Handelsbilanz

Den Handelsbilanzen sowohl der Gesellschaften wie auch des Einzelkaufmanns liegen bestimmte einheitliche Wertbegriffe zugrunde, die zunächst im einzelnen erläutert werden sollen. Da die Bilanzierungsgewohnheiten der Praxis auf ihren Gläubigerschutzcharakter untersucht werden sollen, kann es hierbei nicht die Aufgabe sein, eine in Teilfragen vom Üblichen abweichende Bilanzierungspraxis kritisch zu würdigen. Die Darstellung beschränkt sich allein darauf festzustellen, wie die Praxis zu bilanzieren pflegt, nicht aber, wie sie es tun sollte.

a) Die Anschaffungskosten

Was als Anschaffungskosten anzusehen ist, hat sich im Laufe der Zeit nach den Grundsätzen ordnungsmässiger Buchführung als feststehende Praxis entwickelt.

Die Anschaffungskosten setzen sich zusammen aus dem Anschaffungspreis und den Anschaffungsnebenkosten¹⁾ abzüglich einiger zu berücksichtigender Kostenminderungen²⁾. Damit werden in den Anschaffungskosten alle tatsächlichen Ausgaben und Aufwendungen erfasst, die notwendig waren, um den zu bewertenden Gegenstand in die Fabrikationsstätte oder auf das Lager des Unternehmens zu bekommen, weshalb die Anschaffungskosten bisweilen auch als der Einstandswert eines Gegenstandes bezeichnet werden³⁾.

Die Anschaffungskosten sind in der Regel leicht zu bestimmen, da nur tatsächliche Ausgaben zu erfassen sind. Ist ein Gegenstand unentgeltlich erworben, so wird ein Betrag angesetzt, den der Erwerber unter normalen Umständen hätte bezahlen müssen⁴⁾. Ein durch Tausch erworbener Gegenstand wird

- 1) Zum Kaufpreis werden hinzugerechnet: Frachten, Transportkosten, Provisionen, Gebühren, bestimmte Steuern und Zölle.
- 2) Hierzu rechnen Rabatte und Skonti, wobei die letzteren in der Praxis durchaus auch aktiviert und als Ertrag verbucht werden (vergl. Literatur bei Adler-Düring-Schmaltz, "Rechnungslegung und Prüfung der AG", ... , § 133 Tz.55 und § 132 Tz.72).
- 3) Godin, R., - Wilhelmi, H., "Aktiengesetz", 2.Aufl., Berlin 1950, § 133, Übersicht Anm. I.
- 4) Adler-Düring-Schmaltz, "Rechnungslegung und Prüfung der AG", § 133, Anm. 103, mit dort zitierter Literatur; Schlegelberger, E., - Quassowski, .., "Kommentar zum Aktiengesetz", 3.Aufl., Berlin 1939, § 129, Anm.17.
Godin, R., - Wilhelmi, H., ("Aktiengesetz", ... , § 133, Anm.2a) verlangt den Ansatz des Verkaufswertes am Stichtag. Im Zeitpunkt des Erwerbs sind mutmasslicher Anschaffungspreis und mutmasslicher Verkaufswert jedoch weitgehend gleich. Dasselbe gilt für Brodmann, .., "Aktienrecht", Berlin und Leipzig 1928, § 261, Anm.4d.

mit dem Buchwert, allenfalls mit dem Anschaffungswert¹⁾ des abgegebenen Tauschobjektes bewertet. Sind die tatsächlichen Anschaffungskosten von Vorratsvermögen zu ermitteln, so ergeben sich in der Praxis häufig Schwierigkeiten daraus, dass sich bei der Inventur die Menge vielfach nur schätzen lässt oder aber es unmöglich ist, wegen des häufigen Wechsels der Lagerbestände die zu verschiedenen Preisen eingekauften Vorräte noch getrennt aufzunehmen²⁾.

Um diesen Schwierigkeiten aus dem Weg zu gehen, wird in der Praxis aus dem Wert des Anfangsbestandes und der Zugänge ein gewogener Durchschnittspreis als Ersatzwert für die Anschaffungskosten ermittelt, mit dem sowohl die Abgänge wie auch der Endbestand bewertet werden. Die Rechnung wird bisweilen verfeinert, indem der Durchschnittspreis nach jedem Zugang neu ermittelt wird, während alle Abgänge zu dem zuletzt ermittelten Durchschnittspreis verrechnet werden³⁾.

b) Die Herstellungskosten

Bei eigener Produktion des zu bewertenden Gegenstandes treten an die Stelle der Anschaffungskosten die Herstellungskosten. Auch sie sind wie die Anschaffungskosten nicht

¹⁾ Godin, R., - Wilhelmi, H., "Aktiengesetz", ... , § 133, Anm. 2a, Adler-Düring-Schmaltz-Düring-Schmaltz, "Rechnungslegung und Prüfung der AG", ... , § 133 Tz. 36; Teichmann-Koehler, "Aktiengesetz", Berlin 1939, § 133, Anm. 2a.

²⁾ Entsprechendes gilt für die Ermittlung von Herstellungskosten beim Vorratsvermögen.

³⁾ Die sog. "Fifo", die "Lifo"- und die "Hifo"-Methoden haben in der Praxis nur sehr geringe Bedeutung; sie können deshalb übergangen werden.

ausdrücklich definiert; ihren Umfang bestimmen ebenfalls die Grundsätze ordnungsmässiger Buchführung¹⁾.

Es rechnen hierzu die Kosten des Materials, die direkten und indirekten Fabrikationskosten und angemessene Teile der Verwaltungskosten. Ausgenommen von der Verrechnung sind die Vertriebskosten, so dass sich die Herstellungskosten mit dem Begriff der Selbstkosten nur mit dem Unterschied nicht decken, dass die Selbstkosten auch anteilige Vertriebskosten berücksichtigen.

Im Gegensatz zu den Anschaffungskosten, bei denen die Ermittlung der zu berücksichtigenden Nebenkosten in der Regel keine Schwierigkeiten bereitet, weil nur in ihrer Höhe feststehende Beträge in Betracht kommen, ist bei den Herstellungskosten die Höhe der indirekten Fabrikationskosten und der anteiligen Verwaltungskosten aus dem vorhandenen Zahlenmaterial nicht ohne weiteres zu entnehmen. Da sämtliche Kosten, die einem Produkt nicht direkt zugerechnet werden können, also nicht nur die Fabrikationsgemeinkosten, sondern auch die Verwaltungs- und Vertriebskosten durch die sogenannten Gemeinkostenzuschläge verrechnet werden, müssen die Fabrikationsgemeinkosten und die anteiligen Verwaltungskosten, die von den Gemeinkosten für die Herstellungskosten allein in Betracht kommen, erst herausgeschält werden²⁾.

1) Für deutsche Aktiengesellschaften hat der Gesetzgeber im § 133 Ziff.1, Satz 3 AktG ohne Definition der Herstellungskosten lediglich bestimmt: "Bei der Berechnung der Herstellungskosten dürfen in angemessenem Umfange Abnutzungen und sonstige Wertminderungen sowie angemessene Teile der Betriebs- und Verwaltungskosten eingerechnet werden, die auf den Zeitraum der Herstellung entfallen; Vertriebskosten gelten nicht als Betriebs- und Verwaltungskosten".

2) Da der auf die Herstellung entfallende Teil der Verwaltungskosten nicht genau zu bestimmen ist, werden in Frankreich vielfach unter Berufung auf das Vorsichtsprinzip die gesamten Verwaltungskosten nicht berücksichtigt (Klinkel, H., "Die Bewertung in der französischen Jahresbilanz", ... , S.35).

c) Der gemeine Wert

"Bewerten mit dem gemeinen Wert bedeutet Bewertung nach dem, was ein Gegenstand augenblicklich wert ist, ohne Rücksicht darauf, was er gekostet hat."¹⁾ Theorie und Praxis kennen den gemeinen Wert in zwei Formen: als Wiederbeschaffungs- oder Reproduktionswert und als Verkaufswert.

Die Bewertung zu den Wiederbeschaffungs- oder den Wiederherstellungskosten erfolgt unter Berücksichtigung der Gegebenheiten des Beschaffungsmarktes; dieser Wertansatz kommt also im Prinzip in erster Linie für Güter in Betracht, die - wie Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe - bei laufender Produktion ständig neu beschafft werden müssen. Es handelt sich um die Ermittlung von Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, wie sie entstehen würden, wenn man die Preise und Kosten des Bilanzstichtages zugrunde legen würde.

Der Verkaufswert dient zur Bewertung von Gütern, für die der Beschaffungswert prinzipiell unbedeutend ist, weil sie - wie Halb- und Fertigfabrikate - dazu bestimmt sind, verkauft zu werden. "Der gemeine Wert einer Sache" - so sagt das Reichsgericht in einem Urteil²⁾ - "entspricht regelmässig dem Kaufpreis, welcher dafür im gewöhnlichen Geschäftsverkehr nach ihrer objektiven Beschaffenheit ohne Rücksicht auf ungewöhnliche Verhältnisse, also eben von jedermann zu erzielen ist".

Abzusetzen vom vermeintlichen Verkaufspreis sind die Vertriebskosten und - namentlich bei Halbfertigfabrikaten - die Kosten der Fertigstellung.

¹⁾ Bühler, O., - Scherpf, P., "Bilanz und Steuer", ... , S.275/276

²⁾ Reichsgericht in "Gruchot's Beiträge zur Erläuterung des Deutschen Rechts", Bd.24, S.409.

d) Der Börsen- und Marktpreis

Werden die zu bewertenden Waren oder Wertpapiere an einer Börse gehandelt oder auf einem Handelsplatz regelmässig umgesetzt, so erfolgt die Bewertung zum Börsen- oder zum Marktpreis, einer Sonderform des Wiederbeschaffungswertes¹⁾.

Der Börsenpreis ist der an einer Börse²⁾ festgestellte Preis einer Ware oder eines Wertpapiers, ohne dass der Preis amtlich festgestellt sein muss.

Der Marktpreis ist - so hat das Reichsoberhandelsgericht entschieden³⁾ - derjenige Durchschnittspreis, welcher sich beim Vergleich einer erheblichen Zahl von am Markt zur massgebenden Zeit geschlossenen Geschäften für eine Ware der betreffenden Art und Güte ergibt.

4.) Die Bewertungsprinzipien in der Handelsbilanz

Die Bilanzierungspraxis hat eine Reihe von allgemeinen Prinzipien entwickelt, die bei der Erstellung einer Bilanz ständig berücksichtigt werden.

¹⁾ Adler-Düring-Schmaltz, "Rechnungslegung und Prüfung der AG", ... , § 133, Tz.94.

²⁾ Schlegelberger, F. - Quassowski, .. , ("Kommentar zum Aktiengesetz", ... , § 133, Anm.27) sprechen im Gegensatz zu Adler-Düring-Schmaltz, ("Rechnungslegung und Prüfung der AG", ... , § 133, Tz.95) nur von deutschen Börsen.

³⁾ ROHG Bd.2, S.196.

a) Das Vorsichtsprinzip

Das Vorsichtsprinzip verlangt vom bilanzierenden Kaufmann, dass er bei allen, den Aussagewert seiner Bilanz bestimmenden Buchungs- und Bilanzierungsmassnahmen in einer Weise vorsichtig verfährt, dass Vermögen und Gewinn nicht in einem zu günstigen Licht erscheinen.

Das Prinzip der Vorsicht drückt sich in Unterprinzipien aus, hat aber daneben durchaus selbständige Bedeutung. So ist es zum Beispiel nicht nur dann anzuwenden, wenn für die Bewertung eines Vermögensgegenstandes mehrere unterschiedlich hohe Werte in Frage kommen. Es ist bereits zu beachten, wenn die Höhe eines Wertansatzes selbst ermittelt werden soll¹⁾.

Das Vorsichtsprinzip hat aber auch noch in einem anderen Sinn allgemeine Bedeutung. Es wird unabhängig von der Frage angewendet, welchem Zweck im Einzelfall die Bilanz dienen soll. Es gilt daher sowohl für den reinen Vermögensstatus, wie auch für die nach dynamischen Grundsätzen aufgestellte Gewinnermittlungsbilanz²⁾.

b) Das imparitätische Realisationsprinzip

Das bereits an anderer Stelle dargestellte imparitätische Realisationsprinzip, demzufolge nicht realisierte Gewinne nicht ausgewiesen werden dürfen, nicht realisierte Verluste jedoch ausgewiesen werden müssen, ist Ausfluss des Vorsichtsprinzips.

¹⁾ Adler-Düring-Schmaltz, "Rechnungslegung und Prüfung der AG", ... , § 133, Tz.89.

²⁾ Schmalenbach ("Die dynamische Bilanz", 12.Aufl., Köln und Opladen 1956, S.84/85) lässt den Grundsatz der Vorsicht gelten, warnt jedoch vor seiner missbräuchlichen Anwendung.

Wie bei seiner Darstellung ausgeführt, hat das imparitätische Realisationsprinzip sowohl für die Frage des Bilanzierungsumfanges wie auch für das Bewertungsproblem Bedeutung. Immer dann nämlich, wenn der Wert, mit dem ein Vermögensgegenstand oder ein Passivum in die nächste Bilanz eingesetzt werden sollte, sich bis zu deren Stichtag ändert, tritt - etwa durch Geldwertverbesserung oder -verschlechterung - bei steigendem Wert ein Gewinn, bzw. bei einem Sinken des Wertes ein Verlust ein. Gewinn bzw. Verlust sind aber erst realisiert, wenn der Vermögensgegenstand zu dem geänderten Wert veräußert worden oder das Passivum abgegolten ist.

Indem das imparitätische Realisationsprinzip den Ausweis dieses Gewinnes verbietet und den Ausweis des Verlustes verlangt, erfüllt es das Prinzip der Vorsicht. Der nicht realisierte Gewinn führt zu keinem Ausweis einer Eigenkapitalmehrung, kann also nicht ausgeschüttet werden, während der nicht realisierte Verlust den Gewinn mindert, so dass die eventuelle zukünftige Realisation des Verlustes bereits berücksichtigt ist.

c) Das Niederst-Höchstwertprinzip

Das Niederstwertprinzip besagt, dass von zwei verschiedenen hohen, möglichen Werten der niedrigere Wert zu wählen ist. Es gilt nur für die Wahl eines Wertansatzes auf der Aktivseite der Bilanz. Für die Passivseite ist das Niederstwertprinzip entsprechend zum Höchstwertprinzip umgewandelt.

Danach ist bei zwei verschiedenen hohen, möglichen Wertansätzen eines Passivums der höhere zu nehmen¹⁾.

Es wird in der Literatur das sogenannte strenge vom gemilderten Niederstwertprinzip unterschieden, wobei letzteres den Ansatz des niederen Wertes freistellt, ersteres ihn zwingend verlangt²⁾.

Das Niederstwertprinzip bestimmt, welcher Wert höchstens anzusetzen ist, sagt aber nichts darüber, ob es dem Kaufmann nicht vielleicht freisteht, einen noch niedrigeren als den vom Niederstwertprinzip vorgeschriebenen Wertansatz

1) Niederst- und Höchstwertprinzip werden allgemein als Maxime für die Wahl eines von zwei Werten dargestellt. Es wird jedoch auch die Ansicht vertreten, das Niederstwertprinzip bestimme die Wahl zwischen mehreren Werten. (Adler-Düring-Schmaltz, "Rechnungslegung und Prüfung der AG", ... , § 133, Tz.166; ferner Wirtschaftsprüfer-Handbuch 1963, S.387; Schlegelberger, F. - Quassowski, .. , "Kommentar zum Aktiengesetz", ... , § 133, Anm.25). Dem wird von Koch, H., "Die Problematik des Niederstwertprinzips", in: "Die Wirtschaftsprüfung", 1957, S.1 ff (2)) entgegengehalten, dass es darum gehe, dem Anschaffungswert einen Alternativwert entgegenzusetzen. Das könne jedoch nur ein Wert sein, nicht von mehreren der gerade niedrigere. Die wörtliche Auslegung des § 133, Nr. 3 AktG zeigt, dass nach dem Willen wenigstens des deutschen Gesetzgebers bei praktischer Anwendung des Niederstwertprinzips dem Anschaffungswert nur ein Wert gegenübersteht. Es ist dies entweder der Börsen- oder Marktpreis oder, wenn es diesen nicht gibt, der Wert, der den Gegenständen am Bilanzstichtag beizulegen ist. Dass dieser Wert in verschiedenen Erscheinungsformen Verwendung findet, begründet nicht das Niederstwertprinzip mit drei oder mehr Werten. Die im konkreten Fall massgebende Ausgestaltung dieses Wertes ergibt sich nicht danach, welcher Wert der niedrigere ist, sondern welcher Wert für den zu bewertenden Gegenstand der richtige ist.

2) Bühler, O. - Scherpf, P., "Bilanz und Steuer", ... , S.129; Aufermann, E., "Zur Geschichte und Bedeutung des Niederstwertprinzips", in: "Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis" 1951, S.109 ff.

zu wählen. Das Niederstwertprinzip ist damit eine Maxime für die Wahl des zulässigen Höchstwertes¹⁾, ohne dass sich aus ihm eine Begrenzung nach unten ergibt. Soweit nun Bilanzierungsgewohnheiten oder gesetzliche Bestimmungen ein Unterschreiten des vom Niederstwertprinzip bestimmten Wertes nicht untersagen, verliert damit aber das gemilderte Niederstwertprinzip jegliche Bedeutung. Der Kaufmann hat nämlich dann das Recht, über dem vom Niederstwertprinzip bestimmten Wert zu bleiben, da es sich um das gemilderte Niederstwertprinzip handelt; er kann aber auch diesen Wert unterschreiten, da es ihm weder das Prinzip selbst, noch das Gesetz, noch die Bilanzierungsgewohnheiten verbieten. Damit aber ist unterhalb des höchstzulässigen Wertes jeder Wertansatz erlaubt, ohne dass das Niederstwertprinzip in irgendeiner Weise die Wahl des Wertes beeinflussen kann. Soweit der Kaufmann den vom Niederstwertprinzip bestimmten Wertansatz unterschreiten darf, hat also das Niederstwertprinzip in seiner gemilderten Form keine Bedeutung.

Niederstwert- und Höchstwertprinzip sind wie das imparitäische Realisationsprinzip eine besondere Art der Ausgestaltung des Vorsichtsprinzips. Durch die Wahl des niedrigeren Wertes wird der Ausweis eines nicht realisierten Verlustes erreicht. Dadurch, dass bei einem Aktivum der niedrigere und bei einem Passivum der höhere von zwei möglichen Werten genommen wird, werden das Vermögen, seine Belastung und der verteilungsfähige Gewinn ungünstiger dargestellt als bei Nichtanwendung des Niederst- bzw. Höchstwertprinzips²⁾.

1) Trumpler, H., "Die Bilanz der Aktiengesellschaft", ... , S.100.

2) Kosiol, E., ("Bilanzreform und Einheitsbilanz", 2.Aufl., Berlin und Stuttgart 1949, S.101) fasst das Niederst- und das Höchstwertprinzip wegen dieser ihnen beiden gleichen Auswirkung auf das Vermögen zusammen, indem er das Niederstwertprinzip definiert: "Gegenstände des Umlaufvermögens und des Fremdkapitals sind derart zu bilanzieren, dass der einzelne Wertansatz zu einer niedrigeren Bewertung des Saldos beider Bilanzarten führt".

Das Niederstwertprinzip erfüllt damit zum Teil die Ziele des imparitätischen Realisationsprinzips.

Dadurch, dass der höhere der in Frage kommenden Werte, nämlich der Anschaffungs- oder Herstellungswert nicht überschritten werden darf, - das bestimmt allerdings nicht das Niederstwertprinzip, sondern das sogenannte Anschaffungswertprinzip - wird das andere Ziel des imparitätischen Realisationsprinzips, der Nachweis nicht realisierter Gewinne erreicht¹⁾.

Man wird das Verhältnis dieser Prinzipien zueinander so zu verstehen haben, dass im Rahmen der Bewertung das Niederstwert- und das Anschaffungswertprinzip für die Verwirklichung des imparitätischen Realisationsprinzips sorgen²⁾. Das imparitätische Realisationsprinzip hat dort seine selbständige Bedeutung mit der Notwendigkeit seiner direkten Anwendung, wo das Niederstwertprinzip und das Anschaffungswertprinzip nicht gelten; nämlich im Rahmen der Bestimmung des Bilanzumfangs.

1) Werterhöhungen eines unter dem Anschaffungswert angesetzten Gegenstandes bis zum Anschaffungswert sind kein Gewinnausweis, sondern die Berichtigung eines früher zu Unrecht berechneten Verlustes (vergl. Bühler, O. - Scherpf, P., "Bilanz und Steuer, ...", S.312).

2) Diese Frage wird nicht akut, wenn man, wie Adler-Düring-Schmaltz ("Rechnungslegung und Prüfung der AG" ... , § 133, Tz.164/65) einmal das Niederstwertprinzip so - wie auch hier geschehen - definiert, zum anderen es mit dem imparitätischen Realisationsprinzip gleichsetzt.

d) Das Prinzip der Einzelbewertung

Ein weiterer Grundsatz, der bei der Bewertung in der Bilanz berücksichtigt werden muss, ist das Prinzip der Einzelbewertung. Es besagt, dass jeder einheitliche Vermögensgegenstand für sich zu bewerten ist, eine Bewertung von ganzen Vermögensgruppen und Unternehmensteilen also unzulässig ist¹⁾.

Der Grundsatz der Einzelbewertung wäre an sich eine Selbstverständlichkeit, wenn alle Vermögensgegenstände in der Bilanz gesondert ausgewiesen werden würden. Da jedoch mehrere Vermögensgegenstände in einzelnen Bilanzpositionen zusammengefasst werden, besteht bei einer summarischen Bewertung eines solchen Bilanzpostens die Gefahr, dass das Vorsichtsprinzip und die aus ihm abgeleiteten anderen Prinzipien nicht voll zur Geltung kommen und insbesondere innerhalb des Postens Wertschwankungen einander aufheben. Das Prinzip der Einzelbewertung beugt dem vor, indem es dafür sorgt, dass die Bewertungsprinzipien

¹⁾ Loitlsberger, E., ("Gläubigerschutz und Erfolgsbewertung" in: "Der österr. Betriebswirt", 1955, S.76) versteht unter dem Prinzip der Einzelbewertung nicht das Gebot der Bewertung von einzelnen Vermögensgütern im Gegensatz zu ganzen Vermögensgruppen. Er sieht das Prinzip der Einzelbewertung nicht im Gegensatz zur Gruppenbewertung, sondern zum Grundsatz der Gesamtbewertung, wie es im schweizerischen Bilanzrecht zum Ausdruck kommt. (Egger, J.G., "Die Bilanz", ... , S.25, Art.960 schweiz.OR). Dann ist das Prinzip der Einzelbewertung erfüllt, wenn die Vermögensgegenstände nicht wie bei der Gesamtbewertung mit ihrem Betriebseignungswert bewertet werden. Das Prinzip der Einzelbewertung soll also nach Loitlsberger einem der steuerlichen Teilwertbewertung ähnlichen Wertansatz entgegenwirken.

jeden einzelnen Vermögensgegenstand erfassen^{1) 2)}.

Die strenge Durchführung des Prinzips der Einzelbewertung ist vielfach aus rein rechnerischen, aber auch aus wirtschaftlichen Gründen nicht möglich. Die Inventur würde in manchen Fällen zu viel Zeit in Anspruch nehmen und auch einen zu hohen Aufwand verursachen. Aus diesem Grunde hat es sich in der Praxis durchgesetzt, in bestimmten Fällen eine Gruppenbewertung vorzunehmen oder mit Festwerten zu rechnen.

Gruppenweise zusammengefasst werden vertretbare und vermischbare Massengüter sowie Güter, die art- und wertmässig nur geringe Unterschiede aufweisen, einen spezifisch geringen Wert besitzen und nur in kleinen Mengen vorhanden sind.

Die Menge der zu Gruppen zusammengefassten Güter wird geschätzt oder als unverändert angenommen und mit Fest- bzw. Durchschnittspreisen bewertet.

- 1) Der Ansicht Loitlsberger's folgend (vergl. Anm. 1 der Vorseite), ist das Ergebnis des Prinzips der Einzelbewertung nicht die uneingeschränkte Anwendbarkeit der anderen Bewertungsprinzipien, sondern die Tatsache, dass die Handelsbilanz irgendwelche betriebsgebundenen Wertbegriffe überhaupt nicht kennt.
- 2) Hat ein Kaufmann für DM 50.000.-- A-Aktien und für DM 100.000.-- B-Aktien und steigen die A-Aktien im Wert auf DM 70.000.--, während die B-Aktien auf DM 80.000.-- fallen, dann beträgt der Gesamtwert nach wie vor DM 150.000.--. Dieser Betrag wäre anzusetzen, wenn der Grundsatz der Einzelbewertung nicht gelten würde. Bei seiner Anwendung ergibt sich jedoch, dass die A-Aktien weiterhin mit DM 50.000.-- bewertet werden müssen, da der Kursanstieg von DM 20.000.-- einen nicht realisierten Gewinn darstellt, der nach dem imparitätischen Realisationsprinzip nicht ausgewiesen werden darf. Die B-Aktien dagegen sind mit DM 80.000.-- zu bewerten, da der eingetretene, allerdings noch nicht realisierte Kursverlust berücksichtigt werden muss. Die Gesamtheit der Wertpapiere ist also nur mit DM 130.000.-- zu bewerten.

Eine besondere Form der Gruppenbewertung ist die Festwertrechnung, die bei Gegenständen des Anlagevermögens, wie z.B. bei Werkzeugen, Werkzeugmaschinen, Stanzen und Modellen und dergleichen angewendet wird. Die Mengen und die Preise der in der Festwertrechnung zusammengefassten Gegenstände werden als gleichbleibend angenommen. Ausserdem wird dabei die Annahme zugrunde gelegt, dass der Zugang an Neugeräten wertmässig dem Verschleiss entspricht. Der Zugang wird sofort als Aufwand verbucht, so dass der einmal in die Bilanz eingesetzte Wert unverändert in die nachfolgenden Bilanzen übernommen werden kann¹⁾.

Gruppenbewertung und Festwertrechnung machen die direkte Anwendung der Bewertungsprinzipien auf die einzelnen Gegenstände unmöglich. Trotzdem wirkt das über diesen Prinzipien als Obergrundsatz stehende allgemeine Prinzip der Vorsicht fort, da es auch bei der mengenmässigen und wertmässigen Schätzung im Rahmen der Gruppenbewertung zu berücksichtigen ist.

Ein der Festwertrechnung beim Anlagevermögen ähnliches Verfahren ist die "Eiserne Bestands"-Rechnung beim Vorratsvermögen. Der Teil der Vorräte, der zur Fortführung des Betriebsprozesses erforderlich ist und daher anlageähnlichen Charakter hat, wird von Jahr zu Jahr mit unveränderlichen Werten erfasst. Der dem eisernen Bestand zugrunde gelegte Wert wird sehr niedrig angesetzt, damit spätere Abschreibungen nicht erforderlich werden. Die "Eiserne-Bestands"-Rechnung erlangt dadurch Bedeutung, dass Wertschwankungen, namentlich Preissteigerungen, sich auf den Wertansatz und damit auf die Höhe des Gewinns nicht auswirken können.

¹⁾ Zur Gruppenbewertung und Festwertrechnung vergleiche im einzelnen: Hax, K., "Gruppenbewertung und Rechnen mit eisernen Beständen beim Vorratsvermögen", in: "Betriebs-Berater", 1955, S.793 ff.

Steuerlich ist die Anwendbarkeit dieser Methode jedoch stark eingeschränkt¹⁾, was zur Folge hat, dass ihre praktische Bedeutung beschränkt ist auf die reinen Handelsbilanzen, die nicht gleichfalls steuerlichen Vorschriften genügen sollen.

5.) Die Bewertung

Die in den obigen Ausführungen dargelegten Wertbegriffe und Bewertungsprinzipien ergeben in ihrem Zusammenwirken die Bewertung der einzelnen Bilanzpositionen. Zu ihrer Darstellung ist es notwendig, zwischen der Bewertung der Aktiv- und der Passivposten zu unterscheiden.

a) Die Bewertung der Aktivposten

Die Bewertung der Aktivposten richtet sich nach der bei der Bilanzierung üblichen Gliederung, die Gegenstand eines besonderen Untersuchungsabschnittes sein wird²⁾.

aa) Das Anlagevermögen

Zum Anlagevermögen gehören diejenigen Wirtschaftsgüter, die dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb der Unternehmung zu dienen. Sie werden in materielle und immaterielle Güter des Anlagevermögens eingeteilt.

1) BFH-Urteil vom 1.3.1955, BStBl. III, S.144.

2) Vergl.unten Seite 164ff

aaa) Das materielle Anlagevermögen

Für die materiellen Güter des Anlagevermögens - zu ihnen rechnen die bebauten und unbebauten Grundstücke, Maschinen und maschinelle Anlagen, Werkzeuge sowie die Betriebs- und Geschäftsausstattung - bilden die Anschaffungs- oder Herstellungskosten in Anwendung des Anschaffungsprinzips die absolute Wertobergrenze, die selbst bei einem höheren Wert nicht überschritten werden darf¹⁾ 2). Bei geringerem Wert hat der Kaufmann die Möglichkeit, den Gegenstand mit diesem geringeren Wert einzusetzen³⁾. Er kann jedoch auch weiterhin mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewerten, wenn er Abschreibungen oder Wertberichtigungen vornimmt, die den Anteil an dem Wertverlust berücksichtigen, der sich bei der Verteilung auf die voraussichtliche Gesamtdauer der Verwendung oder Nutzen für das einzelne Geschäftsjahr ergibt.

- 1) In Frankreich dürfen bestimmte Anlagen über den Anschaffungswert aufgewertet und damit deren Werte der fortschreitenden Inflation angepasst werden. Mittleren und grösseren Betrieben ist die Aufwertung im Hinblick auf den gemeinsamen Markt zur Pflicht gemacht. Sie musste bis Ende 1962 vollzogen sein. Der dadurch entstehende Scheingewinn war steuerlich begünstigt. (Bruck, Fr., "Das Gliederungsschema der französischen Bilanzen" in: "Blick durch die Wirtschaft", herausgegeben von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, 1961, Nr.124, S.2).
- 2) Auch in den Vereinigten Staaten erfolgt die Bewertung höchstens zu den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten. (Maus, G., "Die Rechnungslegung der amerikanischen Aktiengesellschaften", Köln 1959, S.76) Soweit die um die Abschreibungen verminderten Anschaffungskosten nicht überschritten werden, erfolgt die Bewertung u.U. aber auch zu den Wiederbeschaffungskosten (Maus, G., aaO., S.76 und Trumpler, H., "Die AG und das Gesellschafts-Bilanz- und Steuerrecht der Vereinigten Staaten von Amerika", ... , S.149/150.).
- 3) § 133, Nr.1 des deutschen Aktiengesetzes, in dem die Grundsätze ordnungsmässiger Bilanzierung ihren gesetzlichen Ausdruck gefunden haben, sagt das nicht ausdrücklich. Trotzdem wird die Bewertung zum niederen Wert auch bei Aktiengesellschaften für zulässig erachtet. (Adler-Düring-Schmaltz, "Rechnungslegung", ... , § 133, Tz.119).

bbb) Das immaterielle Anlagevermögen

Anders bewertet werden die immateriellen Güter des Anlagevermögens, wie Konzessionen, Patente, Lizenzen, Marken und ähnliche Rechte sowie Beteiligungen und sonstige Wertpapiere des Anlagevermögens.

Für die immateriellen Güter des Anlagevermögens gelten die Anschaffungskosten bzw. die Herstellungskosten¹⁾ als absolute Wertobergrenze. Sie werden grundsätzlich selbst dann angesetzt, wenn der tatsächliche Wert geringer ist. Nur wenn nach den Gepflogenheiten eines ordentlichen Kaufmanns²⁾ Abschreibungen notwendig sind, wird von den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abgewichen.

ccc) Die Abschreibungen auf das Anlagevermögen

Jede Wertherabsetzung beim Anlagevermögen wird in der Bilanz mit Hilfe von Abschreibungen vorgenommen.

Ursache für einen durch Abschreibung zu berücksichtigenden Wertverlust ist beim materiellen Anlagevermögen in erster Linie die technische Abnutzung während der Beanspruchung im Betrieb. Daneben entstehen unter Umständen Wertverluste durch wirtschaftliche Entwertung, hervorgerufen durch technische Neuerungen und durch Veränderung der Marktlage.

¹⁾ Für deutsche Aktiengesellschaften erwähnt § 133, Ziff.2 AktG zwar nur die Anschaffungskosten. In der Praxis werden jedoch auch von Aktiengesellschaften selbsterstellte Patente mit den Herstellungskosten aktiviert (Schlegelberger, F. - Quassowski, .., "Kommentar zum Aktiengesetz, 3.Aufl., Berlin 1939, § 133 AktG Nr.19; Teichmann, .., - Köhler, .., "Aktiengesetz", 2.Aufl., Berlin 1939, § 133, Nr.2b; § 133, Nr.3a u.a.m.).

²⁾ Das Gesetz spricht im § 133, Nr.2, Abs.2 AktG von den "Grundsätzen ordnungsmässiger Buchführung", die durch die Bilanzierungsgewohnheiten ordentlicher Kaufleute bestimmt werden.

Da immaterielle Güter nicht verschleissen können, kommen bei ihnen Abschreibungen wegen technischer Abnutzung nicht in Betracht. Immaterielle Güter sind jedoch zum Teil, wie zum Beispiel Patente und unter Umständen Konzessionen, zeitlich befristet. Soweit das der Fall ist, ist dem technischen Verschleiss bei materiellen Gütern der Zeitablauf bei immateriellen Gütern gleichzusetzen. Unabhängig davon, ob die wirtschaftliche Nutzungsdauer zeitlich begrenzt ist oder nicht, werden ausserdem dann Abschreibungen vorgenommen, wenn gegenüber dem Anschaffungswert durch nachträgliche Ereignisse ein nicht nur vorübergehender Wertverlust eingetreten ist¹⁾.

Zu unterscheiden ist generell zwischen Abschreibungen, die zur Fortführung der Anschaffungs- oder Herstellungskosten dienen, und solche, die losgelöst vom fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungswert, einen niederen Wert anstreben.

Wertminderungen, die auf grundsätzlich vorhersehbare Verschleiss- und Fristablaufvorgänge sowie auf überblickbare technisch-wirtschaftliche Veralterungserscheinungen zurückzuführen sind, werden in Form von regelmässigen Abschreibungen berücksichtigt. Sie ergeben den fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungswert.

Im Gegensatz dazu stehen die Sonderabschreibungen; sie dienen zur Wertangleichung an sinkende Aussenwerte und zur Berücksichtigung grundsätzlich nicht vorhersehbarer Wertvernichtungen²⁾. Sonderabschreibungen führen zum Ansatz eines unter dem fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungswert liegenden Wertes.

¹⁾ Godin, R., - Wilhelmi, H., "Aktiengesetz", 2.Aufl., Berlin 1950, § 133, Anm.9; u.a.

²⁾ Kosiol, E., "Anlagenrechnung", 2.Aufl., Wiesbaden 1955, S.41

Die Wahl der Abschreibungsmethode steht dem Kaufmann frei. Meistens richtet er sich dabei nach der voraussichtlichen Nutzungsabgabe des betreffenden Vermögensteils. Der Kaufmann kann zwischen der linearen mit jeweils gleichen, der degressiven mit ständig sinkenden und der seltener vorkommenden progressiven Abschreibungsmethode mit ständig steigenden Abschreibungsbeträgen wählen.

Die Anzahl der Jahre, auf welche die Ausgabe für das betreffende Anlagegut verteilt werden soll, wird nach Erfahrungssätzen festgelegt. Es ist dabei üblich, unter Anwendung des auch hier geltenden Vorsichtsprinzips die vermutete Lebensdauer eher zu niedrig als zu hoch zu beurteilen¹⁾.

Die Bilanzierungspraxis lässt es zu, im Übermass Abschreibungen vorzunehmen und dadurch stille Reserven zu bilden. Es kann dies durch Überhöhung der regelmässigen Abschreibungen, aber auch durch zu hohe oder überhaupt nicht notwendige Sonderabschreibungen geschehen. Auf diese Weise kann ein Kaufmann Anlagegüter, obwohl sie noch einen erheblichen Wert besitzen, in der Handelsbilanz mit dem Schrottwert ansetzen und darüber hinaus bis auf den blossen Erinnerungswert abschreiben, ohne damit gegen zwingendes Handelsrecht zu verstossen²⁾. Es ist in der Praxis allerdings nicht üblich, die Abschreibungen in einem Ausmass zu überhöhen, dass die Bewertung geradezu willkürlich erscheint.

- 1) Patente, Lizenzen, Marken und ähnliche Rechte werden z.B. nicht während ihrer gesamten Laufzeit abgeschrieben. Für ein solches Recht wird in der Annahme verstärkter wirtschaftlicher Abnutzung eine fünfjährige Abschreibungsdauer festgelegt, obwohl die Schutzdauer z.B. bei Patenten 18 Jahre beträgt.
- 2) Scherpf, P., "Handelsbilanz-Steuerbilanz", Berlin 1941, S.76.

Der Bildung stiller Reserven ist auch dadurch eine Grenze gesetzt, dass der bereits dargestellte Einfluss des Steuerrechts dem entgegenwirkt. In der Steuerbilanz sind mit Ausnahme von einigen, aus steuerpolitischen Gründen zulässigen Sonderabschreibungen stille Reserven durch Unterbewertung nicht möglich. In der Steuerbilanz wird grundsätzlich mit den fortgeführten Anschaffungskosten und nur in Ausnahmen mit einem niedrigeren Wertansatz bewertet. Soweit ein Kaufmann also aus Gründen der Vereinfachung in seiner Handelsbilanz steuerliche Vorschriften berücksichtigt, um die Handelsbilanz auch als Steuerbilanz verwenden zu können, beschränken sich die Abschreibungen vielfach auf eine normale Aufwandverteilung.

Der Kaufmann kann einmal gebildete stille Reserven wieder auflösen. Das Prinzip materieller Bilanzkontinuität, wie es für die Steuerbilanz mit dem Inhalt gilt, dass über den letzten Buchwert mit einem neuen Bilanzansatz nicht hinausgegangen werden darf, ist auf die Handelsbilanz nicht anzuwenden¹⁾. Auch steht die Auflösung stiller Reserven nicht im Widerspruch zum Realisationsprinzip. Zwar führt die Auflösung der Reserve zu einer Erhöhung des Gewinns. Von dem Ausweis eines nicht realisierten Gewinns kann man jedoch nicht sprechen, wenn, wie hier, ein früher ausgewiesener Verlust wieder berichtigt wird.

Der Kaufmann darf daher stille Reserven wieder auflösen und bis zu den fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten hinauf einen Wert bilanzieren, der über den zu Buch

1) Nach dem Fachgutachten 2/1937 des Instituts der Wirtschaftsprüfer (vergl. Fachgutachten des Instituts der Wirtschaftsprüfer, Beiheft 1 der "Wirtschaftsprüfung" 1948, S. 78) sind Zuschreibungen zulässig. Sie sollen jedoch nur in Ausnahmefällen vorgenommen werden

stehenden niederen Wert hinausgeht¹⁾. Allerdings ist es nicht üblich, durch Zuschreibungen stille Reserven lediglich zu dem Zweck aufzulösen, den Bilanzansatz der Anlagegegenstände gestiegenen Preisen anzupassen²⁾.

Berücksichtigt der Kaufmann die Steuergesetzgebung bei der Erstellung seiner Handelsbilanz, so ist ihm eine Zuschreibung nicht möglich. In der Steuerbilanz gilt der Grundsatz der materiellen Bilanzkontinuität, der einen Wertansatz über den früheren Buchwert nicht gestattet³⁾.

bb) Das Umlaufvermögen

Zum Umlaufvermögen zählen alle Vermögensteile, die nicht dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb der Unternehmung zu dienen, deren Sinn es vielmehr ist, im Umsatzprozess der Unternehmung Verwendung zu finden⁴⁾.

Das Umlaufvermögen wird bewertet mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten. Sind diese Kosten jedoch höher als der Börsen- oder Marktpreis, so ist in Anwendung des strengen Niederstwertprinzips dieser Preis anzusetzen.

-
- 1) Nowak, P. ; "Handelsbilanz und Steuerbilanz", Zürich-Leipzig 1938, S.169; Adler-Düring-Schmaltz, "Rechnungslegung ...", ... , § 131, Tz.236.
 - 2) Adler-Düring-Schmaltz, "Rechnungslegung ...", ... , S.131, Tz.236.
 - 3) Lediglich bei nicht abnutzbaren Anlagevermögen sind Zuschreibungen möglich (Bühler, O., - Scherpf, P., "Bilanz und Steuer", ... , S.312).
 - 4) Es zählen hierzu im einzelnen Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Halb- und Fertigfabrikate sowie Waren. Weiterhin gehören hierher Hypotheken, Grund- und Rentenschulden, Forderungen jeglicher Art, Wertpapiere des Umlaufvermögens, Wechsel, Schecks, Bankguthaben und der Kassenbestand.

In Ermangelung eines solchen Börsen- oder Marktpreises ist derjenige niedere Wert massgebend, der den Gegenständen am Abschlusstichtag sonst beizulegen ist. In der Regel ist das der Wiederbeschaffungs- und Reproduktionskostenwert oder der Verkaufswert. Die Wahl des Wertes richtet sich im Prinzip danach, ob die zu bewertenden Wirtschaftsgüter am Beschaffungs- oder am Absatzmarkt orientiert sind¹⁾. Für die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für Waren kommen daher als Ersatz für einen fehlenden Börsen- oder Marktpreis grundsätzlich die Wiederbeschaffungs- und Reproduktionskosten in Frage. Handelt es sich bei den Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen um Materialien, die nur wenig bewegt werden, und bei den Waren um Gegenstände, die aus Gründen der Modeänderung nur noch schwer zu veräußern sind, so tritt an die Stelle der Wiederbeschaffungs- und Reproduktionskosten der Verkaufswert abzüglich anteiliger Vertriebskosten²⁾.

Bei Halb- und Fertigfabrikaten wird der fehlende Börsen- und Marktpreis durch den Verkaufswert ersetzt. Sinkende Reproduktionskosten sind nicht massgeblich, zumal sie auf erfolgreiche Rationalisierungsmassnahmen zurückzuführen sein können, ohne dass der Verkauf, für den die Halb- und Fertigfabrikate ja bestimmt sind, dadurch beeinflusst wird^{3) 4)}.

1) Vergl. Seite 111

2) Adler-Düring-Schmaltz, "Rechnungslegung ...", ... , § 133, Tz. 168 ff; Schlegelberger, F., - Quassowski, .. , "Kommentar zum Aktiengesetz", ... , § 133, Anm. 31.

3) Adler-Düring-Schmaltz, "Rechnungslegung ...", ... , § 133, Tz. 168 ff; Schlegelberger, F., - Quassowski, .. , "Kommentar zum Aktiengesetz", ... , § 133, Anm. 31.

4) Würde das Niederstwertprinzip die Wahl zwischen mehreren Werten bestimmen (vergl. Anm. 1 S. 115), so müsste der unter dem Verkaufswert liegende Reproduktionswert genommen werden. Die Praxis bei der Bewertung von Halb- und Fertigfabrikaten spricht also für die der Untersuchung zugrundeliegende Auffassung vom Niederstwertprinzip.

Forderungen werden ebenfalls grundsätzlich mit den Anschaffungskosten bewertet. Bei dem Verkauf von Waren ist das der vereinbarte Verkaufspreis, bei dem Erwerb einer Forderung der Wert der hingegebenen Gegenleistung, im übrigen aber der Nominalwert. Zweifelhafte Forderungen werden mit ihrem mutmasslichen Wert berücksichtigt, uneinbringliche Forderungen gänzlich abgeschrieben. Dabei ist es üblich, neben Einzelwertberichtigungen auf einzelne zweifelhafte Forderungen zusätzlich eine pauschale Sammelwertberichtigung auf den gesamten Forderungsbestand vorzunehmen.

Hypotheken, Grund- und Rentenforderungen werden mit dem Betrag ihrer tatsächlichen Valutierung angesetzt. Ist die Erfüllung zweifelhaft, so ist auch hier der Veräusserungswert massgebend¹⁾.

Auch beim Umlaufvermögen ist die Bildung stiller Reserven durch Unterbewertung und deren Auflösung durch Werterhöhung bis zum niederen Wert möglich. Dem Ausmass der stillen Reserven sind jedoch im Verhältnis zu den Möglichkeiten beim Anlagevermögen engere Grenzen gesetzt. Dadurch, dass das Umlaufvermögen häufiger umgeschlagen wird, werden die in ihm enthaltenen Reserven auch schneller als beim Anlagevermögen wieder aufgelöst²⁾. Darüberhinaus ist bei Geldkonten eine Reservebildung überhaupt nur bei ausländischer Währung möglich, indem ein zu niedriger Umrechnungskurs angesetzt wird.

Befolgt der Kaufmann bei der Erstellung seiner Handelsbilanz steuerliche Vorschriften, so ergeben sich für die Bildung und die Auflösung stiller Reserven beim Umlaufvermögen zusätzlich dieselben Schwierigkeiten wie beim Anlagevermögen.

1) Adler-Düring-Schmaltz, "Rechnungslegung ...", ... , § 133, Tz.188.

2) Frehner, E., "Die Reserven in der Unternehmung", Diss.Zürich 1946, S.72.

b) Die Bewertung der Passivposten

Verbindlichkeiten werden mit dem Betrag angesetzt, der zu ihrer Erfüllung notwendig ist. In Anwendung des Vorsichts- und des Höchstwertprinzips wird dabei eher ein zu hoher als ein zu niedriger Wert gewählt.

Das bedeutet, dass zum Beispiel Fremdwährungsschulden mit dem ungünstigeren Kurs des Bilanzstichtages oder des Tages ihrer Begründung bewertet werden¹⁾ und dass bei Rückstellungen aus Gründen der Vorsicht das abzudeckende Risiko eher zu hoch als zu niedrig angenommen wird.

Da das Höchstwertprinzip den Ansatz des höheren Wertes nicht zwingend vorschreibt, können zum Beispiel unverzinsliche oder besonders niedrig verzinsliche, langfristige Verbindlichkeiten ausser zum höheren Nennwert auch zum abgezinsten Betrag angesetzt werden²⁾.

Da Verbindlichkeiten in ihrer Höhe genau bestimmt sind, bleibt als einzige Möglichkeit, um durch Überbewertung auf der Passivseite stille Reserven zu bilden - neben zu hohen Wertberichtigungen - die Vornahme oder Beibehaltung zu hoher Rückstellungen³⁾. Eine Überbewertung des durch Rückstellungen abzudeckenden Risikos ist auch durchaus üblich. Die Praxis lehnt es jedoch ab, stille Reserven dadurch zu bilden, dass Rückstellungen ohne jede wirtschaftlich vertretbare Begründung und den wirtschaftlichen Verhältnissen nicht entsprechend passiviert werden⁴⁾.

1) Vergl. hierzu das Beispiel bei Hax, K., "Die Substanzerhaltung der Betriebe", Köln und Opladen 1957, S.77.

2) Verbindlichkeiten von Kapitalgesellschaften in Form der Anleihe werden mit dem vollen Rückzahlungsbetrag aufgenommen. Ein Aufgeld wird entweder gesondert passiviert und während der Laufzeit der Anleihe vereinnahmt, oder aber es werden die Ausgabekosten davon gedeckt. Ein Disagio wird aktiviert und durch jährliche Abschreibungen getilgt.

3) Trumpler, H., "Bilanz der AG", ... , S.158/159; ferner Nowak, P., "Handelsbilanz und Steuerbilanz", Zürich-Leipzig 1938, S.171.

4) Fachgutachten 3/1937 des Instituts der Wirtschaftsprüfer, Düsseldorf 1954.

6.) Die historische Entwicklung der
Bewertungsprinzipien

Nicht immer hat der Kaufmann sein in die Bilanz aufzunehmendes Vermögen und seine Schulden so bewertet, wie oben dargestellt.

Zurückgehend auf das 17. Jahrhundert lässt sich allerdings feststellen, dass die damaligen Bewertungsprinzipien mit den heutigen weitgehend übereinstimmen. Zwar enthielt die erste Kodifikation des Handelsrechts, der Ordonnance de commerce aus dem Jahre 1673, keine Bewertungsvorschrift. Jacques Savary hat sich jedoch in seinem Werk: "Der vollkommene Kaufmann"¹⁾, das gemeinhin als Kommentierung der Ordonnance de commerce gilt²⁾, über die Bewertung geäußert und in Übereinstimmung mit der Praxis den Anschaffungspreis als den massgeblichen Wert bezeichnet. Nach den Ausführungen Savarys zu urteilen, war es damals üblich, ein Steigen der Preise nicht zu berücksichtigen, Verluste aber, die wegen Preisrückgangs oder sonstiger Entwertung mit grosser Wahrscheinlichkeit eintraten, sofort in Rechnung zu stellen, indem unter dem Anschaffungspreis bewertet wurde³⁾. Wertberichtigungen auf zweifelhafte Forderungen waren nicht üblich, immerhin wurden die Forderungen aber nach dem Grad ihrer Einbringlichkeit in drei Gruppen eingeteilt⁴⁾.

¹⁾ Savary, J.J., "Le Parfait Negociant", Genf 1676

²⁾ Barth, K., "Die Entwicklung des deutschen Bilanzrechts, Stuttgart 1953, Bd.1, S.114; Passow, R., "Die Bilanzen der privaten und öffentlichen Unternehmungen", 3.Aufl., Leipzig-Berlin 1921, Bd.1, S.77.

³⁾ aaO., Bd.1, Kap.28.

⁴⁾ Passow, R., "Die Bilanzen der privaten und öffentlichen Unternehmungen", ... , S.78.

Die zur Zeit Savarys geltenden Bilanzierungsregeln enthielten also schon das Anschaffungswert-, das Niederstwert- und das imparitätische Realisationsprinzip, wenn auch nicht in der ausgeprägten Form wie heute.

Lange Zeit haben sich diese Bewertungsprinzipien erhalten. In Deutschland sind sie erstmalig durch das preussische allgemeine Landrecht von 1794 Gesetz geworden; jedoch galten sie nur für die Sozietäten, nicht für den Einzelkaufmann. Eine Weiterentwicklung bestand darin, dass Waren, deren Wert sich durch Lagerung minderte, und Gerätschaften, die sich abnutzten, regelmässig abzuschreiben waren¹⁾. Ausserdem waren nunmehr Forderungen ganz oder teilweise abzuschreiben, wenn zu erwarten stand, dass sie sich nicht oder nur zum Teil beitreiben liessen²⁾.

Bei der Kodifizierung des allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuches wurde mit diesen Prinzipien gebrochen. Es ist bekannt, dass die Beratungen des Gesetzesentwurfes auf der Nürnberger Konferenz mit einem Kompromiss endeten³⁾; mit dem Ergebnis, dass in Art. 31 AdHGB von 1861 von dem Wert gesprochen wurde, welcher den Vermögensstücken und Forderungen zur Zeit der Inventaraufnahme beizulegen ist⁴⁾. Hieran hat auch die Neufassung des Handelsgesetzbuches von 1897 nichts geändert⁵⁾.

1) 2. Teil, 8. Titel, § 645 und 1. Teil, 17. Titel, § 243 des preussischen ALR.

2) 2. Teil, 8. Titel, § 646 des preussischen ALR.

3) Passow, R., "Die Bilanzen der privaten und öffentlichen Unternehmungen", ... , S. 87 ff.; Barth, K., "Die Entwicklung des deutschen Bilanzrechts", ... , S. 132 ff.; Koch, H., "Die Problematik des Niederstwertprinzips", in: "Die Wirtschaftsprüfung" 1957, S. 3.

4) Zweifelhafte Forderungen waren abzuschreiben (Art. 31 II AdHGB).

5) Vergl. § 40 HGB von 1897.

Heute besteht in der Literatur Einigkeit, dass der damalige Gesetzgeber mit seiner Formulierung keinen bestimmten Wertbegriff gemeint hat, sondern lediglich bestimmen wollte, dass der Kaufmann den Wert zu nehmen habe, der zu einer fachgerechten Bilanz führt¹⁾.

Die Gerichte und die Praxis zur damaligen Zeit interpretierten jedoch den "Wert, welcher den Vermögensgegenständen beizulegen ist", als den Zeitwert, wie er in den obigen Ausführungen als Verkaufswert dargestellt ist^{2) 3)}. Damit waren sämtliche Prinzipien, die bis dahin für die Erstellung einer Bilanz Gültigkeit hatten, aufgehoben. Der Zeitwert wurde unabhängig davon angesetzt, ob er über oder unter dem Anschaffungswert lag. Das hatte für die Bilanzen der Einzelkaufleute, aber auch der Gesellschaften - denn Art. 31 AdHGB galt allgemein - zur Folge, dass bei steigenden Preisen Gewinne ausgewiesen wurden, die niemals zu realisieren waren; umso weniger, wenn sie sich beim Anlagevermögen ergaben, das zum Verkauf gar nicht bestimmt ist. Gerade bei sehr anlageintensiven Unternehmungen, wie Eisenbahnen, der Industrie und bei Bauunternehmen, musste deshalb der Zeitwert zu völlig willkürlichen Gewinnergebnissen führen.

- 1) v. Gierke, J., "Handelsrecht und Schiffahrtsrecht", ... , S.112; Schlegelberger, F., - Hildebrandt, .. , "Handelsgesetzbuch", ... , § 40, Anm.3; Ullmann, .. , in: Jur.Wochenschrift 1930, S.2635.
- 2) Entscheidung des Reichsoberhandelsgerichtes in: "ROHG", Bd.12, S.15 ff.;
Reichsgericht in "Gruchot's Beiträge zur Erläuterung des deutschen Rechts", Bd.24, S.409;
Simon, H., ("Die Bilanzen der Aktiengesellschaften und der Kommanditgesellschaften auf Aktien", 3.Aufl., Berlin 1899, S.290) schildert so die allgemeine Ansicht, von der er sich in seiner 3.Auflage jedoch distanziert (S.291).
- 3) Barth, K., ("Die Entwicklung des deutschen Bilanzrechts", ... , S.115) gibt mehrere Gründe für die Abkehr vom Anschaffungswertprinzip an. Nach seiner Ansicht herrschte im 19.Jahrhundert eine grosse Bilanzunkenntnis. Sie führte dazu, den Zeitwert als entscheidenden Wert anzusehen, weil er zum einen bei Schadenersatzansprüchen verwendet wurde und daher bekannt war und weil man andererseits glaubte, mit dem Zeitwert am besten den Gläubigerschutz zu erreichen.

Aus diesen Kreisen der Industrie setzte daher auch die Kritik gegen den gemeinen Wert ein, die dann dazu führte, dass das Aktiengesetz von 1884 für die Aktiengesellschaften und die Kommanditgesellschaften auf Aktien die Anschaffungskosten zur absoluten Höchstgrenze für die Anlagegegenstände und das Umlaufvermögen erklärte¹⁾. Ausserdem bestimmte das Aktiengesetz von 1884 für das Umlaufvermögen das Niederstwertprinzip und ordnete die Vornahme von Abschreibungen an²⁾.

An der Geltung der alten, durch das Aktiengesetz von 1884 wenigstens für die Aktiengesellschaften und die Kommanditgesellschaft auf Aktien wieder zu Ansehen gekommenen Bewertungsprinzipien hat sich bis auf die heutige Zeit im Grunde nichts geändert, wenn auch das Aktienrecht selbst noch im Jahre 1931 und im Jahre 1937 in einzelnen Punkten geändert worden ist.

Die Bilanz des Einzelkaufmanns dagegen orientierte sich zunächst weiterhin am gemeinen Wert. Erst in neuerer Zeit hat sich die Auffassung durchgesetzt, dass die Bewertungsbestimmungen des Aktienrechts Ausdruck der Grundsätze ordnungsmässiger Bilanzierung sind und damit auch für den Einzelkaufmann gelten³⁾.

1) Zur Kritik am "gemeinen Wert" vergl. die ausführliche Darstellung bei Barth, K., "Die Entwicklung des deutschen Bilanzrechts", ... , S.147 ff.

2) § 185a AktG von 1884.

3) Barth, K., "Die Entwicklung des deutschen Bilanzrechts", ... , S.200; Leissle, Fr., "Der Einfluss der betriebswirtschaftlichen Bilanzauffassungen auf das deutsche Handelsbilanzrecht", München 1950, S.66; BStBl.1955 III, S.221; van der Velde, K., "Die Anerkennung der GoB im Steuerrecht" in: "Die Wirtschaftsprüfung 1950", S.110.

7.) Der Einfluss der Bewertung auf den Gläubigerschutz

Wie wirken sich diese im vorigen Abschnitt dargestellten Prinzipien, die in die Bilanz aufgenommenen Aktiven und Passiven zu bewerten, auf den Gläubigerschutz aus? Auf diese Frage soll im folgenden eine Antwort gesucht werden.

Hierbei ist auf die verschiedenen Auffassungen vom Gläubigerschutz gesondert einzugehen, da - wie ausgeführt - die ältere Auffassung von ganz anderen Voraussetzungen als die neuere Auffassung ausgeht, wenn der Schutz der Gläubiger gewährleistet sein soll.

a) Der Einfluss der Bewertung auf den Gläubigerschutz nach älterer Auffassung

Da die ältere Auffassung zum Schutz der Gläubiger verlangt, dass der Liquidationserlös des Vermögens dazu ausreicht, die Verbindlichkeiten einzulösen, führt die nachfolgende Betrachtung nur zu einem Ergebnis, wenn sie eine Feststellung darüber trifft, inwieweit die in der Bilanz üblichen Wertansätze dem Einzelveräußerungspreis der einzelnen Vermögensteile abzüglich aller Erlösminderungen entsprechen. Sie muss weiterhin zu ermitteln suchen, ob der Wertansatz der Passiven ausreicht, die im Erstfall zu befriedigende Gläubigersumme wiederzugeben.

Um diese Feststellungen möglichst unter den Voraussetzungen der wirtschaftlichen Wirklichkeit zu treffen, soll dabei auf die Änderungen des Geldwertes geachtet und die Untersuchung deshalb bei gleichbleibenden und bei sich ändernden (sinkenden, steigenden) Preisen angestellt werden.

aa) Bei gleichbleibenden Preisen

Gleichbleibende Preise bedeuten für die Behandlung des Problems zunächst insofern eine Vereinfachung, als Wert erhöhungen und Wertverluste, hervorgerufen durch steigende und sinkende Preise, weder den Wertansatz in der Bilanz noch den für den Gläubigerschutz bedeutsamen Einzelveräußerungspreis beeinflussen können.

Da die Auswirkungen der Bewertung auf den Gläubigerschutz sehr unterschiedlich sein können, je nachdem, ob es sich bei den Aktiven um Anlage- oder Umlaufvermögen oder ob es sich überhaupt nicht um Aktiva, sondern um Passiva handelt, empfiehlt es sich, im folgenden für die Untersuchung die gleiche Einteilung wie bei der Darstellung der Bewertungsprinzipien vorzunehmen.

aaa) Das Anlagevermögen

Die grundsätzliche Bewertung des Anlagevermögens mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten ist das Ergebnis einer rückschauenden Betrachtungsweise, die ermittelt, welche Ausgaben und Aufwendungen notwendig waren, um den betreffenden Vermögensteil zu erwerben und zur betrieblichen Nutzung herzurichten. Sie ergibt sich aus dem Gedanken, dass das Anlagevermögen dazu bestimmt ist, dauernd dem Geschäftsbetrieb der Unternehmung zu dienen, und dass es nicht dazu beitragen soll, Umsatzgewinne zu erzielen. Die für den Gläubigerschutz nach älterer Auffassung notwendige Bewertung mit dem Einzelveräußerungspreis ist dagegen der Wertansatz einer zukünftigen oder augenblicklichen Betrachtungsweise, die einschätzen soll, welcher Erlös sich aus dem betreffenden Vermögensteil erzielen lässt. Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten und Einzelveräußerungspreis sind deshalb in keiner Weise in irgendeine

gedankliche Beziehung zueinander zu bringen, aus der sich ermitteln liesse, ob die Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten dem Einzelveräusserungspreis gleich sind bzw. in welchem Ausmass sie von ihm nach oben oder nach unten abweichen. Das Grössenverhältnis von Anschaffungs- und Herstellungswert zum Einzelveräusserungspreis ist daher aus der Erfahrung der Praxis allein zu ermitteln.

Bei der nachfolgenden Untersuchung sind Anschaffungswert und Herstellungswert in ihrem Verhältnis zum Einzelveräusserungspreis grundsätzlich voneinander zu trennen. Es sind ausserdem getrennte Ausführungen zur Bewertung des materiellen und des immateriellen Anlagevermögens zu machen.

Von den Anschaffungskosten beim materiellen Anlagevermögen lässt sich sagen, dass sie im Zeitpunkt des Erwerbs eines Wirtschaftsgutes des Anlagevermögens und seiner Einrichtung für die betriebliche Nutzung normalerweise über dem Einzelveräusserungspreis liegen. Das gilt sowohl für Grundstücke wie für Gebäude und bewegliche Gegenstände des Anlagevermögens. Der Grund hierfür ist folgender:

Werden für Güter des Anlagevermögens ausser dem Kaufpreis keine weiteren Aufwendungen gemacht, so wird man für den Regelfall davon ausgehen können, dass das betreffende Gut gleich nach der Anschaffung ohne Verlust wieder veräussert werden kann. Dies ist umso eher der Fall, wenn es sich um einen marktgängigen Vermögenswert handelt, für den ein marktüblicher Preis gezahlt worden ist.

Da jedoch meistens weitere Kosten anfallen, die wie Grunderwerbsteuer und Notar- und Gerichtskosten bei Gebäuden sowie Frachten und Einrichtungskosten bei den beweglichen Gegenständen des Anlagevermögens als sogenannte Nebenkosten dem Preis bei Ermittlung des Anschaffungswertes zugeschlagen werden, ist bei einer Veräusserung in der Regel kein Preis zu erzielen, der die Anschaffungskosten deckt. Kein Käufer hat Veranlassung,

die Anschaffungsnebenkosten mitzubezahlen, wenn der Markt ihm die Möglichkeit bietet, das gleiche oder ein gleichartiges Wirtschaftsgut zum Anschaffungspreis allein zu erwerben.

Bei den beweglichen Gegenständen des materiellen Anlagevermögens besteht die Differenz zwischen Anschaffungskosten und Einzelveräußerungspreis jedoch selbst im Zeitpunkt der Anschaffung und der Bereitstellung nicht allein in den Anschaffungsnebenkosten. Erfordert die Übernahme des Anlagegegenstandes durch den Erwerber besondere Aufwendungen, die beim Erwerb eines gleichen Gegenstandes auf dem Markt nicht anfallen, so wird der erzielbare Einzelveräußerungspreis dementsprechend niedriger liegen. Sind zum Beispiel besondere Demontageausgaben erforderlich, um den veräußerten Gegenstand in den Betrieb des Erwerbers zu überführen, so wird der Erwerber diese Ausgaben, wenn er sie zu tragen hat, bei seinem Angebot berücksichtigen. Trägt der Veräußerer diese Ausgaben, so mindert sich der dann allerdings höhere Verkaufserlös noch um diese Ausgaben, was im Ergebnis auf dasselbe hinausläuft.

Es kommt weiter hinzu, dass unabhängig von all diesen erlösmindernden Faktoren in der Praxis ein Anlagegegenstand dann nicht mehr als neuwertig gilt, wenn er bereits montiert oder aber nur so wenig benutzt ist, dass von einer Nutzenminderung an sich noch nicht die Rede sein kann.

Damit ergibt sich für das Verhältnis des Anschaffungswertes eines Wirtschaftsgutes des materiellen Anlagevermögens zum Einzelveräußerungspreis, dass bereits im Zeitpunkt des Erwerbs und der betrieblichen Einrichtung der Einzelveräußerungspreis unter den Anschaffungskosten liegt.

Dasselbe lässt sich in der allgemeinen Form allerdings nicht von den Herstellungskosten eines Anlagegegenstandes sagen. Inwieweit hier Abweichungen möglich sind, ergibt sich aus dem Zusammenhang zwischen Anschaffungs- und Herstellungskosten. Bei Erwerb eines Anlagegegenstandes vom Hersteller werden durch den Kaufpreis dem Hersteller die Herstellungskosten zuzüglich Vertriebskosten, also die Selbstkosten, und ein bestimmter Gewinnzuschlag bezahlt.

Ist also die Selbsterstellung eines Gegenstandes dieselbe wie die Herstellung bei anderen Fabrikanten, so bedeutet die Aktivierung von Herstellungskosten den Ansatz eines Wertes, der unter den sonst üblichen Anschaffungskosten bei Fremdbezug liegt; wie weit darunter, hängt von der bei den betreffenden Gegenständen üblichen Gewinnspanne und von der Höhe der im Preis einkalkulierten Vertriebskosten ab.

Ob der Einzelveräußerungspreis auch die Herstellungskosten eines selbst hergestellten Gegenstandes nicht deckt, hängt also davon ab, wie sehr die Herstellungskosten von den Anschaffungskosten abweichen, die sich aus einem marktüblichen Anschaffungspreis für derartige Gegenstände herleiten.

Auch bei der Veräußerung von selbst hergestellten Anlagegegenständen wird der Erwerber bei seinem Angebot vom marktüblichen Preis des Gegenstandes, also dem normalen Anschaffungspreis ausgehen und entsprechende Abzüge für zusätzliche Kosten und besondere Minderungen machen, wie sie bezüglich des Verhältnisses von Anschaffungskosten und Einzelveräußerungspreis dargestellt wurden. Es hängt von den Umständen des Einzelfalles ab, ob diese mindernden Abweichungen vom normalen Anschaffungspreis durch den niedrigeren Ansatz der Herstellungskosten aufgefangen werden oder nicht.

Für die Untersuchung lässt sich allein sowie sagen, dass im Zeitpunkt der Inbetriebnahme einer Anlage die aktivierten Herstellungskosten vom erzielbaren Einzelveräußerungspreis eher gedeckt werden als die Anschaffungskosten eines fremdbezogenen Gegenstandes. Wird der betreffende Gegenstand allerdings kostenungünstig hergestellt, so werden die dadurch überhöhten Herstellungskosten durch den Einzelveräußerungspreis nicht gedeckt. Die Situation ist dann keine andere, wie wenn der Gegenstand zu teuer gekauft, also mit zu hohen Anschaffungskosten angesetzt wird. Auch dieser überhöhte Bilanzansatz kann bei einem Verkauf nicht gedeckt werden.

Nachdem die Unterschiede in der Werthöhe der Anschaffungs- und Herstellungskosten dargelegt sind, können alle nachfolgenden Untersuchungen für Anschaffungs- und Herstellungskosten gemeinsam angestellt werden.

Bisher sind nur Ausführungen darüber gemacht worden, in welchem Verhältnis Anschaffungs- und Herstellungskosten zum Einzelveräußerungspreis im Zeitpunkt des Erwerbs bzw. der Fertigstellung stehen. Wie ändert sich nun dieses Verhältnis, wenn das materielle Anlagevermögen in Gebrauch genommen wird und - mit Ausnahme des Grund und Bodens - sich abnutzt.

Sicher ist, dass der Einzelveräußerungspreis sinkt, wenn der Gegenstand benutzt wird und zu verschleissen beginnt. Wie sich jedoch der im Verlauf der Zeit durch die Nutzung sinkende Einzelveräußerungspreis betragsmässig zum fortgeführten Anschaffungs- bzw. Herstellungswert verhält, wird man generell nicht sagen können. Es hängt dies einmal davon ab, welche Entwicklung der Einzelveräußerungspreis auf Grund der Nutzung nehmen wird. Zum anderen ist für das Verhältnis von Bedeutung, in welchem Zeitraum und auf welche Weise die Abschreibungen vorgenommen werden.

Barth¹⁾ hat in einer graphischen Darstellung die Entwicklung des Einzelveräusserungspreises im Verhältnis zum fortgeführten Anschaffungswert wiedergegeben. Nach dieser Darstellung, in der die Abschreibungen linear vorgenommen werden, liegt der Einzelveräusserungspreis zunächst über dem fortgeführten Anschaffungswert. Nach etwa 60% der Abschreibungsdauer sind Einzelveräusserungspreis und fortgeführter Anschaffungswert gleich. Der Einzelveräusserungspreis sinkt sodann unter den fortgeführten Anschaffungswert, bis sich beide Werte bei DM 0.-- wieder angleichen.

Aus dem Zusammenhang der Abhandlung wird man wohl entnehmen müssen, dass Barth nicht die typische Entwicklung des Einzelveräusserungspreises im Verhältnis zu den Anschaffungskosten darstellen wollte. Barth wollte wohl nur zeigen, dass der Ansatz der Anschaffungskosten und deren Abschreibung im Ergebnis auf nichts anderes als den Tageswert hinauslaufen.

Es wird sich wohl auch nicht allgemein sagen lassen, wie der Einzelveräusserungspreis eines Wirtschaftsgutes durch Nutzung absinkt. Art des Wirtschaftsgutes und Marktlage haben hierauf einen zu grossen Einfluss, als dass darüber eine generelle Aussage gemacht werden könnte.

Das Verhältnis des Einzelveräusserungspreises zu den fortgeführten Anschaffungskosten ist weiterhin deshalb so unbestimmt, weil auch die Abschreibungen dieses Wertverhältnis massgeblich beeinflussen.

Abgeschrieben wird wegen technischen Verschleisses und wegen wirtschaftlicher Entwertung, hervorgerufen durch technische Neuerungen oder Änderungen der Marktlage²⁾. Dies sind dieselben Ursachen, mit denen auch ein Absinken des Einzelveräusserungspreises zu erklären ist.

¹⁾ Barth, K., "Die Jahresbilanz der Unternehmung", Stuttgart 1950, S.56.

²⁾ Kosiol, E., "Anlagenrechnung", 2.Aufl., Wiesbaden 1955, S.30 ff.

Trotzdem ist hieraus keine wertmässige Beziehung zwischen den in Betracht kommenden Werten herzustellen. Alle genannten Abschreibungsursachen schlagen sich in der vorsichtigen Schätzung der Abschreibungsdauer nieder. Je kürzer die geschätzte Nutzungsdauer ist, desto früher ist damit zu rechnen, dass der durch die Abschreibung erreichte Buchwert unter dem Einzelveräusserungspreis liegt. Die gleiche Auswirkung hat eine degressiv vorgenommene Abschreibung an Stelle einer linearen Abschreibung.

Das Verhältnis von Einzelveräusserungspreis und fortgeführten Anschaffungskosten wird ein anderes, wenn der Kaufmann ausser den normalen noch Sonderabschreibungen vornimmt, um einen niedrigeren Wert zu erreichen. Diese Abschreibungen haben zur Folge, dass eine etwa vorhandene Differenz zwischen den um die normalen Abschreibungen verminderten Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten und dem Einzelveräusserungspreis sich vermindert oder sich ins Gegenteil in der Weise verkehrt, dass der Einzelveräusserungspreis über dem Buchwert liegt¹⁾.

Sichere Angaben über das Verhältnis von fortgeführten Anschaffungs- und Herstellungskosten und Einzelveräusserungspreis lassen sich somit für die Zeit der Abschreibung einer Anlage nicht machen. Bestimmter wird das Verhältnis dieser beiden Werte zueinander jedoch, wenn die Abschreibung die fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten auf den Schrottwert oder gar den Erinnerungsposten von DM 1.-- zurückgeführt hat.

¹⁾ Die übermässige Vornahme solcher Sonderabschreibungen mit der Folge, dass die Einzelveräusserungspreise über den Buchwerten liegen, veranlasst Bühler, O., in seinem Aufsatz "Aktienreform dringlich geworden" (in: "Die Aktiengesellschaft", 1956/57, S.136) von einer einseitigen Ausrichtung auf den Gläubigerschutz zu sprechen

Der Schrottwert ist selbst ein Einzelveräusserungspreis. Haben die fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten diesen Wert erreicht, so besteht deshalb mindestens Gleichheit zwischen dem Buchwert und dem Betrag, der sich bei Veräusserung des betreffenden Gutes erzielen lässt. Wird über den Schrottwert hinaus auf den Erinnerungsposten von DM 1.-- abgeschrieben, so liegt der Einzelveräusserungswert, der ja mindestens dem Schrottwert entspricht, über den fortgeführten Anschaffungs- und Herstellungskosten. Der Buchwert gibt das Ausmass der Gläubigersicherung nicht richtig wieder, ohne jedoch damit dem Gläubiger zu schaden¹⁾, da eine Übersicherung vorliegt.

Die Fortführung der Anschaffungs- und Herstellungskosten auf den Schrottwert ist der späteste Zeitpunkt, zu dem der Buchwert den erzielbaren Erlös bei Einzelveräusserung richtig wiedergibt. Da in den letzten Jahren einer gleichmässigen Abnutzung der Wertverlust nur gering ist, ist anzunehmen, dass vielfach bereits zu einem früheren Zeitpunkt - von der zeitlichen Verlagerung durch Sonderabschreibungen ganz zu schweigen - die Gleichheit von fortgeführten Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten und Einzelveräusserungspreis erreicht ist, ohne dass es die Möglichkeit gibt, diesen Zeitpunkt näher zu bestimmen.

Zusammenfassend lässt sich also sagen: Ob die Bewertung des materiellen Anlagevermögens geeignet ist, dem Gläubigerschutz nach älterer Auffassung zu dienen, hängt davon ab, wie der Einzelveräusserungspreis des zu bewertenden Wirtschaftsgutes durch die Nutzung beeinflusst wird und in welchem Umfang Abschreibungen vorgenommen sind. Haben die Buchwerte durch die Abschreibungen einen Stand erreicht, bei dem sie unter den Einzelveräusserungspreisen liegen oder diesen gleich sind, so ist der Gläubigerschutz erreicht.

¹⁾ Vergl. oben S. 38ff

Das lässt sich bei verschleissbedingter Abschreibung mit Sicherheit nur dann sagen, wenn die fortgeführten Anschaffungs- und Herstellungskosten und der Einzelveräußerungspreis sich dem Schrottwert nähern. Der Buchwert eines Vermögensteils ist dann durch einen Verkauf wohl noch nicht zu decken, wenn mit der Abschreibung erst begonnen ist. Da aber die verschleissbedingten Abschreibungen erst gegen Ende der betrieblichen Nutzung mit Sicherheit zur Annäherung der fortgeführten Anschaffungs- und Herstellungskosten an den Einzelveräußerungspreis führen, ist vom Standpunkt eines vorsichtigen Gläubigers generell zu sagen, dass die in der Bilanz ausgewiesenen Buchwerte des materiellen Anlagevermögens im allgemeinen über dem Betrag der erzielbaren Liquidationserlöse liegen.

Anders als beim materiellen Anlagevermögen ist beim immateriellen Anlagevermögen die Frage zu beantworten, ob der durch die Bilanzierungsgewohnheiten der Praxis bestimmte Wertansatz den Gläubigerschutz nach älterer Auffassung erfüllt.

Zwar wird das immaterielle Anlagevermögen ebenfalls grundsätzlich mit den Anschaffungskosten bewertet. Das darf jedoch nicht zu der Annahme verleiten, bereits im Zeitpunkt des Erwerbs liege der Einzelveräußerungspreis wie auch beim materiellen Anlagevermögen unter diesen Anschaffungskosten.

Der Unterschied zum materiellen Anlagevermögen besteht darin, dass abgesehen von an der Börse gehandelten Wertpapieren und Beteiligungen, die immateriellen Anlagegüter, wie Patente, Lizenzen, Marken usw. keinen Markt haben. Ein Käufer eines immateriellen Vermögensgutes hat daher nicht die Möglichkeit, sich bei Abgabe seines Angebots an den Preisen eines solchen Marktes zu orientieren. Es kann also durchaus sein, dass ein Käufer einen Preis zu zahlen bereit ist, der die Anschaffungs-

nebenkosten mitdeckt. Auch entstehen bei der Übertragung der immateriellen Anlagegüter keine besonderen Unkosten, die der Käufer auf den Verkäufer mit der Begründung abwälzen kann, bei einem Erwerb von anderer Seite wären diese Unkosten nicht entstanden.

Die Bewertung der immateriellen Güter steht aber nicht nur beim Erwerb, sondern auch für die Dauer der Betriebszugehörigkeit zum Einzelveräußerungspreis in einer anderen Beziehung als die Anschaffungs- und Herstellungswerte beim materiellen Anlagevermögen. Während die Fortführung der Anschaffungs- und Herstellungskosten beim materiellen Anlagevermögen sich erst bei der Abschreibung auf den Schrott- wert dem Einzelveräußerungspreis bewusst nähert, ist die Bewertung der immateriellen Güter immer am Markt orientiert.

Das kommt einmal dadurch zum Ausdruck, dass zum Beispiel Patente usw. bereits vor Beendigung ihrer Laufzeit abgeschrieben werden, um eine Entwertung durch neue Erfindungen möglichst frühzeitig berücksichtigt zu haben. Andererseits gilt es als den Grundsätzen ordnungsmässiger Buchführung entsprechend, wenn nachhaltige Wertverluste durch Abschreibungen berücksichtigt werden.

Damit wird beim immateriellen Anlagevermögen die Differenz zwischen Buchwert und Einzelveräußerungspreis in der Regel nicht das Ausmass erreichen, wie beim materiellen Anlagevermögen; im Gegenteil: Das immaterielle Anlagevermögen wird im Verhältnis zum erzielbaren Liquidationserlös eher zu niedrig als zu hoch bewertet sein.

bbb) Das Umlaufvermögen

Obwohl das Umlaufvermögen ebenfalls grundsätzlich mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet wird, ist hier die Wahrung des Gläubigerschutzes nach älterer Auffassung doch eine andere als beim Anlagevermögen.

Kassenbestände und Guthaben bei Kreditinstituten, die zum Nominalwert in die Bilanz eingesetzt werden, können in voller Höhe ihres ausgewiesenen Wertes zur Befriedigung von Gläubigeransprüchen verwendet werden. Forderungen auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen und sonstige Forderungen werden zwar zum Nominalwert ausgewiesen, bei Zweifeln in die Bonität der Schuldner jedoch durch Bildung eines Passivpostens indirekt wertberichtigt. Die Bewertung der Forderungen erfolgt also unter Einschätzung ihrer Realisierbarkeit¹⁾, so dass bei richtiger Einschätzung des zu erwartenden Ausfalls ihr Wertansatz, saldiert mit den Wertberichtigungen, den Betrag richtig wiedergibt, der zur Befriedigung der Gläubiger zur Verfügung steht.

Bei Warenvorräten, Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen und dergl. sorgt das Niederstwertprinzip, indem es von zwei Werten den niedrigeren vorschreibt, dafür, dass durch den Markt hervorgerufene Wertabweichungen von den Anschaffungs- und Herstellungskosten nach unten berücksichtigt werden.

Allerdings ist damit noch nicht unbedingt dafür gesorgt, dass in jedem Fall der Einzelveräußerungspreis angesetzt wird, durch den allein der Gläubigerschutz nach älterer Auffassung in idealer Weise gewährleistet wäre. Nur in den Fällen, in denen der Verkaufswert, nämlich der mutmassliche Verkaufserlös abzüglich aller noch anfallenden Aufwendungen

¹⁾ Illitschko, L.L., "Bilanzgliederung und Bewertung", in: "Neue Betriebswirtschaft", 1954, S.41.

der Alternativwert ist, der im Rahmen des Niederstwertprinzips den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten gegenüberzustellen ist, entspricht bei den Waren der buchmässige Wertausweis dem voraussichtlichen Liquidationserlös.

Verlangt das Niederstwertprinzip den Ansatz der niedrigeren Wiederbeschaffungs- oder Reproduktionskosten bzw. des Börsen- und Marktpreises, der eine Sonderform des Wiederbeschaffungswertes darstellt, so hängt es von dem Verhältnis dieser Werte zum Verkaufswert ab, ob ihr Ansatz den Umfang der Gläubigersicherung richtig wiedergibt oder nicht.

Verkaufspreis und Wiederbeschaffungspreis unterscheiden sich grundsätzlich nicht voneinander. Gleichbleibende Preise vorausgesetzt, wird es für gewöhnlich möglich sein, eine zu einem bestimmten Preis erworbene Waren zu demselben Preis auch wieder abzusetzen. Der Unterschied in dem Wertansatz der Wiederbeschaffungskosten und des Verkaufswertes besteht deshalb allein in den Nebenkosten, die dem Wiederbeschaffungspreis zur Ermittlung der Wiederbeschaffungskosten zugeschlagen werden, und in den Erlösminderungen, die vom Verkaufspreis zur Errechnung des Verkaufswertes abzusetzen sind. Welches Ausmass diese Abweichungen erreichen - soweit sie überhaupt vorhanden sind - ist generell nicht zu bestimmen. Es lässt sich daher nur allgemein sagen, dass für gewöhnlich die Wiederbeschaffungskosten über dem Verkaufswert liegen werden¹⁾.

So eindeutig lässt sich allerdings das Verhältnis der Reproduktionskosten zum Verkaufswert - wie auch beim Anlagevermögen das Verhältnis der Herstellungskosten zum mutmasslichen Verkaufserlös - nicht bestimmen. Es hängt auch hier von der Gewinnspanne ab, ob die Reproduktionskosten über oder unter

¹⁾ Für diejenigen, die wie Koch, H., ("Die Problematik des Niederstwertprinzips" in: "Die Wirtschaftsprüfung" 1957, S.4) den Einzelveräusserungspreis als den allein bedeutsamen Wert für das Niederstwertprinzip ansehen, ist der Gläubigerschutz durch das Niederstwertprinzip immer gewahrt.

dem Verkaufswert liegen.

Trotz aller Ungewissheit kann jedoch gesagt werden, dass bei den Warenvorräten und ganz allgemein beim Umlaufvermögen trotz einzelner Wertansätze über dem Verkaufswert der Gläubigerschutz viel stärker beachtet wird als beim Anlagevermögen, das durch das Anschaffungswertprinzip zwar für den Nichtausweis nicht realisierter Gewinne sorgt, durch Markteinflüsse hervorgerufene Wertverluste jedoch nicht ausreichend berücksichtigt.

cco) Die Passivposten

Durch die Befolgung des Vorsichts- und des Höchstwertprinzips bei der Bewertung der Passivseite ist weitgehend dafür gesorgt, dass die ausgewiesenen Passiven mindestens den Betrag wiedergeben, mit dem sie zu ihrer Befriedigung geltend gemacht werden können.

Indem Verbindlichkeiten mindestens mit dem Nennwert, im Falle einer Fremdwährungsschuld mit dem ungünstigeren Kurs angesetzt werden, berücksichtigt die Bewertung den zu erwartenden zukünftigen Rückzahlungsbetrag¹⁾. Es kann sich im Falle einer Liquidation die Summe der zu befriedigenden Verbindlichkeiten allenfalls als geringer, niemals jedoch als höher herausstellen, als sie in der Bilanz ausgewiesen war.

Auch der Ansatz der Renten zum Barwert steht im Einklang mit dem Gläubigerschutz, obwohl zunächst das Gegenteil richtig erscheinen mag, da die Summe der einzelnen Zahlungen höher ist als der Bilanzausweis. Da die Bilanz nach der älteren Auffassung vom Gläubigerschutz zeigen soll, ob die Gläubiger zum Zeitpunkt des Bilanzstichtages vermögensmässig gesichert sind, genügt es jedoch, wenn Verbindlichkeiten mit dem Betrag

¹⁾ Illietzsko, L.L., "Bilanzgliederung und Bewertung" in: "Neue Betriebswirtschaft" 1954, S.41

ausgewiesen werden, mit dem sie im Falle einer augenblicklichen Liquidation abgefunden werden. Da Renten im Konkursfall kapitalisiert werden, entspricht daher der Barwert einer Rente den Erfordernissen des Gläubigerschutzes nach älterer Auffassung¹⁾.

Die gleiche Frage taucht bei der Abzinsung langfristiger Verbindlichkeiten auf. Soweit sie unverzinslich sind, ist es vom Standpunkt des Gläubigerschutzes nach älterer Auffassung aus zu rechtfertigen, dass ein Zwischenzins bei ihrer Passivierung abgezogen wird, zumal das auch im Konkursfalle geschieht²⁾. Unvereinbar mit dem Gläubigerschutz ist es jedoch, wenn auch niedrig verzinsliche Verbindlichkeiten weiter abgezinst werden. Das mag auf der Aktivseite für niedrig verzinsliche Forderungen zulässig sei, da den Gläubigern hieraus kein Schaden erwachsen kann. Niedrig verzinsliche Verbindlichkeiten dagegen sind als vollwertige Gläubigeransprüche zu behandeln. Andernfalls müsste die Verbindlichkeit im Konkursfall, wo eine Abzinsung nicht vorgenommen wird³⁾, zum Nachteil der anderen Gläubiger richtiggestellt werden.

Ob die Bewertung der Rückstellungen immer den Anforderungen des Gläubigerschutzes nach älterer Auffassung entspricht, lässt sich nicht mit Bestimmtheit sagen. Da Rückstellungen jedoch im Gegensatz zu den nominell festliegenden Verbindlichkeiten geschätzt werden müssen, besteht die Gefahr, dass infolge falscher Einschätzung des abzudeckenden Risikos im Ernstfall mehr Verbindlichkeiten zu befriedigen sind, als nach dem Bilanzausweis zu erwarten waren. Allein das hierbei beachtete Vorsichtsprinzip und die Tatsache, dass ein Teil der Rückstellungen sich nicht zu einer echten Fremdver-

¹⁾ Lent, F. in: Jaeger, E., "Konkursordnung", 8. Aufl., Berlin 1958, § 69 Anm.3.

²⁾ § 65 KO

³⁾ Lent, F. in: Jaeger, E., "Konkursordnung", ... , § 65 Anm.5.

bindlichkeit entwickelt, lässt vermuten, dass das Ausmass der Bildung von Rückstellungen ausreicht, den Anforderungen des Gläubigerschutzes zu genügen.

Damit kann zusammenfassend gesagt werden, dass mit Ausnahme der Abzinsung niedrig verzinslicher Verbindlichkeiten die Bewertung auf der Passivseite der Handelsbilanz dem Gläubigerschutz nach älterer Auffassung entspricht.

ddd) Der Gewinnausweis

Wie an anderer Stelle ausgeführt¹⁾, ist auch für den Gläubigerschutz nach älterer Auffassung die Höhe des Gewinnausweises von Bedeutung, da der Ausweis des Gewinns mit dem Recht der Kapitalentnahme verbunden ist. Es ist daher zu ermitteln, welcher Gewinn sich bei der Bilanzierungsübung des Kaufmanns unter der Voraussetzung gleichbleibender Preise ergibt.

Gewinn ist die Differenz zwischen Ertrag und Aufwand. Die Bilanz weist daher dann keinen zu hohen Gewinn aus, wenn bei der Gewinnermittlung die in den Aufwand eingehenden Wirtschaftsgüter mit dem Betrag verrechnet werden, mit dem sie erworben wurden. Das ist der Fall; denn die Anlagegüter werden mit Hilfe der Abschreibungen in Teilen der Anschaffungskosten verrechnet, die Umlaufgüter gehen mit den Anschaffungskosten in die Aufwandberechnung ein. Das bedeutet, dass der Teil des Ertrages, der als Aufwand zurückbehalten wird, dazu ausreicht, wertmässig genau soviel wiederzubeschaffen, wie in den Aufwand eingegangen ist. Unter der Voraussetzung gleichbleibender Preise bedeutet das weiterhin, dass nicht nur wert- sondern auch substanzmässig die gleiche Menge an Gütern wiederbeschafft werden kann.

¹⁾ Vergl. Seite 43ff

bb) Bei veränderlichen Preisen

Die bisherigen Ausführungen gingen von der Voraussetzung gleichbleibender Preise aus mit der Folge, dass Wertschwankungen, hervorgerufen durch veränderliche Preise, nicht zu berücksichtigen waren. Sie ergaben, dass die Bilanzierungsgewohnheiten des Kaufmanns wohl zu einem weitgehend richtigen Ausweis der Gläubigersumme führen, soweit die Verbindlichkeiten überhaupt ausgewiesen werden; sie zeigten aber auch, dass namentlich das Anlagevermögen und in geringem Umfang das Umlaufvermögen den Umfang der Gläubigersicherung nicht richtig wiedergeben.

Wie ändern sich Vermögens-, Schulden- und Gewinnausweis bei der dargestellten Bewertungsübung des Kaufmanns, wenn die Preise schwanken?

Das Steigen und Sinken der Preis kann einmal seine Ursache in der allgemeinen Veränderung des Geldwertes haben, die dazu führt, dass sich das allgemeine Preisniveau hebt oder senkt. Es kann aber auch darauf zurückzuführen sein, dass sich innerhalb des Preisgefüges Änderungen ergeben, die dazu führen, dass einzelne Preise sich verändern, während die anderen gleichbleiben. Es soll im folgenden auf diese Unterscheidung nur soweit im Einzelfall erforderlich besonders geachtet werden, da die Bewertungsprobleme unabhängig von der Ursache grundsätzlich die gleichen sind.

aaa) Sinkende Preise

Beim materiellen Anlagevermögen führt ein Sinken der Preise nicht immer zu einer Änderung des Wertansatzes, da der Kaufmann einen niedrigeren Wert als die fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten wohl nehmen kann, aber nicht nehmen muss. Grundsätzlich wird er bei seiner einmal

begonnenen Abschreibungsmethode verbleiben; insbesondere dann, wenn bei Angleichung der Handels- an die Steuerbilanz die Berücksichtigung des gesunkenen Einzelveräußerungspreises nach steuerlichen Vorschriften erfolgen soll, was nur äusserst schwierig über eine Teilwertabschreibung möglich ist. Das bedeutet für den Einfluss der Bewertung auf den Gläubigerschutz, dass eine Differenz zwischen den fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten und dem Einzelveräußerungspreis entstehen oder eine bereits bestehende Differenz sich vergrössern kann, bzw. dass sich eine Unterbewertung des Vermögens durch die Buchwerte verringert.

Beim immateriellen Anlagevermögen ist diese Gefahr der verstärkten Abweichung des Einzelveräußerungspreises von den Buchwerten nicht in dem Umfang wie beim materiellen Anlagevermögen gegeben. Nachhaltige Wertverluste werden, auch wenn sie durch sinkende Preise hervorgerufen werden, durch Abschreibungen berücksichtigt. Sinkende Preise führen also nur unter der Voraussetzung, dass sie nicht zu einem nachhaltigen Wertverlust führen, zu einer Vergrösserung der Ungenauigkeit in der Vermögensaufstellung.

Das Umlaufvermögen berücksichtigt das Sinken der Preise durch das Niederstwertprinzip. Schreibt es den Ansatz des niedrigeren Verkaufswertes vor, so ist der durch das Sinken der Preise hervorgerufene Wertverlust beachtet, da die Preisänderungen im Verkaufswert zum Ausdruck kommen. Aber auch in den Wiederbeschaffungs- und Reproduktionskosten schlagen sich gesunkene Preise nieder, da bei sinkenden Preisen auch die Wiederbeschaffung und die Wiederherstellung mit geringeren Ausgaben verbunden ist, so dass auch ihr Bilanzansatz den Wertverlust durch Sinken der Preise berücksichtigt.

Nur wenn einzelne Änderungen im Preisgefüge auftreten, kann es sein, dass das Sinken eines Preises nicht zum Ausdruck kommt, indem es sich gerade in dem Wert niederschlägt, der im Rahmen des Niederstwertprinzips für das betreffende Gut nicht in Frage kommt.

Auf die Positionen der Passivseite hat das Sinken der Preise fast gar keinen Einfluss. Verbindlichkeiten sind nominell gebunden. Sie müssen mit ihrem Rückzahlungsbeitrag eingelöst werden, unabhängig davon, ob das Geld einen hohen oder niedrigen Wert besitzt.

Bei Fremdwährungsschulden entspricht dem Sinken der Preise eine Verbesserung des Umrechnungskurses. Da aber solche Verbindlichkeiten mindestens mit dem Anschaffungskurs angesetzt werden, ist sichergestellt, dass die Gläubigersumme auch hier nicht zu niedrig ermittelt werden kann.

Lediglich bei Rückstellungen kann die Situation eintreten, dass durch das Sinken der Preise der endgültige Betrag der Verbindlichkeit niedriger ausfällt, als bei Bildung der Rückstellung zu erwarten war. Da hierdurch die Schuldsomme ungünstiger dargestellt ist, als der Wirklichkeit entspricht, kann den Gläubigern jedoch auch hier kein Schaden erwachsen.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Das Sinken der Preise hat auf die Richtigkeit des Ausweises der Gläubigersumme fast keinen Einfluss, führt insofern jedenfalls nicht zu einer den Gläubigern nachteiligen falschen Angabe der Verbindlichkeitssumme. Dagegen wirkt sich das Sinken der Preise mindernd auf den Wert des den Gläubigern zur Sicherheit dienenden Vermögens aus. Da aber lediglich beim Umlaufvermögen und mit Einschränkungen beim immateriellen Anlagevermögen sich ein durch sinkende Preise hervorgerufener Wertverlust im Bilanzansatz niederschlägt, führt das Sinken der Preise dazu, dass der Gläubigerschutzcharakter der Bilanz weiter als bei gleichbleibenden Preisen eingeschränkt ist.

Der Gewinn ergibt sich bei sinkenden wie auch bei gleichbleibenden Preise aus der Differenz zwischen Ertrag und Aufwand. Dabei kann der Aufwand, wie auch bei gleichbleibenden Preisen, unterteilt werden in die Abschreibungen, in den Rohstoff- und Wareneinsatz sowie in sonstige Aufwendungen.

Soweit Wertverluste am Anlagevermögen durch Abschreibungen nicht berücksichtigt werden - und das ist ja weitgehend der Fall -, führt die mit der Ermittlung verbundene Gewinnentnahme zu einem augenblicklichen Entzug an Vermögen. Dieser wirkt sich zu einem endgültigen Schaden der Gläubiger allerdings nur aus, wenn er realisiert wird. Das geschieht mit Sicherheit dann nicht, wenn die Anlagegüter vor ihrer Veräusserung ganz abgeschrieben werden, da dann das Absinken des Einzelveräusserungspreises bei der Gewinnermittlung der einzelnen Jahre - wenn auch nachträglich - voll berücksichtigt ist. Da das der Normalfall ist, kann davon ausgegangen werden, dass der beim Sinken der Preise in der Gewinnermittlung nicht berücksichtigte Vermögensverlust beim Anlagevermögen sich zum Schaden der Gläubiger nur selten, nämlich nur dann auswirkt, wenn unmittelbar nach dem Vermögensentzug die Liquidation erfolgt, oder wenn nachfolgende Verlustjahre es nicht gestatten, die Realisation des Verlustes zu berücksichtigen.

Indem Rohstoffe und Waren berechnet werden als Differenz zwischen Anfangsbestand plus Zugang abzüglich Endbestand an Vorräten, wird erreicht, dass der Aufwand hierfür um die Wertkorrekturen des Endbestandes der Vorräte grösser ist als bei gleichbleibenden Preisen. Da Wertverluste am sonstigen Umlaufvermögen auf Grund des Niederstwertprinzips durch Abschreibungen bzw. Wertberichtigungen berücksichtigt sind, ist die Aufwandsberechnung also um die Wertverluste nicht nur des Vorrats-, sondern des gesamten Umlaufvermögens erhöht.

Die Aufwandsberechnung hat zur Folge, dass der durch sie einbehaltene Teil des Ertrages den Kaufmann nicht nur in die Lage versetzt, wie auch bei gleichbleibenden Preisen wertmässig im gleichen Umfang Güter wiederzubeschaffen, wie sie zur Gewinnerzielung eingesetzt werden. Darüber hinaus ist auch der gesamte Wertverlust am Umlaufvermögen durch niedrigeren Gewinnausweis gedeckt.

Da es bei sinkenden Preisen möglich ist, für die berechneten Anschaffungskosten mehr Güter zu erwerben, als verbraucht sind, führt die Gewinnermittlung zu keinem Substanzverlust¹⁾.

bbb) Steigende Preise

Um die durch steigende Preise hervorgerufene Werterhöhung des Vermögens in der Bewertung der bereits vorhandenen Aktiven zu berücksichtigen, sind Zuschreibungen erforderlich. Da Zuschreibungen auf Grund von Preissteigerungen aber als unzulässig gelten²⁾, hat das zur Folge, dass steigende Preise sich in dem Ausweis des Vermögens nicht ausdrücken. Steigende Preise bewirken deshalb, dass die Buchwerte des Vermögens dessen Liquidationserlös eher entsprechen als bei gleichbleibenden oder gar sinkenden Preisen, wenn sie nicht sogar dazu führen, dass die Buchwerte von den Einzelveräußerungspreisen überschritten werden. Der Vermögensausweis ist dann zwar auch ungenau, aber für den Schutz der Gläubiger ohne Nachteil.

Die Positionen der Passivseite werden durch das Steigen der Preise wie auch durch ihr Sinken fast gar nicht berührt. Verbindlichkeiten sind unabhängig vom Geldwert mit dem Nennbetrag zurückzuzahlen. Soweit sich entsprechend dem Steigen der Preise bei Fremdwährungsschulden der Umrechnungskurs verschlechtert, wird der Betrag entsprechend dem Kurs am Bilanzstichtag erhöht, so dass der Gläubigeranspruch durch den richtigen Betrag wiedergegeben wird.

Lediglich die Rückstellungen können durch steigende Preise ein falsches Bild von dem Umfang der aus ihnen möglicherweise erwachsenden Verbindlichkeiten geben. Da es jedoch durchaus

1) Liebl, J., "Kapitalerhaltung und Bilanzrechnung", Wolfenbüttel 1954, S.14/15.

2) Wirtschaftsprüfer-Handbuch 1963, S.354.

üblich ist, Rückstellungen nachträglich zu erhöhen, wenn sich die Notwendigkeit hierzu herausstellt, ist die Gefahr einer Gläubigerschädigung nicht gegeben.

Die Gewinnermittlung greift bei steigenden Preisen das Vermögen wertmässig nicht an, da gewinnerhöhend wirkende Zuschreibungen aufgrund gestiegener Preise nicht gemacht werden dürfen, andererseits auch hier die Bewertung des Aufwandes zu den Anschaffungskosten erfolgt. Da jedoch wegen der gestiegenen Preise nicht die gleiche Menge an Gütern wiederbeschafft werden kann, wie sie zur Gewinnerzielung aufgebracht wurde, führt die Gewinnermittlung verbunden mit der Entnahme des Gewinns zu einem Substanzverlust¹⁾.

b) Der Einfluss der Bewertung auf den Gläubigerschutz nach neuerer Auffassung

Die bisherigen Ausführungen haben sich mit dem Einfluss der Bewertung auf den Gläubigerschutz nach älterer Auffassung auseinandergesetzt. Wie sind die in der Bilanz üblichen Wertansätze nun in ihrer Bedeutung für den Gläubigerschutz zu beurteilen, wenn man entsprechend der neueren Auffassung vom Gläubigerschutz nicht das Vermögen, sondern die nachhaltige Gewinnerzielung als den entscheidenden Gläubigerschutzfaktor ansieht ?

Wie an anderer Stelle ausgeführt²⁾, ist eine nachhaltige Gewinnerzielung nicht ohne Vorbehalt mit einer bestimmten Bilanzierungsweise in Verbindung zu bringen. Wichtig für den Erfolg der Unternehmung sind in erster Linie richtige Entscheidungen des Unternehmers. Die Bilanz vermag hierzu nur Anhaltspunkte zu vermitteln.

1) Liebl, J., "Kapitalerhaltung und Bilanzrechnung", Wolfenbüttel 1954, S.14.

2) Seite 58ff

Mit dieser Einschränkung gilt für die neuere Auffassung die periodisch genau abgegrenzte Gewinnermittlung in Verbindung mit einer nach den Grundsätzen der dynamischen Bilanzauflfassung aufgestellten Bilanz als Voraussetzung für den Schutz der Gläubiger. Es ist deshalb festzustellen, inwieweit die Bewertung in der Handelsbilanz dynamischen Grundsätzen entspricht. Auch hier empfiehlt es sich, die Untersuchung bei gleichbleibenden und veränderten (sinkenden, steigenden) Preisen vorzunehmen. Dabei wird in vielen Punkten wegen der Gleichheit der festzustellenden Auswirkungen auf die Ausführungen über die Bedeutung der Bewertung für den Gläubigerschutz nach älterer Auffassung zu verweisen sein.

aa) Bei gleichbleibenden Preisen

Ebenso wie in dem vorangegangenen Untersuchungsabschnitt werden hier die Ausführungen über die einzelnen Vermögensgruppen der Aktivseite und über die Passivseite voreinander getrennt.

aaa) Das Anlagevermögen

Im Rahmen der dynamischen Bilanzauflfassung, nach der die Bilanz in ihrer einfachsten Form - von Bargeldbeständen abgesehen - auf der Aktivseite als die Zusammenfassung noch nicht verrechneter Zahlungsreste zu erklären ist, stellt das Anlagevermögen einen Ausgabeposten dar, der noch nicht verrechnet ist.

Die grundsätzliche Bewertung von neu angeschafftem Anlagevermögen in der Handelsbilanz mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten entspricht daher der dynamischen Bilanzauflfassung. Denn das sind die tatsächlichen Ausgaben, die es in den nachfolgenden Jahren zu verrechnen gilt.

Die Verrechnung erfolgt auch in der dynamischen Bilanz mit Hilfe der Abschreibungen. Ursachen, Dauer und Methoden der Abschreibung nach dynamischer Bilanzauffassung decken sich mit der in der Handelsbilanz gebräuchlichen Verfahrensweise, so dass auch die durch die Normalabschreibungen fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten mit der dynamischen Auffassung von der Verrechnung der Ausgaben für das Anlagevermögen in Einklang steht.

Die Normalabschreibungen stellen ihrem Wesen nach gerade die Erfassung des erfolgswirksamen Wertverzehrs im Sinne der dynamischen Bilanzauffassung dar, so dass sich als Folgewirkung die Ursprungswerte in verminderte Verrechnungswerte verwandeln¹⁾.

Soweit Sonderabschreibungen in der Handelsbilanz vorgenommen werden, um den Bilanzansatz an unvorhergesehen gesunkene Aussenwerte anzupassen oder um gar stille Reserven zu bilden, widerspricht die Handelsbilanz der dynamischen Auffassung, da Sonderabschreibungen grundsätzlich die Vergleichbarkeit des Periodenerfolges stören. Werden die Normalabschreibungen dagegen aus Gründen der Vorsicht zu hoch bemessen, sind nach dynamischer Bilanzauffassung keine Einwendungen zu erheben; wenngleich nicht zu verkennen ist, dass durch das Prinzip der Vorsicht die von der dynamischen Bilanzauffassung geforderte Vergleichbarkeit eingeschränkt ist²⁾. Mit Vorsicht bemessene Abschreibungen sind geeignet, nachträgliche Sonderabschreibungen zu vermeiden und damit die Stetigkeit der Ausgabenverrechnung zu fördern³⁾.

Damit entspricht bei gleichbleibenden Preisen die Bewertung des Anlagevermögens in der Handelsbilanz weitgehend den Erfordernissen einer dynamischen Bilanzierungsweise.

1) Kosiol, E., "Anlagenrechnung", 2.Aufl., Wiesbaden 1955, S.30.

2) Heinen, E., "Handelsbilanzen", Wiesbaden 1960, S.43.

3) Schmalenbach, E. - Bauer, R., "Die dynamische Bilanz",, S.127 und S.152.

bbb) Das Umlaufvermögen

Soweit das Umlaufvermögen mit den Anschaffungskosten bewertet wird, entspricht die Handelsbilanz der dynamischen Bilanzauffassung, da die Anschaffungskosten den Ausgabenbetrag darstellen, der bei der Verwendung des Umlaufvermögens zu verrechnen ist.

Zwingt das Niederstwertprinzip dazu, einen trotz allgemein gleichgebliebener Preise eingetretenen Wertverlust zu berücksichtigen, so ist damit der periodisch genau abgegrenzte Gewinnausweis nicht gefährdet. Auch die dynamische Bilanzauffassung verlangt, dass solche Wertverluste in dem Jahr berücksichtigt werden, in dem sie entstanden¹⁾.

ccc) Die Passivposten

Die Passivseite der Bilanz entspricht bezüglich der Bewertung - und nur hierauf kommt es in diesem Untersuchungsabschnitt an - in vollem Umfang der dynamischen Bilanzauffassung.

Soweit es sich um nominell gebundene Verbindlichkeiten handelt, erfolgt für die Handelsbilanz, aber auch in der dynamischen Bilanz, der Ausweis zum Rückzahlungsbetrag. Abweichungen bestehen also nicht. Rückstellungen sind nach dynamischer Auffassung wie in der Handelsbilanz in ihrer Höhe vorsichtig zu ermitteln, so dass auch hierin kein Unterschied besteht.

1) Die Anerkennung des Niederstwertprinzips ist streng genommen ein Bruch in der Gedankenführung der dynamischen Bilanzauffassung und wohl nur als eine Konzession an die geltenden Grundsätze ordnungsmässiger Buchführung zu beurteilen. (Littmann, E., "Gewinnbegriff und Bilanzauffassung" in: "Steuer und Wirtschaft" 1948, Sp.617 ff (628)).

ddd) Der Gewinnausweis

Der Ausweis eines substanzerhaltenden Gewinns, worauf die neuere Auffassung vom Gläubigerschutz im Interesse nachhaltiger Gewinnerzielung Wert legen muss, ist bei gleichbleibenden Preisen gewährleistet. Es kann insofern auf die Ausführungen bezüglich des Einflusses der Bewertung auf den Gläubigerschutz nach älterer Auffassung verwiesen werden.

bb) Bei veränderlichen Preisen

Die Berücksichtigung veränderlicher Preise bei der Bewertung steht dem System der dynamischen Bilanzauffassung entgegen, da sie dazu führt, dass die Kontinuität der Bewertung unterbrochen und damit die Vergleichbarkeit der Gewinne gefährdet wird.

aaa) Sinkende Preise

Soweit beim Anlagevermögen überhaupt das Sinken der Preise berücksichtigt wird¹⁾, hat die dynamische Bilanzauffassung nur im Grundsätzlichen Einwendungen zu erheben. Auch sie spricht sich dafür aus, sinkende Preise zu berücksichtigen, wenn andernfalls eine unbillige Belastung späterer Jahre wegen eventuell eintretender Veräusserungsverluste zu erwarten ist²⁾. Um jedoch die Vergleichbarkeit der Periodengewinne trotzdem weitgehend zu bewahren, soll allerdings nach dynamischer Auffassung der Wertverlust auf mehrere Abschreibungszeiträume verteilt werden.

¹⁾ Vergl. hierzu die Ausführungen über den Einfluss der Bewertung auf den Gläubigerschutz nach älterer Auffassung.

²⁾ Schmalenbach, E. - Bauer, R., ("Die dynamische Bilanz", S.133), die mit dieser Begründung die Abwertung von Beteiligungen befürworten.

Nur soweit das nicht geschieht, entspricht daher die Bewertung des Anlagevermögens in der Handelsbilanz bei sinkenden Preisen nicht der dynamischen Bilanzauffassung und damit der neueren Auffassung vom Gläubigerschutz.

Die Bewertung des Umlaufvermögens steht dadurch, dass durch das Niederstwertprinzip das Sinken der Preise zwingend berücksichtigt wird, viel stärker im Widerspruch mit dem Wesen der dynamischen Bilanzauffassung als die Bewertung des Anlagevermögens. Die Erfassung noch nicht realisierter, infolge gesunkener Preise aber zu erwartender Verluste, ist geeignet, die Vergleichbarkeit der Periodengewinne zu gefährden¹⁾.

Aus diesem Grunde ist von Schmalenbach auch die eiserne Bestandsrechnung vorgeschlagen worden. Indem nämlich der Teil des Vorratsvermögens, der anlageähnlichen Charakter hat, immer mit dem gleichen, möglichst niedrigen Betrag in die Bilanz eingesetzt wird, werden wenigstens insoweit Wertschwankungen, hervorgerufen durch Berichtigung des Vorratsvermögens, aus der Gewinnermittlung herausgehalten. In den Jahren, in denen der eiserne Bestand verändert wird, ist aber auch insoweit das Prinzip richtiger Periodenabgrenzung nicht gewahrt²⁾.

Hinzukommt, dass die Bedeutung der eisernen Bestandsrechnung heute nur noch gering ist³⁾. Es kann daher gesagt werden, dass die Bewertung des Umlaufvermögens bei sinkenden Preisen nicht den Idealtvorstellungen der dynamischen Bilanzauffassung von dem Ausweis eines vergleichbaren Gewinns entspricht.

¹⁾ Littmann, E., ("Gewinnbegriff und Bilanzauffassung" in: "Steuer und Wirtschaft" 1948, S.628) bezeichnet deshalb auch die Anerkennung des Niederstwertprinzips als einen Bruch in der Gedankenführung der dynamischen Bilanzauffassung.

²⁾ Heinen, E., "Handelsbilanzen", Wiesbaden 1960, S.46.

³⁾ Seitdem nämlich die Steuer ihre Zulässigkeit eingeschränkt hat. Vergl.oben Seite 121

Hinsichtlich der Bewertung der Passiva bei sinkenden Preisen und dem Ausweis eines substanzerhaltenden Gewinnes ergeben sich für die neuere Auffassung ebensowenig Probleme wie für die ältere Auffassung vom Gläubigerschutz. Es kann insoweit auf die dazu gemachten Ausführungen verwiesen werden¹⁾.

bbb) Steigende Preise

Da Zuschreibungen wegen gestiegener Preise nicht üblich sind, ergeben sich keine Probleme für den Gläubigerschutz nach neuerer Auffassung aus dieser Situation. Die periodengerechte Verteilung des Aufwandes, bewertet zu Anschaffungskosten, ist, da Zuschreibungen nicht vorgenommen werden, gewährleistet. Die Bilanz stellt die noch nicht verrechneten Wirtschaftsvor- und Nachteile ebenso wie bei gleichgebliebenen Preisen zu Anschaffungskosten dar. Ein Widerspruch mit der dynamischen Bilanzauffassung wird daher durch das Steigen der Preise insoweit nicht hervorgerufen.

Lediglich der Gewinnausweis gefährdet die Nachhaltigkeit der Gewinnerzielung, da durch sie die Substanz der Unternehmung angegriffen wird. Insoweit kann jedoch auf die Ausführungen verwiesen werden, die zu diesem Punkt bei der Behandlung des Einflusses der Bewertung auf den Gläubigerschutz nach älterer Auffassung gemacht wurden²⁾.

Die Auswirkungen steigender Preise auf die Substanz werden bei hoher Umschlagshäufigkeit von selbst gemildert. Je schneller nämlich die zu einem bestimmten Preis eingekauften Güter zu Erlösen werden und aus diesen Erlösen ergänzt werden, desto geringer ist die für den Substanzverlust entscheidende Differenz zwischen verrechneten Anschaffungskosten und Wiederbeschaffungswert. Naturgemäss ist die Auswirkung hoher Umschlagshäufigkeit auf den Substanzerhalt beim Anlagevermögen nicht festzustellen.

¹⁾ Seite 153

²⁾ Seite 155/156

Die von Schmalenbach vorgeschlagene eiserne Bestandsrechnung verhinderte die bei steigenden Preisen eintretende Substanzverminderung dadurch, dass der Teil des Vorratsvermögens, der anlageähnlichen Charakter besitzt, immer zum gleichen Preis bewertet wird, erhöhte Wiederbeschaffungspreise also sofort in die Aufwandsrechnung eingehen.

Das Rechnen mit eisernen Beständen ist jedoch heute nicht üblich, es verhindert auch nicht den Substanzverlust am Anlagevermögen.

Zur Substanzerhaltung trägt ähnlich wie das Rechnen mit eisernen Beständen mit bei, wenn von mehreren zu verschiedenen Preisen erworbenen Gütern zur Gewinnermittlung diejenigen zuerst verrechnet werden, die zu den höchsten Preisen erworben wurden, weil dadurch die Differenz zu den Wiederbeschaffungskosten stärker verringert wird, als wenn die billiger erworbenen Waren zuerst verrechnet werden. Auf diese Weise wird dafür gesorgt, dass die im Lager verbleibenden Güter zu den niedrigen, die in den Aufwand eingehenden Güter zu den hohen Anschaffungskosten berechnet werden.

Am wirkungsvollsten sorgt der Kaufmann für Substanzerhaltung, indem er einen entsprechenden Teil des ermittelten Gewinns nicht entnimmt. Unternehmen, die ein starres Kapitalkonto haben, bilden entsprechend eine Rücklage, die in der Literatur als Substanzerhaltungsrücklage bezeichnet wird^{1) 2)}.

1) Hax, K., "Die Substanzerhaltung der Betriebe", Köln und Opladen 1957.

2) Die Möglichkeiten einer Substanzerhaltung durch bestimmte Gewinnverwendung werden allerdings dadurch eingeschränkt, dass sie steuerlich nicht anerkannt sind, also erst nach Abzug der Steuern gebildet werden können.
Eine Ausnahme bildet die in Deutschland steuerlich anerkannte Rücklage für Preissteigerung der §§ 51 EStG, 74 EStDV.

VI. Das Problem der Bilanzgliederung

1.) Die Behandlung des Problems in der Literatur

Im Gegensatz zu den heutigen Bilanzierungs- und Bewertungsgewohnheiten ist die Gliederung der Bilanz, so wie sie heute in der Praxis üblich ist, in ihrer Bedeutung für den Gläubigerschutz nur vereinzelt in der Literatur kritisch gewürdigt worden. Gleichwohl stimmen auch hier die Ansichten nicht miteinander überein.

R. u. H. Sellien¹⁾ vertreten die Auffassung, dass eine nach den Mindestgliederungsvorschriften des deutschen Aktiengesetzes gegliederte Bilanz dem Gläubigerschutz diene. Anderer Ansicht scheint Koberstein²⁾ zu sein, der den - wohl auch im Interesse der Gläubiger gerügten - ungenügenden Aussagewert der heutigen Bilanz nicht nur auf die Bewertungsvorschriften, sondern auch auf die ungenügende Gliederung der Bilanz zurückführt.

Welcher der diametral entgegengesetzten Ansichten die heute in der Praxis üblichen Gliederungsgewohnheiten am nächsten kommen, soll die nachfolgende Untersuchung ergeben.

2.) Zum Begriff der Bilanzgliederung

Bilanzgliederung ist - allgemein gesagt - eine systematische Ordnung der Bilanzposten³⁾. Würde der Kaufmann eine Bilanz erstellen dürfen, ohne eine solche systematische Ordnung der Bilanzposten zu berücksichtigen, so könnte er sich damit begnügen, den in einer Summe ausgewiesenen Aktiven die in einer Summe ausgewiesenen Passiven gegenüberzustellen.

¹⁾ In: Gabler's Wirtschafts-Lexikon; 2. Aufl., Wiesbaden 1958, Stichwort "Bilanz"; Anm. V, 2b.

²⁾ Koberstein, G., "Aussagewert des Jahresabschlusses", in: "Die Aktiengesellschaft" 1959, S.18.

³⁾ Gabler's Wirtschaftslexikon, 2.Aufl., Wiesbaden 1958.

Er könnte andererseits in ein anderes Extrem verfallen, indem er jeden im Inventar erfassten Gegenstand gesondert ausweist und auf der Passivseite dementsprechend alle Verbindlichkeiten einzeln erfasst.

Beide Möglichkeiten würden der Bilanz keine Aussagefähigkeit verleihen.

Aufgabe der Bilanzgliederung ist es, einen Mittelweg zwischen diesen beiden Extremen zu schaffen, indem gleichartige Tatbestände gruppenweise zusammengefasst, in einer eigenen Zeile ausgewiesen, mit einer eigenen Bezeichnung versehen und mit einem Sammelbetrag beziffert werden.

Unter Gliederung ist nach Le Coutre¹⁾ zu verstehen,

- 1) die sachgemässe Benennung der einzelnen Bilanzposten
- 2) die Aufteilung und Zusammenfassung von Bilanzposten, sowie ihre Vereinigung zu Gruppen und Abteilungen
- 3) die äussere Kennzeichnung dieser "Gruppen und Abteilungen" durch räumliche Anordnung, Überschriften und Bezifferungen, sowie sonstige schreib- und drucktechnische Mittel der Hervorhebung.

Dabei soll in der nachfolgenden Untersuchung nicht nur die Gliederung der in der Bilanz aufgenommenen Positionen in ihrer Bedeutung für den Gläubigerschutz untersucht werden. Ebenfalls angesprochen in diesem Abschnitt werden diejenigen Posten, die nicht in die Bilanzsumme mit aufgenommen, aber in der Bilanz vermerkt sind.

¹⁾ Le Coutre, W., "Grundzüge der Bilanzkunde", Wolfenbüttel 1949, S. 241/242

3.) Das Prinzip der Bilanzklarheit

Oberstes Prinzip, an dem sich die Praxis bei der Gliederung der Bilanz orientiert, ist der Grundsatz der Bilanzklarheit und -übersichtlichkeit. Er besagt, dass die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung so aufgemacht sein müssen, dass sie einen möglichst sicheren Einblick in die Lage des Unternehmens gewähren¹⁾. Diesem Grundsatz wird, soweit er sich auf die Bilanz bezieht, Rechnung getragen, wenn bei der Bilanzerstellung ein bestimmtes Mindestmass an Gliederungsgrundsätzen, das sich aus der Übung der Praxis ergibt, berücksichtigt wird.

Ausfluss des Prinzips der Bilanzklarheit und Übersichtlichkeit ist für die Bilanz das sogenannte Bruttoprinzip, wonach alle Posten brutto, also ohne Saldierung ausgewiesen werden sollen. So gilt es zum Beispiel als unzulässig, dass Forderungen und Verbindlichkeiten, grundstücksgleiche Rechte und Grundstücksbelastungen gegeneinander aufgerechnet werden²⁾. Dem Verbot, Aktiva und Passiva zu saldieren, entspricht

1) Dies ist für die deutschen Aktiengesellschaften ausdrücklich im § 129 AktG gesagt. Die hierbei verwendete Bezeichnung "Jahresabschluss" wird auf die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung bezogen. (Adler-Düring-Schmaltz, "Rechnungslegung ...", ..., § 129, Tz. 14).

2) Für deutsche Aktiengesellschaften hat dieses Verbot im § 131 Abs. V, S. 1 AktG seinen Niederschlag gefunden. In den Vereinigten Staaten ist das Bruttoprinzip nicht so streng durchgeführt. Zwar ist die Saldierung von Vermögenswerten mit Schulden auch dort ein Verstoss gegen die Bilanzierungsprinzipien. Wenn sich jedoch gegenseitige Ansprüche aufrechenbar gegenüberstehen, steht indessen eine Saldierung mit diesem generellen Verbot nicht in Widerspruch. Desgleichen werden zur Steuerzahlung bestimmte Mittel, die vorübergehend in Wertpapieren des Bundes und der Einzelstaaten angelegt sind, von den Steuerverbindlichkeiten abgesetzt (Maus, G., "Die Rechnungslegung der amerikanischen Aktiengesellschaften", ..., S. 41).

es, wenn der Grundsatz der Bilanzklarheit weiterhin untersagt, dass Positionen, die in der Praxis gemeinhin getrennt aufgeführt werden, zusammengezogen werden.

Der Grundsatz der Bilanzklarheit wird weiterhin dadurch befolgt, dass entsprechend dem Bruttoprinzip Zu- und Abgänge sowie Abschreibungen im Anlagevermögen gesondert ausgewiesen werden¹⁾. Ihm wird ferner in der Weise Rechnung getragen, dass Überschneidungen, die aus verschiedenen Gliederungsgesichtspunkten herrühren, hervorgehoben werden²⁾.

Der Grundsatz der Bilanzklarheit kommt weiterhin darin zum Ausdruck, dass Rücklagen, Wertberichtigungen und Rückstellungen nicht als Verbindlichkeiten ausgewiesen werden dürfen³⁾.

Der Grundsatz der Bilanzklarheit verlangt ein Mindestmass an Bilanzgliederung. Er schliesst daher nicht aus, dass - etwa wegen der Eigenheit des Geschäftszweiges - ein vom üblichen abweichendes Gliederungsschema verwandt oder die allgemeine Gliederung durch weitere Unterteilung verfeinert wird, solange dadurch nur nicht die Übersichtlichkeit der Bilanz beeinträchtigt wird⁴⁾.

1) Es entspricht diese Übung in Deutschland dem § 131 Abs. 4, S. 1 und 2 AktG.

2) Die Vorschrift des § 131 Abs. 6, S. 1 AktG. spricht das für deutsche Aktiengesellschaften ausdrücklich aus.

3) Dieses Verbot ist für deutsche Aktiengesellschaften im § 131 Abs. 5, S. 2 AktG ausgesprochen.

4) Vergl. hierzu § 131 Abs. 1 AktG und die Ausführungen von Trumpler, H., in: "Die Bilanz der AG", ..., S.184.

4.) Die heute geltenden Gliederungsprinzipien

In welcher Weise die heutigen Handelsbilanzen gegliedert werden, ist - wenigstens soweit es die Handhabung in Deutschland betrifft - in den vorangegangenen Untersuchungen bereits weitgehend zum Ausdruck gekommen. Es genügt im folgenden deshalb vielfach eine knappe Darstellung, um Wiederholungen zu vermeiden. Wie der Kaufmann seine Bilanz im einzelnen zu gliedern hat, bestimmen Gesetzgeber und Praxis in den einzelnen Staaten durchaus verschieden.

a) Die Gliederung der Bilanz

In Deutschland fordert das Handelsgesetzbuch¹⁾ vom Kaufmann, dass er seine Grundstücke, seine Forderungen und Schulden, den Betrag seines baren Geldes und seine sonstigen Vermögensgegenstände genau verzeichnet. Da hiermit eine ausreichende Gliederung der Bilanz noch nicht gegeben ist, werden die entsprechenden aktienrechtlichen Bestimmungen²⁾, die allgemein als Grundsatz ordnungsmässiger Buchführung anerkannt sind, auch vom Einzelkaufmann beachtet. Er gliedert seine Handelsbilanz nach dem Schema dieser Bestimmungen, soweit diese Anspruch auf Allgemeingültigkeit erheben können und nicht speziell auf die Verhältnisse bei Aktiengesellschaften zugeschnitten sind^{3) 4)}.

¹⁾ § 39 HGB

²⁾ § 131 AktG

³⁾ Trumpler, H., "Die Bilanz der AG", ..., S. 182/183.

⁴⁾ Diese an sich allmähliche Entwicklung ist verstärkt dadurch vorangetrieben worden, dass die Richtlinien zur Organisation der Buchführung vom 11.11.1937 (Min.Bl. f. Wirtschaft S. 239) unter Ziff. II, 8 anregten, bei der Gliederung der Bilanz immer die aktienrechtlichen Vorschriften unabhängig von der Rechtsform der Unternehmung anzuwenden.

Wie auch die Aktiengesellschaften unterteilt der Einzelkaufmann in Deutschland deshalb auf der Aktivseite zunächst in Anlage- und Umlaufvermögen und in die aktiven Posten der Rechnungsabgrenzung und auf der Passivseite in Eigen- und Fremdkapital und die passiven Posten der Rechnungsabgrenzung. Im übrigen folgt er auch in der Anordnung der Untergruppen weitgehend dem aktienrechtlichen Gliederungsschema¹⁾, da es die Mindestanforderungen wiedergibt, die nach allgemeiner kaufmännischer Überzeugung an die Gliederung einer Bilanz gestellt werden müssen. Soweit im Einzelfall eine weitere Unterteilung notwendig wird²⁾, wird sie vorgenommen. Erfordern die Umstände zusätzliche Bilanzposten³⁾, werden sie hinzugesetzt.

Ähnlich wie nach deutschem werden nach englischem Recht die Aktiva in Anlage- und Umlaufvermögen geteilt⁴⁾, und wird bei den Passiven das Eigen- vom Fremdkapital getrennt. In der weiteren Untergliederung besteht aber eine wesentliche Abweichung insofern, als in England die Anlagegegenstände - abgesehen von Firmenwert, Patenten und Warenzeichen - meist in einem Posten zusammengefasst werden⁵⁾.

¹⁾ Es kann insoweit auf die Ausführungen zur Bewertung der einzelnen Bilanzposten verwiesen werden. Eine Bilanzgliederung findet sich bei Schlegelberger, F., - Hildebrandt, .., "Handelsgesetzbuch", ..., § 39 Anm.9. Sie entspricht der Gliederung, wie sie von Würdinger, H., (Kommentar zum Handelsgesetzbuch, 2.Aufl., Berlin 1953, § 39, Anm. 8,) als in der Praxis üblich dargestellt ist.

²⁾ Das ist zum Beispiel der Fall, wenn im Bau befindliche Anlagen aktiviert werden sollen.

³⁾ Das kann in Betracht kommen bei der Aktivierung eines Geschäftswertes, eines Disagios oder der Kosten der Betriebseinrichtung.

⁴⁾ Trumpler, H., "Das Bilanz- und Steuerrecht der Aktiengesellschaft nach englischem Recht", ..., S.77.

⁵⁾ Trumpler, H., "Das Bilanz- und Steuerrecht der Aktiengesellschaft nach englischem Recht", ..., S. 74 f; ebenso Eßler, J., "Die Gliederung der Bilanz und die übrige Rechnungslegung in internationaler Sicht" (Schriftreihe des Instituts "Finanzen und Steuern", Bonn) S. 17

Dem in Deutschland üblichen Gliederungsschema entspricht ebenfalls der formale Aufbau der Bilanz in Frankreich, wenigstens soweit es die Hauptgliederung angeht¹⁾.

In der Schweiz fehlt es an allgemeinen Gliederungsvorschriften. Eine Aufteilung der Bilanzpositionen wird in der Praxis nur in geringem Umfang vorgenommen. Rückstellungen und Kreditoren werden teilweise in einem Betrag zusammengefasst²⁾.

In den Vereinigten Staaten dagegen wird die Unterscheidung in Anlage- und Umlaufvermögen zugunsten einer mehr nach Liquiditätsgesichtspunkten ausgerichteten Gruppierung vernachlässigt. Diejenigen Güter des Anlage- und des Umlaufvermögens, die innerhalb eines Jahres vom Stichtag der Bilanz an fällig, bzw. realisierbar sind, werden gesondert ausgewiesen und den entsprechenden Verbindlichkeiten gegenübergestellt³⁾.

b) Die Berücksichtigung von Eventualverbindlichkeiten und fremdem Eigentum

Mit der Unterteilung der in die Bilanz aufgenommenen Aktiven und Passiven nach den dargestellten Grundsätzen werden die sogenannten Eventualverbindlichkeiten nicht erfasst. Soweit es sich dabei um Verbindlichkeiten aus Bürgschaften, Wechsel- und Scheckbürgschaften, sowie aus Gewährleistungsverträgen

¹⁾ Ottermann, .., "Bilanzwert und Bilanzgewinn im französischen betriebswirtschaftlichen Schrifttum", Buhl-Baden 1937, S.23;
EBler, J., "Die Gliederung der Bilanz und die übrige Rechnungslegung in internationaler Sicht", S.25.

²⁾ EBler, J., "Die Gliederung der Bilanz ...", ..., S.63.

³⁾ Trumpler, H., "Die Aktiengesellschaft nach dem Gesellschafts-, Bilanz- und Steuerrecht der Vereinigten Staaten von Amerika" ..., S.145;
Maus, G., "Die Rechnungslegung der amerikanischen Aktiengesellschaften", ..., S.39.

handelt, werden sie in voller Höhe in der Bilanz vermerkt. Das geschieht entweder durch Aufnahme dieser Verbindlichkeiten vor der Linie oder durch Erwähnung unterhalb der Bilanz¹⁾.

Andere Haftungsverhältnisse, die wie Pfandbestellungen und Sicherungsübereignungen sowie Verbindlichkeiten aus der Begebung von Wechseln und Schecks aus der Jahresbilanz ebenfalls nicht ersichtlich sind, werden dagegen in der Bilanz des Einzelkaufmanns nicht einmal vermerkt²⁾. Insofern kann die Bilanzierungsweise der Einzelkaufleute mit der aktienrechtlichen Regelung nicht verglichen werden, da Aktiengesellschaften derartige Haftungsverhältnisse zwar auch nicht vermerken, sie aber immerhin im Geschäftsbericht, den ein Einzelkaufmann nicht abfasst, näher erläutern^{3) 4)}.

¹⁾ Schlegelberger, F. - Quassowski, ..., "Kommentar zum Aktiengesetz", ..., § 131 Anm. 62.

²⁾ In den Vereinigten Staaten werden belastete Vermögenswerte als solche in der Bilanz gekennzeichnet; desgleichen die Verbindlichkeiten, zu deren Gunsten die Belastungen bestehen. Eine Pflicht hierzu besteht jedoch nur dann, wenn kurzfristige Vermögenswerte wegen langfristiger Schulden belastet sind. Anstelle der Belastungsanzeige wird jedoch vielfach die Aussonderung dieses Wertes aus dem kurzfristigen Vermögen vorgenommen. (Maus, G., "Die Rechnungslegung der amerikanischen Aktiengesellschaften", ..., S. 47.).

³⁾ § 128 II Ziff. 6 AktG

⁴⁾ Dass die Praxis stattdessen diese Haftungsverhältnisse nicht auf andere Weise kenntlich macht, ist in der Literatur mehrfach Gegenstand kritischer Untersuchungen gewesen. Matthews, K., ("Sicherungsübereignung und Sicherungsabtretung: Zur Frage der Publizitätserweiterung bei der Rechnungslegung", in: Wirtschaftsprüfung 1951, S. 5 ff. und S. 33 ff., 1952, S. 132) verlangt den gesonderten Ausweis von Sicherungsübereignungen und Abtretungen in dem Jahresabschluss des Treugebers bei scharfer Trennung von den freien Vermögensteilen.

Forster, K.H., ("Zum Thema: Sicherungsübereignung (SÜ) und Sicherungsabtretung (SA)" in: "Wirtschaftsprüfung" 1952, S. 129 ff.) macht andere Lösungsvorschläge, die hier im einzelnen nicht wiedergegeben werden sollen.

Ascher, Th., ("Zur Frage der Bilanzierung von Sicherungsabtretungen unter Berücksichtigung der neueren Rechtsprechung", in: Wirtschaftsprüfung 1954, S. 289 ff.) ist derselben Ansicht wie Matthews, will es dem Kaufmann jedoch freistellen, in einer Fussnote die Höhe des abgesicherten Kredites zu vermerken.

5.) Der Einfluss der Bilanzgliederung auf den Gläubigerschutz

Die im vorigen Abschnitt dargestellte Übung der Praxis, die Bilanz nach einem bestimmten Grundschemata zu gliedern, soll nun in ihrer Auswirkung auf den Gläubigerschutz untersucht werden. Dabei ist auch hier wieder nach älterer und neuerer Auffassung vom Gläubigerschutz zu unterscheiden.

a) Nach älterer Auffassung

Da es für den Gläubigerschutz nach älterer Auffassung darauf ankommt, dass die unter Umständen notwendig werdende Verwertung der Aktiven einen Erlös erbringt, der ausreicht, um alle Gläubigeransprüche zu befriedigen, kann die Gliederung der Bilanz nur dann diesem Gläubigerschutz dienlich sein, wenn sie die Aussagefähigkeit einer Bilanz hinsichtlich der Verwertbarkeit der Aktiven und bezüglich der Art, wie der Erlös auf die Passiven zu verteilen ist, erhöht.

Das wird ganz allein schon dadurch erreicht, dass der Grundsatz der Bilanzklarheit und Übersichtlichkeit Massnahmen verlangt, die einen sicheren Einblick in die Lage des Unternehmens auf Grund der Bilanz ermöglichen.

- 1) Indem das Bruttoprinzip die Saldierung von Forderungen und Verbindlichkeiten untersagt, fördert es den Gläubigerschutz. Es könnte nämlich bei einer solchen Saldierung der Fall eintreten, dass die Verbindlichkeit voll einzulösen ist, während die verrechnete Forderung bei einer Verwertung der Aktiven ausfällt. Dann würde die Saldierung den Grad der Gläubigersicherung günstiger dargestellt haben, als er tatsächlich ist, was dem Gedanken des Gläubigerschutzes widerspricht.

Desgleichen fördert der gesonderte Ausweis von Zu- und Abgängen sowie von Abschreibungen im Anlagevermögen, der, wie dargestellt wurde, ebenfalls Ausfluss des Grundsatzes der Bilanzklarheit ist, den Gläubigerschutz nach älterer Auffassung. Aus ihm kann der Gläubiger die Veränderung des Anlagenbestandes erkennen und aus den verschiedenen Ursachen der Änderung Rückschlüsse ziehen auf mögliche Abweichungen des Buchwertes vom erzielbaren Preis.

Der Grundsatz der Bilanzklarheit dient weiterhin dem Gläubigerschutz dadurch, dass er auf eine richtige Benennung der einzelnen Bilanzposten dringt. Es ist für den Gläubiger wichtig zu wissen, welche Aktiven zur Verfügung stehen und welche Verbindlichkeiten des Kaufmanns mit seinen Ansprüchen konkurrieren. Aus diesem Grunde kann eine falsche Bezeichnung der einzelnen Posten zu einer Irreführung und damit zu einem Schaden der Gläubiger führen.

- 2) Die Gliederung der Bilanz selbst, wie sie in der Praxis üblich ist, gewährt dem Gläubiger zunächst einmal dadurch einen klaren Einblick, dass die Einteilung der Aktiven erkennen lässt, ob es sich bei einer betreffenden Position um unbewegliches oder bewegliches Vermögen und dort wiederum um Sachen oder Rechte und Forderungen handelt. Das ist für den Gläubigerschutz aus mehreren Gründen wichtig.

Mit dieser Unterscheidung sind einmal im Zwangsvollstreckungsverfahren verschiedene Wege der zwangsweisen Befriedigung verbunden. Ein Gläubiger, der die Befriedigung seiner Forderung auf gerichtlichem Wege betreibt, kann daher aus der Gliederung der Bilanz erkennen, ob der Vermögensteil mit der ihm angenehmsten Art der Zwangsvoll-

streckung zur Befriedigung seiner Forderung ausreicht, oder ob er die Zwangsvollstreckung auf andere, nicht so günstig verwertbare Vermögensteile ausdehnen muss. Zwar wird die Befriedigung des Gläubigers als angestrebter Erfolg immer im Vordergrund stehen, und der bequemste Weg der Zwangsvollstreckung nur eine untergeordnete Rolle spielen; trotzdem wird, wenn die Zwangsvollstreckung sowohl in das unbewegliche wie in alle Arten des beweglichen Vermögens zum gleichen Erfolg führt, die schnellste und bequemste Art der Durchsetzung vom Gläubiger gewählt werden. Insofern vermag die Gliederung der Bilanz dem Gläubigerschutz zu dienen.

- 3) Die Aufteilung der Aktiven gewährt dem Gläubiger aber nicht nur bei zwangsweiser Befriedigung seiner Forderung einen Vorteil. Der Gläubiger kann an der Art der einzelnen Positionen auch ihre Liquiditätsnähe erkennen. Dabei ist allerdings die Einschränkung zu machen, dass nicht alle die Liquidität der Unternehmung berührenden Zahlungen aus der Bilanz ersichtlich sind. Ein grosser Teil von laufenden Zahlungsverpflichtungen ergibt sich - wie die Löhne, Gehälter und Steuern - aus der Gewinn- und Verlustrechnung. Immerhin bringt die Gliederung mit zum Ausdruck, wie schwer, bzw. wie leicht es dem Schuldner, der seine Schulden freiwillig bezahlen will, voraussichtlich fallen wird, bei Fälligkeit der Forderung notfalls durch Veräusserung von Aktiven seine Verpflichtungen einzulösen. Andererseits zeigt die Gliederung mit ihrer Einteilung der Aktiven aber auch, wie leicht es einem betrügerischen Schuldner fallen würde; die einzelnen Vermögensteile zu veräussern und damit dem Zugriff der Gläubiger zu entziehen.

Der Umfang der Liquidität zeigt sich zunächst einmal in der groben Einteilung der Aktiven in Anlage- und Umlaufgüter, wobei die weitere Unterteilung, besonders bei den

Vermögensgütern des Umlaufvermögens, den Liquiditätsgesichtspunkt deutlich hervorhebt. Hier werden die leicht verwertbaren Güter, wie Rohstoffe, Erzeugnisse, Waren, Forderungen und Bankguthaben, den schwerer veräußerbaren Gütern, wie z.B. Hypotheken, gegenübergestellt.

Die Gliederung der einzelnen Gläubigeransprüche auf der Passivseite der Bilanz nach dem Zeitpunkt ihrer Fälligkeit bietet einen annähernden Überblick darüber, wann der Kaufmann Verbindlichkeiten einzulösen hat¹⁾. Ein Gläubiger wird zur Hingabe eines Kredites eher bereit sein, wenn die anderen Verbindlichkeiten des Schuldners erst nach seiner neu begründeten Forderung fällig werden, da er dann vor den anderen Gläubigern die Möglichkeit hat, auf gerichtlichem Wege seine Befriedigung durchzusetzen. Allerdings wird solchen Überlegungen bei einem Gläubiger keine übertragende Bedeutung zukommen, da die Aussagefähigkeit der Bilanz in diesem Punkt nur gering ist und auch andere Momente, wie Sicherungsübereignungen und dergl. zugunsten anderer Gläubiger, eine vorzeitige Fälligkeit der Forderung wieder aufwiegen.

- 4) Dadurch, dass bei der in der Praxis üblichen Unterteilung der Verbindlichkeiten die Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden besonders hervorgehoben werden, gewährt die Bilanz einen für den Gläubigerschutz weiterhin wichtigen Einblick. Der Gläubiger kann auf Grund dieser Angaben Feststellungen treffen, inwieweit das Vermögen durch dingliche Sicherung von Verbindlichkeiten gebunden und für die Gesamtheit der Gläubiger nicht mehr verfügbar ist. Ähnliche Schlüsse kann der Gläubiger aus der besonders hervorgehobenen Position der Warenverbindlichkeiten ziehen. Er kann davon ausgehen, dass in der heutigen

¹⁾ In der Praxis werden häufig kurzfristige Verbindlichkeiten und schnell veräußerbare Teile des Umlaufvermögens als Ausdruck für den Liquiditätsgrad zueinander in Beziehung gesetzt. (Schmaltz, K. "Bilanzkritik und Bilanzanalyse" in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, 3. Aufl., Stuttgart 1956).

modernen Wirtschaft Warenlieferungen überwiegend unter Eigentumsvorbehalt vorgenommen werden. Das bedeutet, dass etwa im Umfang der Warenverbindlichkeiten Aktivwerte unter Eigentumsvorbehalt stehen und ebenfalls dem allgemeinen Zugriff der Gläubiger entzogen sind.

- 5) Neben der Untergliederung der auf Grund des Verursachungsprinzips in die Bilanz aufgenommenen Verbindlichkeiten und sonstigen Positionen führt auch der Vermerk der sogenannten Eventualverbindlichkeiten zu einer erhöhten Aussagefähigkeit der Bilanz und damit zu einer genaueren Information über den Grad der Gläubigersicherung.

Dass hierbei Sicherungseigentum und Eigentumsvorbehalte - Verpfändungen kommen wegen der hierfür erforderlichen Besitzübergabe nur selten vor - nicht erwähnt werden, ist nur unter bestimmten Voraussetzungen für die Gläubiger von Nachteil. Wie bereits an anderer Stelle ausgeführt wurde¹⁾, ist fremdes Eigentum in der Bilanz nur dann mit dem Gläubigerschutz nach älterer Auffassung nicht vereinbar, wenn der voraussichtlich erzielbare Erlös aus der Liquidation der Aktiven nicht zur Befriedigung aller Verbindlichkeiten ausreicht. Hinzu kommt, dass Eigentumsvorbehalte in Höhe der Warenverbindlichkeiten in der Praxis von vornherein vermutet werden.

Der fehlende Vermerk, in welchem Umfang fremdes Eigentum in der Bilanz vorhanden ist, wirkt sich deshalb nur selten zum Nachteil eines Gläubigers aus, wobei nicht übersehen werden soll, dass sich auch diese seltenen Fälle vermeiden liessen, wenn ein entsprechender Vermerk gemacht würde.

¹⁾Vergl. Seite 98

- 6) Die Gliederung der Bilanz ist schliesslich noch aus einem anderen Grunde geeignet, dem Gläubigerschutz nach älterer Auffassung zu dienen.

Die Aktivseite der Bilanz hebt überwiegend Positionen hervor, die ihrer Natur nach einen Wert verkörpern, der sich in Geld umsetzen lässt. Ungewiss ist nur die Höhe des erzielbaren Erlöses, da die Wertansätze in der Bilanz nicht am Einzelveräusserungspreis orientiert sind. So kann man grundsätzlich davon ausgehen, dass sich zum Beispiel die unter der Bilanzposition "Maschinen und maschinelle Anlagen" zusammengefassten Güter veräussern lassen, wenn unter Umständen auch nur ein Schleuderpreis erzielbar sein mag.

Diesen Bilanzpositionen stehen andere gegenüber, die ihrer Natur nach schon keinen im Wege der Einzelveräusserung realisierbaren Wert verkörpern. Bei ihnen ist sogar die Veräusserung zum Schleuderpreis ausgeschlossen. Das zeigt sich namentlich dann, wenn die Unternehmung zur Befriedigung der Gläubiger zerschlagen wird. Für den derivativen Geschäftswert, für die aktivierten Organisationskosten, für das Disagio-Aktivum und für die aktiven Posten der Rechnungsabgrenzung, also für alle die Bilanzpositionen, die als Folge der Ausdehnung des Realisationsprinzips auf die bücherliche Realisation¹⁾ in das Bilanzschema aufgenommen wurden, ist dann kein Erlös zu erzielen.

Indem die Gliederung der Bilanz diese Posten gesondert hervorhebt, ist die Gefahr irrtümlicher Annahme von realisierbaren Werten nicht gegeben. Der Gläubiger ersieht aus der Bilanz, dass er, um das Ausmass der Überdeckung richtig zu ermitteln, vom ausgewiesenen Eigenkapital den Wertansatz dieser Positionen absetzen muss. Damit wirkt die Gliederung der Bilanz der für den Gläubigerschutz nach älterer Auffassung nachteiligen Ausdehnung des Bilanz-

¹⁾Vergl. Seite 73

umfangs, soweit er auf der Entwicklung des Realisationsprinzips zum Grundsatz der bürgerlichen Realisation beruht, entgegen.

- 7) Führt damit die Gliederung der Bilanz dazu, dass die im Grundsatz realisierbaren Werte von den ihrem Wesen nach nicht realisierbaren Positionen zu unterscheiden sind, so ist die Gliederung doch andererseits in der in der Praxis üblichen Form ungeeignet, die Wertabweichungen zwischen den Bilanzansätzen und den für den Gläubigerschutz nach älterer Auffassung massgeblichen Einzelveräußerungspreisen aufzuzeigen und damit die Bilanz auch in dieser Hinsicht mit dem Gläubigerschutz in Einklang zu bringen.

b) Nach neuerer Auffassung

Um, wie es die neuere Auffassung vom Wesen des Gläubigerschutzes verlangt, den Gläubiger nicht durch das Vermögen, sondern dadurch sicherzustellen, dass die Unternehmung nachhaltig Gewinne erzielt, bedarf es in erster Linie einerrichtigen Unternehmungspolitik. Nur soweit diese mit Hilfe einer gegliederten Bilanz gefördert werden kann, ist ein Einfluss der Bilanzgliederung auf den Gläubigerschutz nach neuerer Auffassung festzustellen.

Nachhaltig Gewinne zu erzielen, verlangt, die Gewinnentwicklung zu verfolgen und zu diesem Zweck einen vergleichbaren Jahreserfolg zu ermitteln. Hierzu kann eine weitgehende Gliederung beitragen, sofern die Grundsätze der Bilanzstetigkeit gewahrt sind und eine einmal übernommene Gliederung beibehalten wird¹⁾.

Kontinuität des einmal übernommenen Bilanzschemas ist in der heutigen Bilanzierungspraxis gewahrt, so dass zunächst ganz allgemein die Veränderungen einer Bilanzposition von einem

¹⁾ Hertlein, A., "Bilanzgliederung" in: "Handwörterbuch der Betriebswirtschaft", 3. Aufl., Stuttgart 1956.

auf das andere Jahr mit Sicherheit ermittelt werden kann. In diesen Veränderungen schlagen sich die Gewinne und die Verluste der Unternehmung nieder. Für die Beurteilung der Unternehmungspolitik kann es von Bedeutung sein festzustellen, mit welchen Positionen der Aktiven oder der Passiven das Mehr oder Weniger an Eigenkapital in Zusammenhang zu bringen ist.

Wie bereits festgestellt wurde, gibt die Gliederung der Bilanz Anhaltspunkte für die Beurteilung der Liquidität der Unternehmung, indem sie - wenn auch nur in groben Zügen - die Liquidität der Vermögensteile und die Fälligkeit der Verbindlichkeiten aufzeigt. Liquidität aber ist eine wichtige Voraussetzung für einen erfolgreichen Unternehmensablauf. Eine Unternehmung mit vergleichsweise geringer Liquidität wird kostenungünstig arbeiten; sie kann sich nur schwer dem Wechsel der Verhältnisse anpassen, so dass sich aus der Liquiditätslage für die Nachhaltigkeit des erzielbaren Gewinnes unter Umständen wichtige Rückschlüsse ergeben können.

Die grundsätzliche Unterteilung der Passivseite in Eigen- und Fremdkapital gestattet es, den Gewinn der Unternehmung zum Eigenkapital in Beziehung zu setzen und damit die Unternehmerrentabilität zu ermitteln. Ein Vergleich dieser Ziffer mit der entsprechenden Ziffer einer anderen Unternehmung oder mit den Zahlen des Vorjahres kann aufschlussreich dafür sein, ob die Unternehmungspolitik in der Vergangenheit richtig gewesen ist oder nicht und ob deswegen eventuell für die Zukunft andere Entscheidungen getroffen werden müssen.

Schliesslich ist die Einteilung der Aktiven in Anlage- und Umlaufvermögen und deren weitere Unterteilung ebenfalls geeignet, die Möglichkeit einer nachhaltigen Gewinnerzielung zu beurteilen. Hieraus lässt sich erkennen, ob das Kapital dem Ziel der Unternehmung entsprechend aufgeteilt ist, insbesondere, ob die einzelnen Aktivwerte in einem vernünftigen Ver-

hältnis zu den Kapitalquellen stehen¹⁾. Indem nämlich zum Beispiel das Anlagevermögen und Teile des Umlaufvermögens, die als betriebsnotwendig anzusehen sind, zum Eigenkapital in Beziehung gesetzt werden, lässt sich - allerdings mit Einschränkungen - erkennen, ob die Unternehmung bei Rückzahlung von Fremdkapitalien gezwungen sein wird, betriebsnotwendiges Vermögen zu veräußern oder nicht. Muss sie das, so steht zu befürchten, dass der damit verbundene Substanzverlust sich auf die Nachhaltigkeit der Gewinnerzielung negativ auswirken wird.

Die dargestellten Möglichkeiten, aus der Gliederung der Bilanz Erkenntnisse zu sammeln, um die Unternehmung nachhaltig zum Erfolg zu führen, stehen in ihrer Bedeutung in keinem Verhältnis zu den allgemeinen Anforderungen, die der Wirtschaftskampf an die Überlegungskraft und Entschlossenheit des den Erfolg suchenden Unternehmers stellt. Es soll auch nicht behauptet werden, dass die Ausführungen die Bedeutung der Bilanzgliederung für den Gläubigerschutz nach neuerer Auffassung erschöpfend behandelt hätten. Immerhin ist zu beachten, dass die Bilanz nach der dynamischen Bilanzauffassung gegenüber der Gewinn- und Verlustrechnung nur eine zweitrangige Rolle spielt, dass also zur Ermittlung von Analysen, die die Erfolgsaussichten in der Zukunft durchleuchten sollen, die Erfolgsrechnung hinzugezogen werden müsste. Die in ihr liegenden Möglichkeiten einer Erfolgsanalyse sind jedoch nicht Gegenstand dieser Ausführungen. Es lässt sich, da und soweit die Bedeutung der Bilanzgliederung für den Gläubigerschutz nach neuerer Auffassung in Rede steht, daher nur sagen, dass hindernde, aber auch den Gläubigerschutz nach neuerer Auffassung besonders fördernde Wirkungen aus der Bilanzgliederung nicht zu ersehen sind.

¹⁾ Kalveram, W., "Bankbetriebslehre",
in: "Die Handelshochschule", Wiesbaden, Bd. 8
S. 68.

D. S c h l u s s

=====

Zusammenfassend ist als Ergebnis der Untersuchung festzuhalten, dass die Handelsbilanz, so wie sie nach den heute geltenden Bilanzierungsgrundsätzen erstellt wird, den Gläubigerschutz weder nach älterer, noch nach neuerer Auffassung in idealer Weise erfüllt.

Soweit sich die Untersuchung mit dem Bilanzumfang und seiner Auswirkung auf den Gläubigerschutz befasst, ist als wichtigstes Ergebnis festzustellen, dass die Grundsätze der Aktivierung und Passivierung im Laufe der historischen Entwicklung ständig erweitert worden sind. Namentlich die Erweiterung der Aktivierungsgrundsätze hat sich auf den Gläubigerschutz ausgewirkt, indem heute in der Bilanz auch Aktiva erfasst werden, die im Sinne des Gläubigerschutzes nach älterer Auffassung keinen den Gläubigern haftenden Vermögenswert darstellen. Deren Erfassung entspricht jedoch ganz dynamischen Grundsätzen und damit dem Gläubigerschutz nach neuerer Auffassung. Da aber die Entwicklung der Bilanzierungsgrundsätze nicht - jedenfalls bis jetzt noch nicht - soweit fortgeschritten ist, dass sämtliche Wirtschaftsvorteile, die nach dynamischer Bilanzauffassung zu erfassen wären, auch tatsächlich in die Bilanz aufgenommen werden, ist der Gläubigerschutz auch nach neuerer Auffassung durch den Umfang der heutigen Bilanz nicht voll erfüllt.

Die Untersuchung der Bilanzbewertung und ihres Einflusses auf den Gläubigerschutz ergab, dass - wie auch bei der Bestimmung des Bilanzumfangs - bei der Bewertung ausschlaggebend für den Gläubigerschutz die Aktivposten der Bilanz sind.

Der Gläubigerschutz nach älterer Auffassung, der in idealer Weise gewahrt ist, wenn die Bewertung zu Veräußerungspreisen erfolgt, ist beim Umlaufvermögen, selbst bei sich änderndem Preisniveau, nicht aber beim Anlagevermögen eingehalten.

Für den Gläubigerschutz nach neuerer Auffassung dagegen bedeutet gerade die Bewertung des Anlagevermögens zu Anschaffungskosten und deren periodengerechte Verteilung mittels Abschreibungen eine den dynamischen Grundsätzen und damit der neueren Auffassung entsprechende Aufwandverteilung, während andererseits die Beachtung des Niederstwertprinzips beim Umlaufvermögen eine den dynamischen Grundsätzen systemfremde Berücksichtigung von Veräusserungswerten darstellt, welche die Vergleichbarkeit des Jahresergebnisses empfindlich beeinträchtigen kann. Unabhängig davon wird durch die Bewertung der Gläubigerschutz nach neuerer Auffassung auch dadurch nicht beachtet, dass nachhaltige Gewinnerzielung Substanzerhaltung voraussetzt, bei steigenden Preisen aber der ausgewiesene und meistens dann auch entnommene Gewinn die Substanz der Unternehmung angreift.

Die Bilanzgliederung hat für den Gläubigerschutz sowohl nach älterer wie nach neuerer Auffassung gleichrangige Bedeutung.

Sie gestattet, wie es im Interesse der neueren Auffassung vom Gläubigerschutz liegt, die Bilanz in vielerlei Hinsicht zu Analysen heranzuziehen, die dazu beitragen können, um für den zukünftigen Erfolg wichtige Entscheidungen zu treffen.

Für den Gläubigerschutz nach älterer Auffassung sind diese Analysen ebenfalls von Bedeutung. Darüber hinaus erfüllt die Gliederung der Bilanz im Rahmen des Gläubigerschutzes nach älterer Auffassung eine weitere Aufgabe, indem sie Bilanzpositionen, die schon ihrer Natur nach keinen Vermögenswert darstellen, kenntlich macht. Die Bilanzgliederung wirkt auf diese Weise ausgleichend auf die für den Gläubigerschutz nach älterer Auffassung nachteilige Ausdehnung des Bilanzumfangs.

Damit die Bilanzgliederung auch die Einschränkungen, die sich aus der Bilanzbewertung für den Gläubigerschutz nach älterer Auffassung ergeben, in ihren Auswirkungen abschwächt, wäre

erforderlich, die Bilanzgliederung in einer im folgenden kurz darzustellenden Weise fortzuentwickeln.

Um Wertabweichungen zwischen den Buchwerten und den niedrigeren Einzelveräußerungspreisen - nur diese "Überbewertungen" sind für den Gläubigerschutz bedeutsam - durch die Gliederung hervorzuheben, müsste die Aktivseite der Bilanz nicht nur horizontal, sondern auch vertikal untergliedert werden. Das hätte in der Weise zu geschehen, dass die Aktivseite mehrspaltig geführt werden müsste¹⁾. Dabei werden in einer Spalte die Aktivposten so bewertet, wie es heute nach den Grundsätzen ordnungsmässiger Buchführung in der Praxis üblich ist. Die Einzelveräußerungspreise werden in einer weiteren Spalte zusätzlich ausgewiesen. Dabei darf, wenn der Einzelveräußerungspreis höher ist als der Buchwert, nur dieser erfasst werden, um den Ausweis nicht realisierter Gewinne zu vermeiden. Die Differenz zwischen den Summen dieser beiden Spalten, die für jede Bilanzposition in einer weiteren Spalte einzeln vermerkt werden könnte, ergibt den Teil des Eigenkapitals, der sich bei einer eventuellen Einzelveräußerung aller Aktivposten nicht realisieren liesse.

¹⁾ In Frankreich werden Aktiva und Passiva in vier Zahlenkolonnen gegliedert. In der ersten Spalte werden die Anschaffungswerte, in der zweiten die bisher vorgenommenen gesamten Abschreibungen erfasst. Dritte und vierte Kolonne entsprechen der allgemein bekannten Unterteilung der Bilanz in Vor- und Hauptspalte. (Bruck, Fr., "Das Gliederungsschema der französischen Bilanzen", in: "Blick durch die Wirtschaft", herausgegeben von der FAZ 1961, Nr. 124).

Mit dieser Einteilung wird zwar nicht neben dem Buchwert der für den Gläubigerschutz wichtige Einzelveräußerungspreis herausgearbeitet; immerhin lässt sich aber aus der Bilanz bei dieser Untergliederung der Umfang der Abschreibungen erkennen, woraus - wie weiter oben dargestellt (vergl. S. 138) - gewisse Relationen des Buchwertes zum Einzelveräußerungspreis u.U. zu ersehen sind.

Entsprechend der vertikalen Gliederung der Aktivseite müsste daher das Eigenkapital untergliedert sein in den Teil, der nur rechnungsmässig vorhanden ist und den Rest, der sich auch bei einer Einzelveräusserung aller Aktiven realisieren liesse.

In Fortführung dieses Gedankens dürfte der ausgewiesene Gewinn nicht in voller Höhe ausgeschüttet werden. Soweit sich die Abweichungen von Buchwerten und Einzelveräusserungspreisen in ihrer Gesamtheit von einem auf das andere Jahr erhöht haben, müsste der Gewinn dem Teil des Eigenkapitals zugerechnet werden, der - als nur rechnungsmässig vorhanden - gesondert ausgewiesen und nicht frei verfügbar ist.

Verringern sich die Abweichungen von Buchwerten und Einzelveräusserungspreisen in ihrer Gesamtheit von einem auf das andere Jahr, so kann entsprechend dieser Änderung das frei verfügbare Kapital zu Lasten des nur rechnungsmässig vorhandenen erhöht werden.

Der rein theoretische Charakter dieser Ausführungen soll durchaus nicht verkannt werden. Immerhin würde eine solche Untergliederung es ermöglichen, die Entwicklung der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze fortzuführen, ohne auf den Gläubigerschutzcharakter der Handelsbilanz in seiner ursprünglichen Form verzichten zu müssen.

Literaturverzeichnis

- Adler-Düring-Schmaltz, "Rechnungslegung und Prüfung der Aktiengesellschaft", 3. Aufl., Stuttgart 1957
- Ascher, Th., "Bilanzierung fremden Eigentums", in: "Handbuch der Betriebswirtschaft", 3. Aufl.
- Ascher, Th., in: "Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis", 1949, S. 249
- Ascher, Th., "Zur Frage der Bilanzierung von Sicherungsübereignungen und Sicherungsabtretungen unter Berücksichtigung der neueren Rechtsprechung", in: "Die Wirtschaftsprüfung" 1954, S. 289 ff.
- Aufermann, E., "Zur Geschichte und Bedeutung des Niederstwertprinzips", in: "Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis", 1951, S. 109 ff.
- Barth, K., "Die Jahresbilanz, ihre wirtschaftliche Bedeutung und rechtliche Regelung, systematisch und geschichtlich dargestellt an Hand der Ergebnisse der heutigen Bilanztheorie", Diss.
- Barth, K., "Die Entwicklung des deutschen Bilanzrechts", Stuttgart 1953, Bd. 1
- Barth, K., "Die Jahresbilanz der Unternehmung", Stuttgart 1950
- Behrend, .., "Lehrbuch des Handelsrechts", Bd. 1, Berlin und Leipzig 1886
- Bellmann, H.,-
Schwadorf, W., "Zuschreibungen in der Handelsbilanz", in: "Der Betrieb" 1952, S. 829 ff.
- Binder, O., "Die steuerliche Behandlung betrieblicher Forschungs- und Entwicklungskosten", in: "Betriebsberater" 1956, S. 537 ff.
- Blümich, W.,-Falk, L., "Einkommensteuergesetz", Bd. 1, 9. Aufl., Berlin und Frankfurt 1964
- Börnstein, U., "Die Aktivierung von Versuchs- und Entwicklungskosten nach Handelsrecht und Steuerrecht", in: "Betriebs-Berater" 1957, S. 553 ff.

- Bott, . . , "Lexikon des kaufmännischen Rechnungswesens", 2. Aufl., Stuttgart
- Brönner, H., "Der Einfluss des Steuerrechts auf die handelsrechtliche Bilanzierung", in: "Der Wirtschaftsprüfer" 1953, S.65 ff.
- Brodmann, . . , "Aktienrecht", Berlin und Leipzig 1928
- Bruck, Fr., "Das Gliederungsschema der französischen Bilanzen", in: "Blick durch die Wirtschaft", herausgegeben von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, 1961, Nr. 124, S.2
- Bühler, O., "Aktienrechtsreform dringlich geworden", in: "Die Aktiengesellschaft" 1956/57, S. 135 ff.
- Bühler, O.,-Scherpf, P., "Bilanz und Steuer", 6. Aufl., Berlin und Frankfurt 1957
- Cannon, A.M., "The investor's view", in: "The Journal of Accountancy" Aug. 1961, S. 32/33
- Döllerer, G., "Entwicklungskosten in der Handelsbilanz", in: "Betriebs-Berater" 1957, S. 983 ff.
- Egger, J.,G., "Die Bilanz", "Handbuch für die Praxis", 6. Aufl., Zürich 1955
- Endemann, W., "Handbuch des deutschen Handels-, See- und Wechselrechts, Bd. 1, Leipzig 1881
- Erhard, F., "Zur Frage der steuerlichen Aktivierung von betrieblichen Versuchs- und Entwicklungskosten", in: "Betriebs-Berater" 1955, S. 992
- ESler, J., "Die Gliederung der Bilanz und die übrige Rechnungslegung in internationaler Sicht" (Schriftenreihe des Instituts "Finanzen und Steuern"), Bonn
- Fachgutachten des Instituts der Wirtschaftsprüfer (S. 157)
- Fischer, R., "Über die Grundlagen der Bilanzwerte", Leipzig 1909
- Flume, W., "Die Forschungs- und Entwicklungskosten in Handels- und Steuerbilanz", in: "Der Betrieb" 1958, S. 1050 ff.

- Forster, K.H., "Zum Thema: Sicherungsübereignung (SÜ) und Sicherungsabtretung (SA)", in: "Die Wirtschaftsprüfung" 1952, S. 129 ff.
- Forster, K.H., "Vom Gläubigerschutz zum Aktionärsschutz - der Wandel in den Bewertungsbestimmungen des Aktienrechts", in: "Die Wirtschaftsprüfung", 1964, S. 422 ff.
- Frehner, E., "Die Reserven in der Unternehmung", Diss. Zürich 1946
- Friedrich, W. "Aktivierung in der Steuerbilanz bei handelsrechtlichem Aktivierungsverbot?", in: "Betriebs-Berater" 1958, S. 921 ff.
- Fuchs, ..., -van der Velde, ..., Stellungnahme zu dem Thema: "Steuerliche Behandlung des Entwicklungsaufwandes", in: "Der Betrieb" 1956, S. 971 ff.
- Gabler's, ..., "Wirtschaftslexikon", 2. Aufl., Wiesbaden 1958
- v. Gierke, J., "Handelsrecht und Schiffahrtsrecht", 6. Aufl., Berlin 1949
- Gluth, H., "Das Prinzip des Gläubigerschutzes in der Bilanz", in: "Wirtschaftspraxis", Stuttgart, Januar 1960
- Gnam, A., "Der Gläubigerschutzgedanke und die Bilanzierung unkörperlicher (immaterieller) Werte", in: "Rechnungswesen-Praxis"
- Gnam, A. "Von der imparitätischen zur paritätischen Bilanz", in: "Neue Betriebswirtschaft" 1958, S. 121 ff.
- Gnam, A., "Axiome der Bilanzierung auf der Grundlage der Währung", München 1948
- Gnam, A., "Die handelsrechtlichen Grundlagen der ordnungsmässigen Buchführung", in: "Der Betrieb" 1954, S. 581 ff.
- Godin, R., -
Wilhelmi, H., "Gesetz über Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien", (Aktiengesetz), 2. Aufl., Berlin 1950
- Götze, H., "Zu § 151 des Referentenentwurfs eines Aktiengesetzes", in: "Die Wirtschaftsprüfung" 1959, S. 29 ff.

- Grabmayer, A., "Fremdes Eigentum in der Bilanz", in:
"Der österreichische Betriebswirt" 1952,
S. 114 ff.
- Hax, K., "Gruppenbewertung und Rechnen mit eisernen
Beständen beim Vorratsvermögen", in:
"Betriebs-Berater" 1955, S. 793 ff.
- Hax, K., "Die Substanzerhaltung der Betriebe",
Köln und Opladen 1957
- Heinen, E., "Handelsbilanzen", Wiesbaden 1960
- Hengstl, L., "Die handelsrechtlichen Bewertungsvor-
schriften und ihre Bedeutung für das
Steuerrecht", Berlin 1932
- Herrmann, C.-
Heuer, G., "Kommentar zur Einkommensteuer einschl.
Lohnsteuer und Körperschaftsteuer",
10.Aufl., Köln, ...
- Hertlein, A., "Bilanzgliederung", in: "Handwörterbuch
der Betriebswirtschaft", 3. Aufl.,
Stuttgart 1956
- Holt, P., "Jahresabschlüsse britischer Aktienge-
sellschaften", in: "Die Aktiengesell-
schaft" 1962, S. 8 ff.
- Illetschko, L.L., "Die Bilanz des Praktikers", 2. Aufl.,
Wien 1953
- Illetschko, L.L., "Bilanzgliederung und Bewertung", in:
"Neue Betriebswirtschaft" 1954, S. 41
- Jaeger, E., "Konkursordnung", 8. Aufl., Berlin 1958
- Kalveram, W., "Bankbetriebslehre", in: "Die Handels-
hochschule", Bd. 8, Wiesbaden
- Keyßner, H., "Allgemeines deutsches Handelsgesetzbuch
nach Rechtsprechung und Wissenschaft",
Stuttgart 1878
- Klinkel, H., "Die Bewertung in der französischen Jahres-
bilanz", Wiesbaden 1961
- Koberstein, G., "Aussagewert des Jahresabschlusses", in:
"Die Aktiengesellschaft" 1959, S.18
- Koch, H., "Die Problematik des Niederstwertprinzips",
in: "Die Wirtschaftsprüfung" 1957, S. 1 ff.
- Kosiol, E., "Bilanzreform und Einheitsbilanz",
2. Aufl., Berlin und Stuttgart 1949
- Kosiol, E., Anlagenrechnung, 2. Aufl., Wiesbaden 1955

- Kovero, I., "Die Bewertung der Vermögensgegenstände in den Jahresbilanzen der privaten Unternehmungen", Berlin 1912
- Kronstein, H.-Clausen, P.C., "Publizität und Gewinnverteilung im neuen Aktienrecht", Frankfurt/Main 1960
- Lange, A.,-Falk, B., "Die Aktivierung von Anlaufkosten", in: "Der Wirtschaftsprüfer" 1954, S. 171
- Le Coutre, W., "Grundzüge der Bilanzkunde", Wolfenbüttel 1949
- Leissle, Fr., "Der Einfluss der betriebswirtschaftlichen Bilanzauffassungen auf das deutsche Handelsbilanzrecht, Diss., München 1950
- Leitner, Fr., "Bilanztechnik und Bilanzkritik", Bd. 2, 4. Aufl., Berlin und Leipzig 1920
- Liebl, J., "Kapitalerhaltung und Bilanzrechnung", Wolfenbüttel 1954
- Littmann, E., "Gewinnbegriff und Bilanzauffassung", in: "Steuer und Wirtschaft" 1948, Sp. 617 ff.
- Löblein, W., "Sind Finanzierungskosten aktivierungspflichtige Anschaffungskosten?", in: "Betriebsberater" 1954, S. 681
- Loitlsberger, E., "Die Bilanzierung der persönlichen Schuldverhältnisse", in: "Der österreichische Betriebswirt" 1953, S. 12 ff.
- Loitlsberger, E., "Die Struktur des Gläubigerschutzes im Recht", in: "Der österreichische Betriebswirt" 1954, S. 138 ff.
- Loitlsberger, E., "Gläubigerschutz und Erfolgsbewertung", in: "Der österreichische Betriebswirt" 1955, S. 11 ff.
- Matthews, K., "Sicherungsübereignung und Sicherungsabtretung: Zur Frage der Publizitätserweiterung bei der Rechnungslegung", in: "Wirtschaftsprüfung" 1951, S. 5 ff.
- Maus, G., "Die Rechnungslegung der amerikanischen Aktiengesellschaften, Köln 1959

- Michel, O., "Der Einfluss der gegenwärtigen Steuerpolitik auf die Bilanzierungspraxis", in: "Wirtschaftsprüfung" 1953, S. 100 ff.
- Münch, P., "Die Bilanztheorie Rudolf Fischers", Leipzig 1940
- Mutze, O., "Stellungnahme zu dem Thema: Steuerliche Behandlung der Entwicklungskosten", in: "Der Betrieb" 1956, S. 971 ff.
- Nowak, P., "Handelsbilanz und Steuerbilanz", Zürich-Leipzig 1938
- Osbahr, W., "Die Bilanz vom Standpunkt der Unternehmung", 3. Aufl., Berlin und Leipzig 1923
- Ottermann, . . , "Bilanzwert und Bilanzgewinn im französischen betriebswirtschaftlichen Schrifttum", Buhl-Baden 1937
- Passow, R., "Die Bilanzen der privaten und öffentlichen Unternehmungen", 3. Aufl., Bd. 1, Leipzig-Berlin 1921
- Rehm, H., "Die Bilanzen der Aktiengesellschaften", 2. Aufl., Bd. 2, München-Berlin-Leipzig 1914
- Rentrop, S., "Grundlagen dynamischer Bilanzlehre in der Praxis", in: "Der Betrieb" 1956, S. 777 ff.
- Rentrop, S., "Die Bilanzierung der Abschlusszahlen auf die Einkommensteuer bei den Personengesellschaften", in: "Zeitschrift für Betriebswirtschaft" 1952, S. 246 ff.
- Rieger, W., "Einführung in die Privatwirtschaftslehre", 2. Aufl., Erlangen 1959
- Ring, V., "Das Reichsgesetz betr. die Kommanditgesellschaft auf Aktien und die Aktiengesellschaften vom 18. Juli 1884", Berlin 1886
- Samer, H., "Untersuchung über das Problem der Einheitlichkeit oder Unterschiedlichkeit von handelsrechtlichem und steuerrechtlichem Jahresabschluss", Wien 1960
- Savary, J.J., "Le Parfait Négociant", Genf 1676
- Scheffler, . . , "Über Bilanzen", in: "Vierteljahresschrift für Volkswirtschaft, Politik und Kulturgeschichte", Bd. 62, 1879

- Scherpf, P., "Die Verzerrung der Betriebs- und Finanzpolitik", in: "Aus Beruf und Praxis" 1953, S. 2 ff, lfd. Nr. 6
- Scherpf, P., "Handelsbilanz - Steuerbilanz", Berlin 1941
- Schlegelberger, F., "Handelsgesetzbuch", 3. Aufl., Berlin - Frankfurt/Main 1955, (4. Aufl. 1960)
- Schlegelberger, F., - Quassowski, .., "Kommentar zum Aktiengesetz", 3. Aufl., Berlin 1939
- Schmalenbach, E.-Bauer, R., "Die dynamische Bilanz", 13. Aufl., Köln und Opladen 1962
- Schmaltz, K., "Bilanzkritik und Bilanzanalyse", in: "Handwörterbuch der Betriebswirtschaft", 3. Aufl., Stuttgart 1956
- Scholz, H., "Der Konkurs vom betriebswirtschaftlichen Standpunkt", Diss., Frankfurt 1934
- Simon, H.V., "Die Bilanzen der Aktiengesellschaften und der Kommanditgesellschaften auf Aktien", 3. Aufl., Berlin 1899
- Stahl, G. "Der Ausweis von Bildung und Verwendung von Reserven in der Entwicklung des Bilanzrechtes englischer Aktiengesellschaften", Nürnberg, Diss. 1962
- Staub-Stranz, .., "Kommentar zum Handelsgesetzbuch", 8. Aufl., Bd. 1, Berlin 1906
- v. Strombeck, "Zur Bilanzaufstellung der Aktiengesellschaften", in: "Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht", Bd. 28, S. 459 ff.
- Teichmann-Koehler,.., "Aktiengesetz", 2. Aufl., Berlin 1939
- Trumpler, H. "Die Bilanz der Aktiengesellschaft", Basel 1950
- Trumpler, H. "Die Aktiengesellschaft nach dem Gesellschafts-, Bilanz- und Steuerrecht der Vereinigten Staaten", Basel 1942
- Trumpler, H., "Das Bilanz- und Steuerrecht der Aktiengesellschaft nach englischem Recht", Basel-Leipzig 1939

- Ullmann, ..., in: "Juristische Wochenschrift" 1930, S. 2635
- van der Velde, K., "Die Anerkennung der GoB im Steuerrecht", in: "Wirtschaftsprüfung" 1950, S. 110
- v. Völckerndorff, O., "Reichsgesetz betr. die Kommanditgesellschaft auf Aktien und die Aktiengesellschaften vom 18.7.1884", Erlangen 1885
- Vogt, F.J., "Grenzfragen der Aktivierung", in: "Neue Betriebswirtschaft" 1958, S. 21 ff.
- Vogt, F.J., "Handelsbilanz und Steuerbilanz", in: "Die Wirtschaftspraxis"
- Voß, J., "Der besondere Gläubigerschutz des Aktienrechts", Diss., Würzburg 1942
- Weilbach, E., "Die nachteiligen Wirkungen der Bilanzierungspraxis auf die Gewinn- und Verlustrechnung", in: "Der Betrieb" 1956, S. 1185
- Werntz, W.W., "The Resurgence of the Balance Sheet as a Useful Element in Financial Analysis", in: "The Journal of Accountancy", Nov. 1953, S. 555 ff.
- Wiemann, H.H., "Ordnungsmässige Rechnungslegung englischer Aktiengesellschaften aus deutscher Sicht", Köln 1958
- v. Wilmowski, ..., "Das preussische Einkommensteuer-Gesetz vom 24. VI. 1891 in der Fassung der Abänderungsgesetze vom 19. VI. 1906, 18.VI. 1907 und vom 26.V. 1909", 3. Aufl., Breslau 1915
- Wirtschaftsprüfer- Handbuch 1963
- Wolf, H., "Das Privatvermögen in der Bilanz des Einzelkaufmanns", in: "Der Betrieb" 1953, S. 619 ff.
- Würdinger, H., "Kommentar zum Handelsgesetzbuch", 2.Aufl., Berlin 1953
- Zubrod, H., "Bilanzierung persönlicher Steuern", in: "Die Wirtschaftsprüfung" 1952, S. 346

L e b e n s l a u f
=====

Name Jens Peter Jensen
geboren am 30.März 1933 in Frankfurt/Main

Schulbildung Volksschule in Frankfurt/Main 1939 - 1940
Volksschule in Berlin 1940 - 1941
Volksschule in Fürstenberg/
Mecklenburg 1941 - 1942
Humanistisches Gymnasium
in Neu-Strelitz/Mecklenburg 1942 - 1945
Humanistisches Gymnasium
in Schleswig 1945 - 1952

Studium Rechtswissenschaft und Wirtschaftswissenschaften an der Universität Kiel,
Sommersemester 1952 - Sommersemester 1955
Wirtschaftswissenschaften an der Universität
Hamburg im Wintersemester 1955/56
Wirtschaftswissenschaften an der Johann Wolfgang
Goethe Universität
Sommersemester 1956 - Sommersemester 1957
Sommersemester 1960 - Wintersemester 1960/61

Akademische Lehrer

Rechtswissenschaft (in Kiel)
Prof.Dr.Ballerstedt, Prof.Dr.Larenz,
Prof.Dr.v.Mangoldt, Prof.Dr.Nikisch,
Prof.Dr.Schröder

Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

in Kiel:
Prof.Dr.Baade, Prof.Dr.Haller,
Prof.Dr.Mackenroth, Prof.Dr.Schneider,

in Hamburg:
Prof.Dr.Eisfeld, Prof.Dr.Henzler,
Prof.Dr.Schiller,

in Frankfurt/Main:
Prof.Dr.Banse, Prof.Dr.Birck,
Prof.Dr.Blind,
Privatdozent Dr.Dr.Dornemann,
Prof.Dr.Flaskämper,
Prof.Dr.Hagenmüller,
Prof.Dr.Hax, Prof.Dr.Koch,
Prof.Dr.Loitsberger, Prof.Dr.Möller,
Prof.Dr.Neumark, Prof.Dr.Sauermann,
Prof.Dr.Wehrle.

Staatliche
Examina

Erste juristische Staatsprüfung, abgelegt vor dem Justizprüfungsamt bei dem Schleswig-Holsteinischen Oberlandesgericht am 22. November 1955.

Diplom-Kaufmann, erlangt an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Johann Wolfgang Goethe Universität, Frankfurt/Main, Wintersemester 1957/58.

Grosse juristische Staatsprüfung, abgelegt vor dem gemeinsamen Prüfungsamt der Länder Freie Hansestadt Bremen, Freie und Hansestadt Hamburg und Schleswig-Holstein am 25. Mai 1962.

Tätigkeit

Seit August 1962 bei einer Wirtschaftsprüfer- und Rechtsanwaltsgemeinschaft in Hamburg.

Jens Peter Jensen

